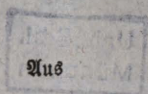


# N a d o w i k.

---

Eine Silhouette.

---



den Papieren des Grafen \* \* \*

---

„Keine Concession der Demokratie!“

v. Nadowik.

Berlin.

Verlag von Friedrich Gerhards.

1849.

1810

Einzelne

Univ. Bibl.  
München

der

der

der

der

der



# Inhalt.

	Seite
<b>Zum Verständniß und zur Verständigung.</b>	
„Nadowitz — eine Silhouette“ . . . . .	1
Zweck der Veröffentlichung . . . . .	3
<b>Nadowitz.</b>	
Ragklostro und der Graf St. Germain . . . . .	5
Herkunft und Abstammung . . . . .	11
Die Quellen zum ferneren Lebensumrisse . . . . .	14
<b>Preußen im Jahre 1823 und 1840.</b>	
Preußen als Königreich revolutionären Ursprunges . . . . .	19
Preußen nach dem Tode Friedrich Wilhelm III. . . . .	25
<b>Nadowitz und die Camarilla.</b>	
Geschichtliche Skizze . . . . .	37
„Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“ — Nadowitz als Vertheidiger des Königs . . . . .	43
Die Politiker der Wilhelmstraße, die Camarilla und die Demokratie . . . . .	50
Fernere Rechtfertigung des Königs gegenüber seinem nächsten Kreise . . . . .	64
Nadowitz im preussischen Staatsdienste . . . . .	68
„Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche“ — eine Schrift von Nadowitz . . . . .	78

	Seite
Nadowitz in der Paulskirche . . . . .	95
Nadowitz und der Ultramontanismus . . . . .	110
Nadowitz in seiner Stellung zur deutschen Verfassungsfrage und zum „Dreikönigsbunde“ . . . . .	122
Nadowitz als Commissar der preussischen Regierung . . . . .	154
Publicistisches und sonstiges Schriftstellerthum von Nadowitz.	
1. Ueber die spanische Successionsfrage, 1839 . . . . .	169
2. Ikonographie der Heiligen. Ein Beitrag zur Kunst- geschichte, 1834 . . . . .	175
Schluß . . . . .	180
Anhang . . . . .	185



**N a d o w i k.**

---

1800



## **Zum Verständniß und zur Verständigung.**

### **„Nadowitz — eine Silhouette“**

also und nicht anders habe ich das Fragment aus meinen Aufzeichnungen genannt, welches ich hiermit durch den Druck veröffentliche. Ich nannte es „Silhouette“ mit Absicht und aus dem Grunde, damit das von mir skizzirte biographische Bild, wenn es vor den Augen des Kenners nicht als Portrait, in allen Theilen ausgeführt und getroffen, zu bestehen vermag, doch mindestens als Silhouette aus- und aufgehangen werden kann, Schwarz auf Weiß das Original im Umriss wiedergebend, da bekanntlich Profilähnlichkeit am leichtesten herzustellen ist, und es dazu weder der Beachtung des Lichts und Schattens, noch sorgfältiger Farbengebung, noch der sonstigen Kunsterfordernisse eines portraittirenden Gemäldes bedarf.

Ich stehe und stelle mich zudem nicht in eine Reihe mit unseren ästhetischen Politikern und belletristischen Pub-

licisten, welche heut zu Tage in Deutschland die „Politik gepachtet haben“, und kaum ein Zeitungsfeuilleton zu redigiren verstehen, nichtsdestoweniger aber in Politik und Publicistik stark Geschäfte machen, und pomphaft mit „Lichtbildern“ auftreten, während ich mein „Schattenbild“ namenlos, schüchtern und auf manches Zureden von Freundesmund hervorhole. Zudem relevirt meine Person nicht weiter zur Sache; ich versichere nur, unparteiisch und ohne irgend einer der zahllosen Cliques, die sich gegenwärtig im politischen Leben und in der publicistischen Literatur spreizen, anzugehören, still, aber achtsam hineinschaue in das Getriebe der Zeit und des Lebens und in das Getriebe der periodischen Presse, welche alle Räder und Rädchen des geistigen Mechanismus in Bewegung und Umschwung setzen.

Mehr nicht von mir und nur zwei Worte über den Zweck und das Ziel, welche ich durch die Veröffentlichung dieser Druckbogen zu erreichen den Versuch machen will, und aus diesem und keinem anderen Grunde zum erstenmale trete ich in die Deffentlichkeit als „Ecrivain“. So nennt's der Franzose; der Deutsche hat nur das weitergreifende Wort Schriftsteller.

---



### Zweck der Veröffentlichung

ist Vermittlung der Extreme unter den sich feindlich gegenüberstehenden Partheiansichten und Partheileidenschaften im Vaterlande in Erwägung und Berücksichtigung der unseligen Zustände und Verhältnisse, Zerrwürnisse und Conflict. — Das Unglück schreitet durch die Gauen des deutschen Vaterlandes; der Kampf der Extreme wird gekämpft, hier blutig, dort blutlos. Der Tod wandert einher, hier in Schlacht und Gesecht, dort nach Standrecht mit Pulver und Blei. Es gilt Verständigung, es gilt Vermittlung dieser Extreme, damit das Unglück ende und das entschwundene Glück wiederum heimkehre.

Dieser allgemeinen Pflicht nachzuleben, gab ich diese Blätter in die Presse, worin ich das Leben und Streben eines Mannes vorzuführen unternommen habe, der in seiner gegenwärtigen Stellung und Bedeutung von dem größten Einflusse auf die Gestaltung der Dinge ist, wie Wenige im deutschen Vaterlande. Es gilt bei solchem Vorhaben, der Wahrheit überall treu zu bleiben bei Schilderung des Lebens und Strebens eines solchen Individuums, „ihr die Ehre zu geben“, selbst „der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen“, und wenn sie selbst zum Pranger führen sollte.

Ich glaube mir das Zeugniß selbst geben zu dürfen, „nach bestem Wissen und Gewissen“ zu Werke gegangen

zu sein. Ich habe Alles beim wahren Namen genannt, nichts absichtlich verheimlicht und verschwiegen, Nichts mit Wissen übergangen, was dem biographischen Bildnisse irgendwie Abbruch thun könnte. Das ist nothwendig, wenn man auf Erfolg rechnet; ich habe Gutes und Schlechtes, wo immer mir das Eine oder Andere begegnete, auch also geheißen, damit Jeder, er gehöre dieser oder jener Parthei an, sich überzeuge, daß Unpartheilichkeit überall mein Ziel war, daß ich ohne vorgefaßte Meinung ans Werk geschritten, um am Schlusse nach den offen vorliegenden Vorgängen darzuthun, wer, wo und wie Abhülfe zu schaffen.

Dadurch allein wird die Wiederkehr glücklicher Zustände im Vaterlande möglich, das aus tausend und aber tausend Wunden, die ihm Partheisucht und Leidenschaft geschlagen, blutet.



## **R a d o w i t z.**

---

### **Cagliostro und der Graf St. Germain.**

Ein deutscher Poet und Tourist und Romanen- und Dramenschreiber ist und bleibt nach wie vor ein deutscher Philister, auch wenn er, wie H. Laube Publicist wird, und als solcher „Paris im Jahre 1847“ und einen Roman vom „ersten deutschen Parlament“ in die Welt sandte. Wir haben hier uns nur um ihn in seiner letzten Qualität und Qualification zu kümmern, und können die Tiefe seiner politischen Einsicht gar kurz und bündig darthun, wenn wir daran erinnern, daß er in seiner ersten genannten, Ende 1847 erschienenen Schrift der Familie Orleans eine lange Lebensdauer auf dem Throne Frankreichs weissagte, zwei Monate nachher aber Ludwig Philipp's Flucht die politischen Weissagungen und Gesichte des neuen Propheten Habakuk nachdrücklichst Lügen strafte.

Das wird Niemand Wunder nehmen, der weiß, wie die Politik neuerdings in Deutschland schier Monopol der Belletristen und Aesthetiker geworden ist, und wie unbescheiden diese Monopolisten und Pächter der Publicistik zur Lösung der von ihnen usurpirten Aufgabe sind. Schon viele Monate lang und noch länger vor der Februarrevolution konnte jeder politisch-gesunde Blick ihren Ausbruch selbst von der Ferne vorhersehen; Laube, selbst in Paris, nahe dem Herde der Revolution, wo noch das Feuer unter der Asche glomm und zu Zeiten in Flammen bereits aufschlug, merkte nichts und träumte von der Stabilität der Orleans'schen Dynastie. Und dieser tiefe, umsichtige Politiker, sogar — ich weiß nicht von welchen politischen Abderiten — zum Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt gewählt, sitzt in der Kammer stumm und still, vermerkt sich Notizen, ordnet sie bei der Rückkehr in seinem Logis und stellt ein Buch zusammen voll des Unwesentlichsten vom ausgedroschenen „Reichsfanarienvogel, der von Diäten lebt“, bis zum Herrn Abgeordneten Dr. H. Laube, der reichsfanarienvogelartig allmonatlich gegen gültige Quittung seine Diäten bezieht, mit Radowiz sich in der Paulskirche über „preussische Zöpfe und preussischen Haarpuder“ unterhält, wie Alles dieses recht fein und zierlich ge- und beschrieben steht zu jedermanniglichen Nutz und Frommen in seinem dreibändigen Buche, welches uns allerlei Zopf- und Puderspecialitäten in Menge, und fein



— „erstes deutsches Parlament“ schildert, aber wohl einen romanhaften Bericht, eine Reihe von „Aventüren“ über die Tafelrunde in der Paulskirche zu Frankfurt am Main, eine „wundersame Märchenwelt“ zur geeigneten Lectüre vor dem Nachmittagschlummer bringt.

Gedachter Parlamentstafelgenosse hat die hervorragendsten Paladine jener parlamentarischen Tafelrunde in der früheren Wahlstadt der Kaiser des heiligen römischen Reichs deutscher Nation gleich Kadavern mit seinem kritischen Secirmesser zu zerlegen beabsichtigt; er hat sich aber beim Griff in sein politisches Besteck vergriffen und das Amputirmesser zur Hand genommen. Damit hat er denn, statt ein kunstgerechtes anatomisches Präparat zu Stande zu bringen und vorzulegen, wacker zugeschnitten, die einzelnen Glieder abgelöst, durcheinander geworfen, so daß man kaum Kopf und Fuß wieder in dem biographisch-parlamentarischen Characterragout zusammen zu finden vermag. Aber, wie bereits gesagt, die alte deutsche Philistergründlichkeit lugt überall in seinem Visum reper-tum hervor.

Da ist ihm denn auch der „fauerländische“ Abgeordnete für den Wahlkreis Rütthen — mit einem Worte Radowiz — in die Hände gerathen, mit dem er herumgesprungen ist in Tact und Tanz der modernen belletristischen Publicistik. Und wie er gar weiblich auf dem Grund und Boden mit ihm herumspringt, also geht er auch auf den Grund gründlich zurück, und fragt und

forscht zunächst nach seinem Grund und Ursprung: ob er aus Nazareth oder Jerusalem, wie seine Eltern und Sippschaft, aus wessen Weibes Schooß er entsprungen, ob er christkatholisch, ein Ketzer oder beschnitten. Und er heraufbeschwört Cagliostro und den Grafen St. Germain aus der Todesgruft ans Tageslicht, und stellt sie um die Wiege des „Abgeordneten für Rüthen“, in dessen Nähe derselbe in jüngerer Zeit ein kleines Grundbesitzthum sich erworben hat, und somit preussischer Grundeigenthümer ist.

Doch hören wir den gründlichen deutschen Parlamentäromantiker mit seinen eignen Worten über Radowiz, wie er ihn uns vorstellt. Er sagt:

„Wer hat nicht unwillkürlich den Namen „Cagliostro“! ausgerufen, wenn dieser Mann mit den stechenden dunkelbraunen Augen auf der Rednerbühne der Paulskirche erschien und durch sein bloßes Erscheinen die lärmende Unruhe des Hauses urplötzlich verwandelte in lautlose Stille, in allgemeine Spannung! Die frivolsten Menschen sogar auf der Linken wurden sofort still und ernsthaft, als ob ein Zauberer, wenn auch ein widerwärtiger, einen magnetischen Strahl über sie hin schnellte unter den schwarzen Augenbraunen hervor.“

Mir ist immer der Graf von St. Germain eingefallen, der bekanntlich mehrere Jahrhunderte lang gelebt hat oder — lebt. Die große Kenntniß von geschichtlichen Einzelheiten, welche man dem Herrn v. Radowiz nach-



rühmt, erinnern unwillkürlich an jenen Grafen, welcher beiläufig erzählt was für einen Rock Ludwig XIV. am ersten Maimorgen 1670 getragen und was für ein Rock die Königin Mathilde von Dänemark an einem Jagdtage des Jahres 1770 geritten. Ich kam eines Tages aus einer Theaterprobe ärgerlich ins Parlament, ärgerlich darüber, daß ich mit den Schauspielern und Kostumbüchern nicht genau hatte ausfinden können, wie viel Pops, wie viel Puder im Jahre 1740 in der preussischen Armee und am preussischen Hofe getragen worden ist. Fragen Sie Herrn v. Radowiz! sagte mein Nachbar. Und ich ging hinüber zur äußersten Rechten, wo er einen Tag wie den andern, scheinbar unbekümmert um das Geschwätz von der Tribune, ernsthaft saß und Briefe schrieb. Ein Mann von Welt ist er immer bereit sich stören zu lassen, legte die Feder hin und hörte meine Kostumseußer mit aufmerksamem Schweigen an. Als ich mit der Frage schloß, ob er mir Auskunft ertheilen könnte, sagte er: O Ja! und schilderte mir auf der Stelle, wie der gemeine Soldat, wie der Stabsofficier, wie der König, wie die Königin, wie die Hofdame gekleidet gewesen seien vom Fuß bis zum Kopfe in jenem Jahre; und als dies Schubfach ohne Anstoß gründlich geleert war, ging er ein auf die Charaktere, auf die Politik, auf den Geist jener Zeit und verbreitete sich darüber mit tiefster Kenntniß, während Hr. Zimmermann von Spandow mit tiefster Unkenntniß vor Deutschland sprach von den Grundlagen des Staatslebens.

Wenn man vom Grafen St. Germain liest: dies war sein Vater, dies war seine Mutter, so lächelt man. Jeder Mensch muß einen Vater und eine Mutter haben, aber wie sie beide heißen, weiß ja oft Vater und Mutter nicht mit Gewißheit. Die Mythe beginnt immer mit Vater und Mutter, und beim Vater haftet sie. Ein ungarischer Weinhändler wird zum Vater des Herrn von Radowiz gemacht. Gott weiß mit welchem Rechte! Warum nicht ein Van? Der kleine runde Kopf, die dunkle Hautfarbe, die feine Nase, die guten Zähne, sprechen allerdings für einen südlichen Ursprung. Eine Sachsin, des Namens von Einsiedel, hat ihn geboren, und zwar in Braunschweig. Dort soll er 1810 in der Burgkirche protestantisch konfirmirt worden sein. Bekanntlich gilt er für einen Ultramontanen, Niemand aber weiß wo er übergetreten oder, um allgemeiner zu sprechen, gläubig geworden sei."

Also Herr Laube! — kann ein Mann „von Geschmack“ — denn darauf wird der „deutsche Dramatiker“ Laube doch Anspruch machen — etwas Geschmakloseres sagen? Abgeschmackteres wäre noch wohl treffender; wir wollen es aber nur bei der Geschmaklosigkeit bewenden und die Abgeschmacktheit auf sich beruhen lassen, die Laube'sche poetische „Mythe“ aber als biographischer Silhouetteur durch nackte prosaische Wahrheit in das Gebiet der Fantasie zurückweisen.

---



### **Herkunft und Abstammung.**

Als der Generalmajor v. Radowiz noch als preussischer Geschäftsträger am großherzoglich Badenschen Hofe zu Karlsruhe residirte, brachte ich einige Wochen in Baden-Baden zu. In einem engeren Kreise erzählte man sich damals von einer an die städtische Behörde der Badischen Residenz ergangenen Requisition einer ungarischen Behörde, die das Ableben eines Geschäftsmannes, Namens Radowiz, meldete, und Eröffnungen über den — wenn auch nicht beträchtlichen — Nachlaß des Verstorbenen zur Mittheilung an den Geschäftsträger Preußens behufs dessen Erklärung über etwaige Annahme oder Ausschlagung der angeblich väterlichen Erbschaft enthielt. Man fügte ferner hinzu, wie die Karlsruher Behörde der Requisition gemäß dem Betreffenden Mittheilung gemacht, dieser aber alle verwandtschaftliche Bezüge zu dem ungarischen bürgerlichen Erblasser von der Hand gewiesen habe. Die Bestimmtheit dieses Salongesprächs ließ einen so hohen Grad von Wahrscheinlichkeit zu, daß dasselbe eher der Wahrheit als einem mythischen „On dit“ oder einer Mystification nahe zu stehen schien und im Allgemeinen mehr Gläubige als Zweifler fand.

Troßdem verliert dasselbe als wirkliches Factum wenig von seinem Glauben durch eine von der Braunschweigischen Reichszeitung gebrachte Nachricht, aus einer

dem Geschilderten befreundeten Feder oder durch ihn selbst veranlaßt, des Inhalts:

„Herr von Radowiz stammt aus einer ungarischen katholischen Familie, die zu dem sehr zahlreichen kleinern Comitatsadel gehörte. Schon sein Großvater zog um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nach Deutschland, und sein Vater lebte früher in Blankenburg, später in Altenburg als Privatmann von einem nicht bedeutenden Vermögen, mit welchem er sich eine Zeitlang an den Geschäften einer Handlung betheiligte. Die Mutter des Radowiz, eine geborene v. König aus Saalfeld, früher verheiratete von Einsiedel, war protestantischer Confession, und das einzige Kind dieser gemischten Ehe, Joseph v. Radowiz, geboren am 6. Februar 1797, wurde zu Altenburg bis zu seinem 14. Jahre in der protestantischen Religion der Mutter erzogen, wandte sich dann aber, auf Anordnung und nach dem Willen seines Vaters, welcher den Sohn bei der Confession seiner Familie erhalten wissen wollte, der katholischen Kirche zu. Radowiz war schon als Knabe für den Militärdienst bestimmt und gebildet, und als derselbe im September 1810 in der vormaligen königl. westphälischen Militärschule zu Braunschweig eintrat, brachte der damals 13jährige Jüngling mannigfache, dieses Alter weit übersteigende Kenntnisse mit in das Institut, welche von tüchtigen Lehrern leicht weiter ausgebildet wurden. Seine Auffassungsgabe war eine ganz ungewöhnliche, und wenn seine Kameraden sich in den



Fächern der Mathematik, Geographie, Statistik und Geschichte um Erläuterungen an ihn wendeten, wußte er stets auch die geringsten Nebenumstände anzugeben. Er sprach bei seinen Mittheilungen mit großer Sicherheit und so rasch, daß man ihm kaum folgen konnte. Bei Disputationen über philosophische Disciplinen und religiöse Dogmen zeigte Radowiz sich niemals pedantisch, wiewohl er Leichtsinns und Spöttelei nicht leiden mochte. Wegen seiner Bereitwilligkeit, Anderen zu helfen, seiner stets bewährten freundschaftlichen Gesinnung und seiner Offenheit, ward er von seinen jungen Cameraden sehr hoch geschätzt, er war zu rasch, um Intriguen zu schmieden, und ist auch niemals dergleichen von ihm behauptet, wie denn auch die Angabe, daß Radowiz in einem Jesuitencollegium Unterricht genossen habe, eine durchaus ungegründete ist.“

Durch diese Mittheilung wird — wie bemerkt — das obige Salonsgerücht keineswegs zu Boden geschlagen, und was der Braunschweiger Reichszeitungsartikel vom Großvater berichtet, soll nach Anderen vom Vater gelten, der, ein solcher südslavischer Handelsmann, durch Thätigkeit und Betriebsamkeit ein kleines Vermögen gesammelt hatte, nach Deutschland herüberkam und dann durch einen Handel mit ungarischen Weinen dasselbe noch vergrößerte. So gelang es ihm, die Hand einer verwittweten v. Einsiedel zu erhalten, und aus dieser, in kirchlicher wie weltlicher Hinsicht „gemischten Ehe“ ging in Braunschweig der

Sprosse hervor, für dessen nähere Besprechung diese Blätter bestimmt sind.

Die Notiz der Reichszeitung spricht auffallender Weise nicht von dem Orte seiner Geburt, nur von dem Orte seiner ersten Erziehung, und Deutschland wird noch in diesem Jahrhundert einen Kampf auf Tod und Leben in seinen Gauen kämpfen sehen, wie ihn vor Jahrtausenden in Griechenland sieben Städte um die Ehre, die Vaterstadt Homers zu sein, kämpften.

---

#### Die Quellen zum ferneren Lebensumrisse

fließen, wenn auch nicht trüber und unklarer, doch nicht reichlicher als die über den ersten Ursprung des Mannes, dessen Silhouettirung ich übernommen habe. Ueber seine Jugendschicksale ist nichts Sicheres bekannt geworden. Seine zufällige Behauptung aus seinem eigenen Munde, in der Militärschule zu Brienne seine Bildung erhalten zu haben, dürfte eine gar zu strenge Kritik nicht vertragen können, wie er denn auch gegen jeden plebejischen Tropfen Blutes in seinen Adern stets protestirt und eine ihm auf Grund solcher Herkunft zugefallene Erbschaft zum Opfer gebracht hat.

Mit dem Amtsdunste schwindet die Mythe, und Radowiz selbst von da an nicht mehr hinter Wolken,



sondern nur noch zuweilen hinter verschlossenen Thüren, wie seine Gestinnung sich hinter diplomatischen Worten und Reden versteckt, und er überhaupt gern wie mit einem geheimnißvollen Dunstkreise umgeben auftritt, den er selbst zu einem undurchdringlichen Schleier zu verdichten sucht. Wie er besonders seine äußeren Verhältnisse, seine Geburt und die Entwicklung seiner Lebensstellung und alle darauf bezüglichen Umstände zu verheimlichen sucht, ergibt sich auch daraus, daß selbst von seinen ersten dienstlichen Bezügen so wenig Genaueres bekannt ist. Doch hat hin und wieder ein profaner Blick hinter den Schleier geguckt, und so liegt dennoch der größte Theil seines Lebens offen — wenn auch nur in Umrissen da.

Man findet zunächst nur mit wenigen Worten ausgezeichnet, daß Radowiz sehr früh in Militärdienste, und zwar in die des damaligen Königs Hieronymus von Westphalen, des Bruders Napoleons trat, unter welchem Letzteren er als Officier in der westphälischen Artillerie den Feldzug gegen die verbündeten Mächte Europas mitmachte, an der Schlacht bei Leipzig Theil nahm und sich dort das Kreuz der französischen Ehrenlegion erwarb. Nach dem Sturze der Napoleonischen Herrschaft über Deutschland und der Auflösung des ephemeren Königreichs Westphalen verschwand Radowiz wiederum vom Schauplaze; es liegt nicht das mindeste Gewisse über ihn aus jener Zeit vor; wahrscheinlich hat er eine bedeutende Zeit auf Reisen verwanzt, und dieselbe allüberall zur An-

knüpfung von ausgedehnten und einflussreichen Verbindungen benutzt. Längere Zeit darauf wurde er wiederum in Kurhessen sichtbar, woselbst er in die Dienste des wieder heimgekehrten Kurfürsten von Hessen trat, der den Zopf wieder in die Armee und vieles andere Zopfige ins Land brachte. Er soll — nach Anderen — indeß bereits an dem zweiten Feldzuge der Verbündeten gegen Frankreich im Kurhessischen Heere Theil genommen und nach dem Pariser Frieden in die Garnison Cassel eingekehrt sein. Hier soll er, erst im neunzehnten Lebensjahre stehend, als Mitglied des Kurhessischen Generalstabes, Lehrer im dortigen Kadettenhause und als Arbeiter im Kriegsministerium thätig gewesen sein, wo ihm Gelegenheit vollauf gegeben ward, nicht allein seine Kenntnisse durch gleichsam amtlich gebotenes Weiterstudium zu erweitern, sondern auch seinen mündlichen Vortrag auszubilden. Auch soll er dem damaligen Erbprinzen, dem gegenwärtigen Kurfürsten Unterricht ertheilt haben, wodurch er in nähere Bezüge zum Hofe gerieth, an welchem damals ein schmachvolles Maitreffenregiment herrschte.

Die Kurfürstin — Schwester des damaligen Königs Friedrich Wilhelm des Dritten von Preußen — konnte den Uebermuth der kurfürstlichen Maitreffenwirthschaft endlich nicht länger dulden, und entschloß sich heimlich das Land zu verlassen. Sie führte diesen Entschluß aus, flüchtete auf preussisches Gebiet und hielt sich längere Zeit in der Universitätsstadt Bonn am Rhein auf. Dort



ward sie indeß auf Befehl des Kurfürsten bei Nacht und Nebel durch verkleidete hessische Gensdarmen in ihrem Hotel überfallen und nach Hessen zurückgeführt.

Nadowitz, für dessen Ehrgeiz der kurfürstliche, nach Art und Weise der altfranzösischen Maitressenherrschaft beherrschte Hof zu Cassel kein ergiebiger Boden war, nahm die Behandlung und Flucht der Kurfürstin als Grund eines gewaltsamen Bruches mit dem regierenden Kurfürsten wahr; er trat für die Kurfürstin in die Schranken und gerieth also mit dem alten Herrn in Zwiespalt, der zu einer sehr heftigen Scene zwischen ihm und dem Kurfürsten führte, wodurch Nadowitz gezwungen wurde, schleunigst das kurhessische Land zu meiden. Eine Stunde nach diesem Auftritte war er mit Courierspferden auf dem Wege nach Berlin. Durch warme Empfehlungen an einflußreiche Verbindungen in Berlin gewiesen, gelang es ihm gar bald, die einflußreichsten anzuknüpfen. Es gelang ihm die Nähe des Königs zu erreichen, der, von seiner ritterlichen Fehde für die königliche Schwester in Kenntniß gesetzt, durch seine Anstellung im preussischen Dienste eine Antwort auf die Verletzung seiner Schwester und seines Landesgebietes gab. Nadowitz trat nicht allein in das preussische Heer, sondern wurde auch 1823 zum Lehrer im Fache der Militairwissenschaften dem Prinzen Albrecht zugetheilt. Bald darauf erfolgte seine Beförderung zum Generalstabe der Artillerie, wodurch er in die nähere

Umgebung des Chefs der Artillerie, des Prinzen August gezogen ward.

Schnell schritt er auf seiner amtlichen Laufbahn weiter: im Jahre 1836 wurde er zum preussischen Bevollmächtigten am Bundestage zu Frankfurt am Main ernannt, und so an den Fortschritten des Bundesmilitärwesens in hohem Grade theilhaftig. Vier Jahre darauf schloß er im Verein mit dem General von Grolman 1840 zu Wien die bekannte Uebereinkunft für Deutschlands Schutz, wurde Geschäftsträger Preussens am großherzoglich Badischen Hofe, und wurde seit 1847 mit den wichtigsten diplomatischen Missionen nach Paris und Wien betraut. Seine parlamentarische Carriere begann durch die im Frühjahr 1848 auf ihn gefallene Wahl zum Abgeordneten des aus Theilen der Kreise Arnberg und Lippstadt bestehenden Wahlbezirks Rütthen für die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt. Seine jüngste Beförderung zum preussischen Generalleutnant ist bekannt; sie war der neueste Beweis der „Huld seines Monarchen“.



## Preußen im Jahre 1820 und 1840.

### Preußen — als Königreich revolutionären Ursprungs.

Als Radowiz in preussische Militärdienste trat, saß Friedrich Wilhelm der Dritte als absoluter König auf dem Throne. Dieser Monarch hatte Preußen in seiner tiefsten Erniedrigung und in seinem größten Glanze gesehen; in der reichen Schule schwerer, herber Erfahrungen war sein Character geläutert und gekräftigt; diese Characterfestigkeit hatte in seinen Regierungsmaaßnahmen eine Consequenz zur Folge, wie sie sich in der Persönlichkeit eines Fürsten selten findet, und deshalb eine um so größere Fürstentugend ist, auch wenn sie in Fällen starren Beharrens zu Ungerechtigkeiten führen sollte. Das Volk aber wendet sich einem characterfesten Regenten mit Achtung und Vertrauen zu; denn es weiß, daß Princip und System der Regierung nicht dem Wetterwechsel augenblicklicher persönlicher Aufwallung und fürstlicher Leidenschaft unterworfen sind und mit demselben wechseln.

Preußen war durch „eine Revolution ohne Gleichen“ in der kürzesten Zeit in einem Zeitraume von noch nicht einmal zwölf Jahrzehenden das geworden, was es unter Friedrich Wilhelm III. bereits war; es ward es durch lauter so fühne, verwegene Neuerungen, wie die Geschichte keines Staats der Welt sie aufzuweisen hat. „Wie ein Rom hatte es sich gebildet und reihte sich an die ersten Monarchieen der Welt.“ Es wurde durch fortwährende Revolution groß und gewaltig, und in Erkennung dieses richtigen, durch die preußische Landesgeschichte bewahrheiteten Gesichtspunkts konnte und durfte Friedrich Wilhelm der Vierte aus der Hand der deutschen Nationalversammlung das ihm angebotene Erbkaiserthum annehmen und die deutsche Reichskrone aufsetzen; denn jene Vertreterschaft des deutschen Volks war aus der Revolution hervorgegangen. So hätte die Revolution den Schlußstein des Baues eingefügt, zu welchem sie im Jahre 1701 den Grundstein legte als der „Rebell wider Kaiser und Reich“, der Kurfürst und Herzog von Preußen, Friedrich der Dritte, zu Königsberg sich selbst krönte ohne Weihe und Salbung durch den Statthalter Christi auf Erden, und von dem Tage an trotz aller geistlichen und weltlichen Proteste und Manifeste war „König von Preußen.“

Also erhob die Revolution wider Kaiser und Reich den Nachkommen jenes Friedrich aus dem Geschlechte der Hohenzollern in Schwaben, welchen Kaiser Rudolph von



Habsburg vor etwas über 400 Jahren zu seinem Burggrafen in Nürnberg bestellte, zum souverainen König; er stand auf dem Boden der Revolution gleich uns; was aber heut zu Tage von gewisser Seite geleugnet wird, das erkannte damals ganz Europa sonder Widerspruch an.

Dieser revolutionären That des Kurfürsten Friedrich III. ging eine Reihe revolutionairer Thaten seiner „Ahnen“ vorher. Der Markgraf Friedrich, Statthalter des Kaisers Sigismund in der Mark Brandenburg, und drauf von ihm in Besiz der Kurwürde gesetzt, griff die Herzoge von Pommern an, schlug sie bei Angermünde und nahm die Uckermark in Besiz. Der große Kurfürst und sein Sohn traten in die Fußstapfen der „Väter“: ein Theil der Lausitz, die Neumark, die Bisthümer Brandenburg, Havelberg und Lebus waren die ferneren Erwerbungen auf „revolutionairem Wege.“ Die Säkularisation der deutschen Rittercolonie am Ostseestrande, welche Albrecht von Hohenzollern wagte, war eine Revolution. Durch eine Reihe „kühner Griffe“ befreite der große Kurfürst sein Herzogthum vom polnischen Lehnverbande.

Friedrich der Große zertrümmerte auf revolutionairem Wege das alte heilige römische Reich; er war der Träger der Revolution, der Leiter der unaufhaltsamen Bewegung, der Führer der Reichsopposition. Alle Co-dices des deutschen öffentlichen Rechts sprachen ihn schuldig: er ward in die Reichsacht gethan, aber er lachte

ihrer, denn die Macht, die sie über ihn aussprach, war machtlos. Diesem „Marquis von Brandenburg mit seiner Potsdamer Wachtparade“ trat Europa in Waffen gegenüber; aber mit ihm, dem Einzelnen, focht als Bundesgenosse der Geist des Jahrhunderts, von ihm getragen sahen die Großmächte den Emporkömmling ungehindert ihres Gleichen werden. Preußens Stern ging auf. Das uralte Dänemark und das Land Gustav Adolfs von Schweden blieben weit zurück. Während das deutsche Reich von einer halbdeutschen, halb ausländischen Macht repräsentirt wurde, während Baiern unbeachtet blieb und Sachsen in Polen aufging, erlangte Deutschland als deutsches Land zum erstenmale durch Preußen europäische Geltung. Oestreich vertrat stets ein „heilig römisches“ Convolut; Preußen lieferte das Schauspiel, daß kaum ein Drittel Deutschlands, wie Preußen damals war, sich Frankreich und England ebenbürtig zur Seite stellte. Friedrich der Große bot die Hand zur Theilung Polens, dieser unglückseligen Revolution; aber er nahm nicht ein Dorf, welches nicht ehemals Polen vom Lande der deutschen Ritter losgerissen hatte, noch fehlte die alte Hansestadt Danzig und mehr.

Sein Nachfolger, gutmüthig, mißbraucht von seinen Creaturen, im Taumel der Sinne und Leidenschaften, wirkte mit seinem Beispiel entnervend auf das Volk. In seinem Sohne ging ein neues Gestirn der Hoffnung auf für das Volk; der Geist des großen Friedrich lebte kurze



Zeit noch fort, verkörpert in seinen Institutionen, aber sie mußten stürzen vor dem gewaltigen Geiste des Jahrhunderts. Es war nahe daran, daß das „Haus Hohenzollern zu regieren aufgehört hätte.“

Nach den bösen Tagen von Basel, Jena und Tilsit erhob abermals die Revolution Preußen empor aus seiner äußeren Erniedrigung zu seiner innern Erhebung und äußeren Macht. Der Befehl Napoleons, nur eine geringe Waffenmacht zu halten, ward umgangen: durch die Landwehr nach Alexanders von Dohna kühnem Plan wurde nach und nach Jedermann in den Waffen geübt. Stein baute von Grund aus den neuen, den modernen Staat, den Volksstaat, gestützt auf Selfgovernment. Der Landtag zu Königsberg, im Jahre 1812 unter Dohna's Vorsitz versammelt, forderte die Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft, und York, als er vor den Ständen die „Empörung mit Gott für den König und das Vaterland“ bevorwortete, unter stürmischem Lebehochruf, verlangte, daß man mit diesem Rufe warte bis zur Schlacht; sein entschlossenes Handeln an der Spitze der von ihm befehligten Heerschaar nöthigte Preußen, das Nothwendige zu thun. Dem Aufruf des Königs vom 3. Februar 1813 gehorchte Deutschland. Die Revolution siegte wider den „Despotismus“ Napoleons.

Das Volk hatte den Sieg erkämpft, Gut und Blut, Leib und Leben geopfert: der König verhiess Entgeltung

durch freies Leben in einem Volksstaate. Aber statt der Theilnahme des Volks am Staate, statt der Volksherrschaft als zweite Gewalt neben dem Könige bildete sich ein Beamtenstaat aus, eine Schreibstubenherrschaft, in strengster Abhängigkeit von dem Staatsoberhaupt, in gänzlicher Geschiedenheit von dem Volke, dem sie gleich einer abgesonderten Kaste, gegenüber stand, obwohl sie „Alles für das Volk“ sollte. Es wurde nach dem Ausspruche Friedrich Wilhelm I., jenes herrischen Monarchen verfahren, der gegen „die Junkers ihre Autorität“ seine Souverainetät wie einen „Rocher“ von „Bronce stabilisieren“ wollte, verfahren, und neben jener Abhängigkeit angestrengteste Dienstbesessenheit gefordert: „denn Wir sie bezahlen, daß sie arbeiten sollen.“ Vom Volke war keine Rede mehr, der Grundsatz des großen Friedrich: „der Souverain ist der erste Diener des Staates“ in's Buch der Vergessenheit geschrieben, statt dessen war „der König der erste Soldat“, und die Bajonette mußten die Sorge für die „Ruhe und Ordnung im Lande“ übernehmen; die Bureaukratie war die Vormünderin des Volkes, und leitete seine Angelegenheiten bis zum Todtengräber. Darüber sank die Volksfreiheit in's Grab. Selbst der Glaube und das Gewissen waren dieser bureaukratischen Bevormundung unterworfen; in Preußen konnte nicht mehr wie vor Jahrzehenden „Jeder nach seiner Façon selig werden“, und im Hintergrunde zum Schutze des feudalen, bureau-



kratischen Militairstaates stand die „ultima ratio Regis“ — die Feuerschlünde von Erz gegenüber den Ideen der Neuzeit und dem Geiste des Jahrhunderts. Das war der Staat des Absolutismus, die „reine“ Monarchie, die Friedrich Wilhelm von seinem Vater überkam und unter dem Ministerium Bodelschwingh-Giechhorn-Thiele fortsetzte, wenn auch unter äußerlich anscheinend freieren Formen.

Da erhob sich in unseren Tagen abermals die Revolution, Preußen's Schutzgeist seit Jahrhunderten; wir sahen sie mit dem flatternden Banner der Freiheit auf den Barrikaden Berlins, und den König mit demselben Banner einherziehen durch die Straßen der Stadt.

---

### Preußen nach dem Tode Friedrich Wilhelm's III.

Mit dem Thronwechsel in Preußen wechselte auch die Stellung des bis dahin zum Obersten beförderten Radowiz; sie gewann an Umfang und Bedeutung. Der vom Lebenschauplatz abgetretene Monarch, streng als „erster Soldat des Landes“, war liebend als Familienvater; die Mißhandlungen seiner Schwester am Casselschen Hofe bereiteten ihm die herbsten Schmerzen; Sorge und Kummer um sie nagten an seinem Herzen, und

deshalb ward Radowiz, der für sie in die Schranken getreten, von ihm wohl aufgenommen; und dadurch ausgezeichnet, daß der König ihn zum Miterzieher eines königlichen Prinzen, eines seiner Söhne ernannte.

„Glaube“ und „Aufklärung“ haben in verschiedenen Zeitperioden in den Regierungssystemen in Preußen stets eine Rolle gespielt, und dadurch, daß die preussischen Landesfürsten in der Reformationszeit mit der Mehrzahl ihrer „Unterthanen“ vom „alten Glauben der Väter“ abfielen, stellte man den Protestantismus auch an die Spitze der Regierung, machte man ihn gleichsam zum Princip im Regierungssysteme. Nur Friedrich der Große machte eine Ausnahme; er war ohne positiven Glauben, und so kümmerte ihn derselbe weder für seine Person, noch konnte er dahin gelangen, ihn auch als Behikel im Staatsregimente zu gebrauchen. Um desto größere Erfolge hatten in der darauffolgenden Regierung seines Nachfolgers des Cultusministers Wöllner christliche Staatsrecepte, neben dem Pietismus und Mysticismus des Generals von Bischoffswerder und seiner Creaturen und den Raffinements der Sinnlichkeit der Gräfin Lichtenau.

Die Regierung Friedrich Wilhelms III. hatte auf diesem Gebiete die starre Opposition des Erzbischofs von Köln katholischer Seits und die nicht minder heftigen Manifestationen der „Altlutheraner“ evangelischer Seits zur Folge, denen der Polizeistaat mit Verfolgung und Verhastung entgegentrat. Zunächst gingen diese Ereignisse



aus der religiösen Richtung des Monarchen selbst hervor, sie würden aber in minder schroffer Gestalt aufgetreten sein, wenn nicht auch im Regierungssystem, oder vielmehr im Cultusministerium diese Richtung vorherrschend gewesen wäre.

Auch unter dem jüngsten Regierungssysteme vor der Märzrevolution erhoben die Eichhorn und Thiele mit ihrem Anhange jenes religiöse Banner; man nannte Preußen den „christlich germanischen Staat“, und trotz der Förderung der Verdummung und Verfinsterung hatte man „Aufklärung“ als das dritte Wort im Munde. Man raisonnirte: Preußen ist die politische Consequenz des Protestantismus, seine Entwicklung besteht darin, sich als den Staat der Aufklärung immer von Neuem zu constituiren; jeder Schritt, den Preußen für die Freiheit thut, ist ein glorreicher, jede Reaction ist ein definitiver Abfall von seiner Bestimmung. Die Auspicien, unter denen Preußen entsteht, sind dem Mittelalter feindlich: in der Auflösung des Mittelalters und im Bruche mit ihm occupiren die Hohenzollern die Marken. Ihre ersten Fürsten sind zu schwach, um den Inhalt des neuen Geistes politisch geltend zu machen; sie beseinden sogar offen den Protestantismus, während sie sich persönlich zu seinen Bekennern zählen. Joachim I. reagirt vergebens gegen die Reformation, sein Sohn tritt zwar zur lutherischen Confession über, aber unklar und schwach, wie er ist, bekämpft er mit dem Kaiser seine eigenen Glaubensgenossen, und

ist so gegen sein eignes Princip gerichtet. Seine Nachfolger finden leichtere Zeiten, die nicht zur Entscheidung drängen. Erst Johann Sigismund thut durch seinen Uebertritt zur reformirten Kirche für die geistige Entwicklung einen folgereichen Schritt, wodurch der lutherischen Orthodorie gegenüber Toleranz und Humanität sanctionirt werden. Aber Georg Wilhelm, von beschränktem, inhaltlosem Egoismus gab im 30jährigen Kriege die Sache des Protestantismus auf, und beschloß im Interesse seiner „zeitlichen Wohlfahrt“, parteilos zu bleiben. Erst der große Kurfürst entscheidet Preußens politische Stellung. Er ist der erste Hohenzoller, der das Princip der Zeit begreift, mit ganzer Seele umfaßt, mit Entschiedenheit zu seiner Fahne macht, und mit erstaunlichen Erfolgen versucht. Seine Leidenschaft ist der echtfürstliche Egoismus, der seine Sache und die Sache des Principis identificirt, der sich in den Dienst der Idee und des Zeitgeistes begiebt, und dessen Wohl und Wehe daher unter dem Schutze des werdenden Weltgeistes, der Bildung und der geschichtlichen Entwicklung steht. Er ergreift die unbedingte Politik des Protestantismus; er sollte dafür leben, wofür Gustav Adolf gestorben war; „seine Politik ist die Praxis des neuen Geistes.“ —

Die Ausbildung des protestantischen Absolutismus ist jetzt die Aufgabe Preußens. Friedrich I. hebt die Seite des souverainen Bewußtseins und des Glanzes hervor, Friedrich Wilhelm I. die der innern Ordnung, der soliden



militairischen Basis, des moralischen Rigorismus, der absoluten Gewalt. Friedrich II. ist der vollendete absolute Monarch. Die Spitze der alten Monarchie ist erstiegen, die Zeit der Revolution beginnt. Die Aufgabe des absoluten Königs ist, seinen Egoismus auch formell hinzugeben und das Volk durch ein öffentliches Leben zur Theilnahme an der Macht des Weltstaates emporzuheben. Der absolute König opfert sich dem absoluten Staate: Friedrich Wilhelm II. bleibt bei der absoluten Monarchie stehen, ohne absoluter Monarch zu sein; er behält nur den Egoismus. Die alte Monarchie verliert unter ihm den Kopf; er ergreift die alte Zeit, um den Kämpfen der neuen zu entgehn. Diese Reaction spricht sich aus in der Rosenkruzerei Bischoffswerders und in Wöllners Religionsedict, Censurgesetz und geistlicher Prüfungsbehörde; in der verkümmerten Ausgabe des Landrechts, in der Annäherung an Oestreich und der Pillnitzer Convention. Die Schlacht von Jena ist das jüngste Gericht dieses hohlen Absolutismus.

Der unglückliche Krieg von 1806 führt die Regenerationsperiode Preussens und mit ihr den Fortschritt über Friedrich II. herbei. Der Staat wird Nationalsache, an die Stelle des absoluten Staates tritt der Volksstaat; die Vollendung dieser Regeneration ist die Befreiung vom französischen Joch und das Gesetz vom 22. Mai 1815. In Preussen hatte die neue Zeit, aber zugleich in Oesterreich und Rußland die alte Zeit und der barbarische In-

halt gestegt. Die österreichische Politik verdächtigte die politische Erhebung des Volks; die Reaction beginnt mit den Karlsbader Beschlüssen, der politischen Wöllneriade. Man gab das Princip der reellen Bethheiligung des Volks an seinem, ihm aufgeschlossenen Gemeinwesen auf. Seit dem Tode Friedrich Wilhelm III. steht Preußen an dem Dilemma von Constitution und Reaction, das nur durch den Uebergang des Polizeistaates in die constituirte republicanische Monarchie gelöst werden kann. Der Gedanke Friedrichs des Großen, von allen dynastischen Privatinteressen zu abstrahiren und den Staat, der Alle befreit, unumwunden zum Werke zu erheben, ist der König der Zukunft. —

Die Zustände in Preußen unter dem gestürzten und vom Könige selbst nunmehr desavouirten Regierungssysteme waren mehr oder minder Spiegelbilder der Zustände in Frankreich vor 1789, und laut durchdrang der Ruf: Es muß anders werden! das ganze Land. Nur waren die Ursachen derselben hier andere wie dort. Während jenseits des Rheins das faule anrühige Königthum und sein schlechtes Regiment mit Maltresseneinfluß und Pfaffenwillkür jene Zustände herbeigeführt hat, hat bei uns einzig und allein die Schreibstubenherrschaft in Verbindung mit Nepotismus und Corruption jenes Regierungssystem ins Leben gerufen, unter dessen Joch und Zucht



ruthe unbegreiflicher Weise ein ganzes großes Volk so lange geschmachtet und gelitten hat.

Das Beamtenthum ist nicht aus dem Leben des Volkes hervorgegangen oder mit ihm zusammenwirkend, sondern eine Körperschaft, die gänzlich von der Gnade des Staatsoberhauptes abhängt und die Bestimmung hat, dessen Gebot zu vollziehen. Von der Nation ist sie demnach abgetrennt und kommt für dasselbe nur so weit in Betracht, als sie das Werkzeug des Staatsoberhauptes ist, und dieses in der Nation und nicht über ihr, seine Stellung hat. — Diese Absonderung geht so weit, daß die Bureaucratie sich gewöhnlich aus sich selbst, nämlich aus den Söhnen ihrer Familien ergänzt, welche durch Erziehung, Gesittung, Ansichten, zuweilen auch durch die Sprache, von allen übrigen Volksgenossen sich unterscheiden, und dadurch bald auf die Meinung gerathen, daß sie besserer Art seien, als diese. — Jeder Einzelne, wie jede Körperschaft theilt das Streben, sich selbst zu erhalten und die ursprünglichen Befugnisse auszu dehnen. — Selbst-erhaltung ist es nur, wenn die Bureaucratie das Leben der nationalen Organe in der Gesellschaft und dem Staate, wie wir sie bezeichneten, zu hemmen oder auf der niedrigsten Stufe zu erhalten sucht; und wenn man sagt, daß sie gegen jeden Fortschritt reactionär sei, so heißt dieses nichts anderes, als daß sie in der ganz richtigen Ansicht handelt, daß bei der nationalen Entwicklung die Volksorgane auf sie beschränkend einwirken werden. So wie

demnach diese Entwicklung fortschreitet, so erwacht in der Bureaokratie das Gefühl von der Unnatur ihrer Stellung auf eine sehr unbehagliche Weise, und sie versucht wenigstens den Schein einer unbedingten Superiorität über das Volk zu retten. Sie muß sich deshalb diesem gegenüber in allen ihren Gliedern, bis auf die geringsten hinunter, als Personen von höherer Art darstellen, gegen welche Beschwerden und Klagen von gemeinen Volksgenossen schon deshalb gar nicht stattfinden, weil diese Menschen höherer Art nicht zu beurtheilen verstehen. Daher der Versuch, der Aussage des geringsten, wenn auch verdächtigen Dieners der Bureaokratie mehr Geltung zu verschaffen, als dem Wort und dem Handschlag des besten und anerkanntesten Bürgers; daher das auffallende Zusammenhalten aller Glieder der Bureaokratie dem Volke gegenüber und die sonderbaren Mittel der Einschüchterung, um jede laute Beschwerde desselben zu ersticken; daher das angeborene Mißtrauen gegen jeden Freimuth, er mag sich äußern wie er will, das Widerstreben gegen jede Art von Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und in der Verwaltung, in der Gemeinde, daher der Versuch, in die Justiz einzugreifen, in so fern sich diese unabhängig bewahren will, und die wahrnehmbare Anstrengung, die öffentliche Jugend-Erziehung auf eine Stellung zu bringen, wo sie nichts darbietet, als die nothwendigste Vorbereitung der Glieder der Bureaokratie, und das fortgesetzte Bemühen, die Organe der öffentlichen Jugend-Erziehung durch Niederdrückung



in die peinlichste, kümmerlichste Lage, von ihrem leisesten Winke abhängig zu erhalten und ihnen das Wagniß des selbstständigen Denkens und Handelns unmöglich zu machen. — Dem widerspricht es nicht, daß viele Einrichtungen der Bureaukratie in formeller Hinsicht vortreflich sein können, daß sie zumal den Nationalwohlstand möglichst zu fördern sucht (freilich nur mit dem Rückblick auf die Mehrung des Staatseinkommens im finanziellen Interesse, an dem sie ja selbst ihren reichlichen Antheil genießt): daß ihre Glieder vielen Anstand (sogenannte Repräsentation), und sogar große Intelligenz zeigen, und daß sie dem Militair, (in so fern es eine geschlossene Körperschaft ausmacht) muthig und dem Clerus, welcher Kirche er auch angehören mag) nicht selten ganz rationell entgegentreten, wodurch sie bei kurzichtigen Menschen oft in den Ruf der Liberalität kommen.

Obgleich die Bureaukratie sich als die ächte Repräsentation aller Macht im Staat, als die einzige Quelle aller Volksbeglückung, ja als den eigentlichen Staat ansieht, so bleibt sie immer doch bedenklich und mißtrauisch, weil sie gut weiß, daß sie nicht im Volke wurzelt. Es reicht nicht hin, eifersüchtig auf seine Gewalt zu sein, und sie durch stets gesteigerte Wirksamkeit (Vielregierung) über alle Verhältnisse auszudehnen. Man muß auch Mittel besitzen, um Alle, die im Volke widerstreben, oder nur einmal den Versuch machen dürften, der Vielregierung widerstreben zu wollen, erst auszuspähen und dann zu

umgarnen, in so fern man sie nicht sogleich niederschlagen kann. Ferner muß man in der Bureaukratie selbst jeden Abfall zu verhüten suchen, da der blendende Schein gewissermaßen auf der solidarischen Haltung Aller beruht. Das erstere dieser großen Hülfsmittel ist die Polizei. Natürlich meine ich hier nicht jenes wohlthätige Institut, dem auch die freien Römer die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und die Sicherung der Person und des Eigenthums der Bürger anvertrauten, sondern den Bastard der französischen Despotie, der mit seinen Spionen, verkappten Aufhebungen, Denunciationen, schwarzen Büchern, Brieferebrechungen und dem übrigen dämonischen Apparat, in den Augen der Bureaukratie hinreichend, alle die gesunden, lebensvoll wirkenden Volksorgane zu ersetzen.

Dieses Beamtenthum mit seinem Schreibstubenregiment, theils durchaus unbekannt mit den Bedürfnissen des Volkes, theils sie nicht kennen wollend, hatte sich im Lauf der Jahre stets schroffer ausgebildet, und unter dem Ministerium Bodelschwingh die Gipfelhöhe erreicht und lastete, jede freie Regung im öffentlichen Leben des Staats und Volkes niederhaltend, seine Sonderinteressen, ja sogar Sondergelüste verfolgend, schwer auf der ganzen Nation. Dem minder Einsichtigen gegenüber wußte sich dieses Regiment mit einem Nimbus zu umgeben, seine wirklichen Tendenzen mit einem Heiligenschein zu schmücken und seine mittelalterlichen Zwecke im Trüben zu verfolgen. Gegen



das Regiment unter dem letzten Könige opponirte diese romantisch-mittelalterliche Schule, vor allen das Hauptorgan derselben, das „Berliner politische Wochenblatt“ mit seinen reactionären Bestrebungen, das von Jarcke, dem Convertiten, gegründet, von Haus aus überhaupt gegen Preußen gerichtet war, weshalb denn auch dieses Journal bald nach der Thronbesteigung des neuen Königs offen erklärte: es habe seinen Zweck erreicht und höre deshalb auf, während sein Gründer schon vorher sich in die Arme des österreichischen Staatskanzlers geflüchtet hatte und in der Staatskanzlei zu Wien in den Fußstapfen des Renegaten Benz fortzustolpern versuchte, wie unter der gegenwärtigen Regierung die „Neue preussische Zeitung“ jeder constitutionellen Regung entgegentritt.

Später nahm das gesammte Staatswesen eine doctrinäre Färbung an; früher war die Regierung möglichst in dem alten Gleise gegangen; die Bureaokratie, nach dem alten Mechanismus abgerichtet, wie das Heer nach dem alten Exercierreglement, sah mit souverainer Verachtung auf jede Tendenz herab, die in ihrem Amtsschlendrian noch nicht vorgekommen war. Aber die Zeit der Amtspraxis, des Staatsrationalismus ging vorüber; es graute der Tag der Aristokratie aller Farben, und die Geistreichen, die Poetischen, die Visionaire, die Gläubigen kamen neben den „vornehmen Leuten“ an die Reihe. Man verabscheute jede freisinnige Richtung eben so gut wie früher, aber nicht mehr von dem Standpunkt prakti-

scher Allwissenheit aus, sondern von der „unnahbaren Höhe der genialen Doctrin“. Das christlich-germanische Staats- und Kirchenbewußtsein kam in Schwung; man sonderte Stände von Ständen, Confessionen von Confessionen, Provinzen von Provinzen. Es fehlte indeß am Halt- und Mittelpunkte; der innere Widerspruch, die Halt- und Gehaltlosigkeit und darin die Ohnmacht der herrschenden Peiniger traten immer mehr hervor, stellten sich selbst dem ungeübteren Auge dar; die Opposition gegenüber der Regierung ward stets gewaltiger trotz der Gewaltanwendungen der Letzteren; die öffentliche Meinung regte sich von Tag zu Tag lebendiger, und überraschend, von der Regierung durchaus unerwartet, ein Bliß aus heiterer Lust, stand Berlin urplötzlich da hinter den Barrikaden, den „Bollwerken der Volksfreiheit“.



## Radowitz und die Camarilla.

### Geschichtliche Skizze. \*)

Der Glanz des Mondes am Himmel wird durch einen „Hof“ getrübt, der Glanz der Throne der Erde aber wird durch Höfe erhöht; je größer der Hof, in desto größerem Lichte erscheint der Thron. Und so wie jeder Thron seinen Hof hat, so hat er auch seine Camarilla, d. h. sein „Kämmerchen“ mit Leuten und Leuten, die durch ihren persönlichen Einfluß, durch ihre individuelle Einwirkung auf den Inhaber des Thrones entweder wirklich regieren und die dynastische Kabinettpolitik machen, oder nach dieser Macht zu gelangen streben.

\*) Man erwarte keine Vollständigkeit in der nachfolgenden Darstellung; sie ist bloß eine Skizze, eine vorschnelle Vorläuferin meiner „Geschichte der Camarilla am preussischen Hofe von Friedrich I. bis zur Gegenwart“, die binnen Kurzem erscheinen wird.

Sie sind stets Leute der Reaction; denn Reaction ist die einzige Bedingung, der alleinige Boden, worauf die Camarilla wuchert und Frucht trägt, der „Wind der Reaction“ ist ihre einzige Lebensluft. Sie sind Leute der schroffsten Reaction, natürlich nur getrieben von Egoismus und selbstsüchtigem Interesse und allein darauf bedacht, die Fürsten zu Werkzeugen ihrer persönlichen Interessen, sie mögen nun materieller oder moralischer Art sein, zu machen, sie zu ihren Zwecken zu benutzen, und sie vorzuschieben und in erste Reihe zu stellen, während sie schlau und lauschend und voll Erwartung im Hintergrunde stehen und des Ausgangs der Dinge harren; schlägt der Plan auch einmal fehl, es kümmert sie nicht zu sehr; denn sie gedulden sich und warten auf bessere Zeiten, auf günstigere Augenblicke und sinnen mittlerweile auf neue Raffinements. Sie sind die eigentlichen Directoren und Maschinisten und Dramaturgen der großen Reactionsfarge, die in Europa gespielt wird auf der Schaubühne oder vielmehr hinter den Coulissen der Diplomatie, deren Histrionen — um mit Börne zu reden — dreierlei gelernt haben müssen: „französisch sprechen, nichts sprechen und die Unwahrheit sprechen“; diesen drei Künsten verdankt manche Monarchie ihre Haltung von Außen; aber der Diplomat muß auch „sehen mit den Ohren“, denn nicht das Licht, sondern die Luft ist sein Element; drum liebt er Stille und Dunkelheit.



So verschieden die Fürsten sind, so sind doch die Höfe einander ähnlich und die Hofleute einander gleich; ganz gleich aber sind die Leute der Camarillen; sie sind keineswegs die Hofparthei, sondern gehören gar keiner Parthei an; sie sind sich selbst genug, aber der Central- und Brennpunkt aller reactionären Partheien im Lande, alle benutzend, selbst die demokratischen, zur Erreichung ihrer Zwecke.

An dem preussischen Königshofe unter Friedrich I., der sich selbst krönte, existirte keine ausgebildete Camarilla; Seitens Oesterreichs und des päpstlichen Stuhles als Antipoden und Widersachern des auf revolutionärem Boden urplötzlich emporgeschossenen Königthums fehlte es zwar nicht an Machinationen zur Bildung einer solchen; allein jede derartige Bestrebung scheiterte an der Macht der Günstlinge, die sich um den König in reicher Zahl sammelten, und von dem — um ein Beiwort aus der Geschichte des Geschlechts der Medicäer zu entlehnen — „Prächtigen“, d. h. prachtliebenden und verschwenderischen Monarchen reichlich mit Gnadengeschenken überhäuft wurden. Jede politische Partheibildung einer Camarilla erschien unmöglich, jeder Versuch scheiterte.

Sein Sohn, Friedrich Wilhelm I., der hausväterisch, sparsam, streng, in prosaischer Nüchternheit, fern von Pracht und Glanz regierte und selbst oftmals auf seinen Spaziergängen in den Straßen seiner Residenz in väterlicher Zucht den Rohrstock schwang, war

eine Persönlichkeit, an der wie an einem „Rocher von Bronze“ jeder Versuch camarillischer Bestrebungen hätte zerschellen müssen. Er versammelte seine Minister und Generale, Rätke und einsichtige Bürger Berlins nach eigener Wahl um sich zur Besprechung, Erholung und Erheiterung bei einer Pfeife Tabak und einem Glase Bier im abendlichen „Tabakscollegium“, wo Eversmann, sein Kammerdiener, der Gesellschaft kredenzte.

Friedrich II., der Große, aber auch der Einsame auf dem preussischen Königsthron, sah Niemanden um sich als Voltaire, eine Zeitlang sein stereotyper Gesellschaftler, einige andere französische Gelehrte und seine Windspiele. Sein sonst offenes Ohr war taub gegen jede Zuflüsterung; es war unerreichbar camarillischem Egoismus. Sein Ruhm schuf auch den Ruhm Preussens: sein Geniusglanz fiel auf das Land um seinen Thron, wie in Corregio's Nacht vom Christuskinde der Lichtglanz ausgeht, der auf der Umgebung ruht; ein rechter Fürst macht mit sich zugleich diejenigen unsterblich, die er beherrscht, und es ist ein schöner Anblick in der Geschichte, einen fürstlichen oder kriegerischen Greis kurz vor seinem Untergange noch in letzter zürnender oder glänzender Kraft zu erblicken; — es ist eine Abendröthe, woraus es blüht. Er starb unter Staatsgeschäften, in seinen Kleidern, den Hut auf dem Kopfe, in seinem Lehnseffel.

Mein Neffe, Friedrich Wilhelm II., in der Gewalt der Reize der Gräfin Lichtenau, unter dem Einflusse



des Generals von Bischoffswerder und anderer Mitglieder des Rosenkreuzerbundes, des intriganten Cultusministers Wöllner war dieser Camarilla überantwortet, die statt seiner regierte, wogegen eine andere Parthei unter dem Schutze der Gräfin Ingelheim nicht aufkommen konnte; in ihrer Hand allein ruhten alle Fäden der preussischen Hofpolitik, während man den König mit Alchymie, Geistesfeherei, den Geheimnissen der Rosenkreuzerei, des Maurerthums und der — Liebe vollauf beschäftigte, umringt und erdrückt von Verschwendung, Luxus und Ueppigkeit.

Ohne Prunk und Glanz, ernst und einfach und einsilbig, jede Gelegenheit meidend, wo er den König in seiner Person zeigen mußte, nur im Kreise seiner Familie und Freunde zutraulich, folgte Friedrich Wilhelm III., ganz ungleich dem Vater, die Königin mit ihrem reichen Schatze weiblicher Tugenden ihm zur Seite. Ordnung, bedächtige Ruhe, lärmlose Regsamkeit herrschten an seinem Hofe, der seltsam contrastirte mit dem Leben der Genußsucht in den höheren Kreisen der Residenz, gegenüber der genialen und lüsternten Tafelrunde des Prinzen Louis Ferdinand und anderer Kreise, wo Bacchanale und Orgien gefeiert wurden. Mit der Schlacht von Jena schwand dieses Leben vor dem Ernst der Zeit und ihrer Verhältnisse; die großartigsten Ideen griffen Platz und bewirkten den jähesten Umschwung der Dinge in Preußen, die in einem Kampfe, mit ruhiger Kraft und Aufopferung des ganzen Volkes jene große Katastrophe herbeiführte, die

Preußen aus seiner Nichtigkeit urplötzlich zu einer europäischen Großmacht emporhob, nach Außen in jeder Beziehung gestärkt und gekräftigt.

Minder gelang die Kräftigung im Innern, obwohl die Wahl des Königs hinsichtlich der Mitglieder seines Ministeriums, besonders in den ersten zwanzig Jahren nach dem Sturze der Fremd- und Oberherrschaft Napoleons eine glückliche war; denn Ehrenmänner wie Kirch-  
eisen, Altenstein, Maassen konnten nur das Beste wollen. Aber die „Revolutionsfurcht“, und das Anlehnen an die Politik Metternichs ließen die verheißene constitutionelle Verfassung nicht zur Ausführung kommen, die Freiheit der Presse nicht erstehen, überhaupt den Volksstaat nicht ins Leben treten. Gemeinsame Beschlüsse des Bundestages hinderten das Gedeihen, und zu weit gegriffene Maassnahmen in Beziehung auf das Verhältniß des Staates zur Kirche, sowohl zur evangelischen wie zur katholischen, hervorgegangen aus der confessionellen Ueberzeugung des Königs und aus seiner Ansicht, als Fürst des größten evangelischen Staates auch Hort und Schirm des Protestantismus zu sein und genährt sowohl durch die Zustimmung seiner nächsten Umgebung, Wigleben an der Spitze, als durch die Opposition einzelner Bischöfe der katholischen Kirche, traten hemmend hinzu. Nach dem Abgange jener Minister traten andere Räthe des Königs auf, deren Wahl minder glücklich war, und besonders ward das Ministerium des Inneren Männern der absolut-



engherzigsten Richtung anvertraut; es gilt nur der Nennung eines Brenn, eines Rochow, wie eines Kamps und Tschoppe, die zum Theil auch schon früher beschränkend wirkten. Eine eigentliche Camarilla hatte sich nicht zu bilden vermocht; Einflüsterungen stand der Monarch gleich seinem Großoheim fern.

---

### „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“

#### Nadowitz als Vertheidiger des Königs.

Mit Jubel begrüßt von der Memel bis zur Saar bestieg Friedrich Wilhelm der Vierte den Thron. Gleich einem leuchtenden Gestirn in dunkler Nacht ging er an Preußens Himmel auf; er erschien dem ganzen Volke als Schöpfer einer glücklichen Zukunft; ganz Deutschland stimmte freudig mit ein in den Jubel der Preußen, denn auch die „deutsche Nation“, längst hoffend und harrend, wandte ihre Blicke nach dem preussischen Königsthron. Deutschlands Wiedergeburt, ein freies, kräftiges, einiges Deutschland erhoffte sie im Vorgange Preußens auf einzuschlagender Bahn. Es kann hier nicht der Ort sein, die Begebnisse der Jahre seit jenem Regierungsantritte zu schildern bis zum gegenwärtigen Augenblicke; aber es darf hier offen und ohne Fehls ausgesprochen

werden, daß die Regierung und ihre Parthei einerseits, und die „Volksparthei“ andererseits, beiderseits zu wenig bemüht gewesen sind, eine Annäherung mit Besonnenheit und Ruhe herbeizuführen, deren Resultat einzig und allein das Heil Preußens, das Heil des ganzen deutschen Vaterlandes war. Die getäuschten Hoffnungen, die sich bis zu nicht zu verwirklichenden Extremen gesteigert hatten, riefen allüberall eine „gehässige Stimmung“ gegen den König hervor, und dieses in einer Zeit, wo es Eintracht zu gründen, nicht den Saamen der Zwietracht auszusähen galt.

In jener Zeit war es, wo Radowiz als Vertheidiger des gelästerten Königs austrat, und sich „an die Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit des Volkes“ wandte mit der Bitte: „in der Verwirrung und Leidenschaftlichkeit, die uns umgibt, sie nicht vergeblich angerufen zu haben“.

Die zu diesem Zwecke von ihm veröffentlichte Schrift: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“ (Hamburg. Berthes, Besser u. Mauke) ist ein der Geschichte angehöriges Product, eine Quelle, die um so reiner erscheint, als die darin theiligten Individuen wie Cabinette dawider in keiner Weise Protest erhoben haben.

„In einem Augenblicke — sagt er — wo Deutschland den höchsten Gefahren von Außen ausgesetzt, wo der Krieg an seiner nördlichen und südlichen Grenze ausgebrochen ist, an seiner westlichen und östlichen Grenze



drohend näher rückt, wo seine ganze nationale und staatliche Existenz auf dem Spiele steht, hat man damit begonnen, den Samen alter Zwietracht neu auszustreuen. Das Dasein und die Autorität nicht bloß dieser oder jener Regierung und Regierungsform, sondern jeder geordneten Regierung überhaupt ist in Zweifel gestellt, die Verwaltung gelähmt, die Finanzen zerrüttet, das Heer entmuthigt worden. In dem Momente, wo die äußerste Concentration aller Kräfte, das Absehen von allen Unterschieden des Standes, der Confession und der politischen Meinung doppelt gebotene Pflicht gewesen wäre, ist eine Zersplitterung eingetreten, wie sie kaum in den schlimmsten Zeiten unserer Vergangenheit gefunden wird.

Der Grund zu dieser betäubenden Erscheinung wird in der langen Vernachlässigung der nationalen Gefühle und Bedürfnisse gesucht, und der Ersatz für diese augenblickliche Schwächung in dem wiedergewonnenen Bewußtsein, daß Deutschland ein untrennbares Ganze sei, und als solches seinen Feinden gegenüber treten werde.

Wir stimmen vollkommen damit überein, daß der angegebene Grund einer der mächtigsten Hebel geworden ist, um das bisherige politische Gebäude aus seinen Fundamenten zu heben; wir theilen von ganzem Herzen den Wunsch, daß der erwartete Ersatz an den neubelebten Kräften vollauf gefunden werde. Aber eben deshalb müssen wir mit um so größerem Kummer uns zu der Frage wenden, weshalb in diesem Augenblicke eine ebenso

unbillige als unweise Polemik gegen Preußen und seine Regierung eröffnet wird. Glaubt man wirklich, daß das mit seinem Königshause eng verwachsene Volk der alten Provinzen sich durch augenblickliche Mißempfindungen bis zu dem Punkte umgewandelt habe, daß es solche maßlose Angriffe gegen seinen Regenten gleichgültig oder beistimmend hinnähme? Uebersteht man, daß diese Stimmung sich auch außerhalb Preußen ausbreiten und eine beklagenswerthe Entrüstung gegen diejenigen Theile Deutschlands erzeugen werde, aus welchen dergleichen Schmähreden herüberschallen?

Ja, wenn ähnliche, unbedachte Schilberhebungen sich vervielfältigen, so sind wir auf dem Wege, statt des einzigen Vaterlandes, für welches so große Opfer gefordert und gebracht werden, einen Zwiespalt zwischen den Oesterreichischen, den Süddeutschen, den Norddeutschen und den Rheinischen Landen entstehen zu sehen, der uns wehrlos in die Hände der Feinde lieferte.

Eine wesentliche Veranlassung der gehässigen Stimmung, die sich in mehreren Theilen Deutschlands gegen König Friedrich Wilhelm IV. gebildet hat, liegt in der Unkenntniß der Thatfachen. Die Stimme, die der König am 18. März vernehmen ließ, klang den Meisten so fremdartig, so wenig durch das Vorhergehende motivirt, daß man sie sich nur durch die Besorgniß vor gegenwärtigen oder zukünftigen Gefahren zu erklären mußte. Welche nachtheiligen Empfindungen diese Voraussetzung erzeugte,



ist sehr begreiflich. Um einer billigern Auffassung Bahn zu brechen, ist es daher erforderlich, zunächst die Thatfachen herzustellen, die Stellung Friedrich Wilhelm IV. zu der deutschen Sache seit seiner Thronbesteigung offen vor Augen zu legen. Wir unternehmen dieses in den folgenden Blättern, die, obwohl lediglich nur eine rein persönliche, außeramtliche Ansprache bietend, doch durchweg aus einer sichern Kenntniß der Vorgänge geschöpft sind.

Eben deshalb schließen sie ihre Aufgabe mit dem Patente vom 18. März ab; bis zu diesem Zeitpunkte reichen ihre zuverlässigen Materialien. Für die richtige Beurtheilung des Sachverhältnisses genügt dieser Abschnitt vollkommen, da die jenseits liegende Akte, die so schwerer Mißdeutung begegnet sind, zu den im Patente vom 18. März für Deutschland verheißenen Fortschritten weder etwas hinzufügen wollten, noch hinzugefügt haben. Es ist erklärlich, daß die Proklamation vom 21. März manichfachem Widerspruch begegnet ist; jeder tiefer Blickende wird aber hierdurch sein Urtheil über die Stellung Preussens zu der deutschen Sache nicht beirren lassen.

Es ist wahr, daß aus dem Patente des Königs vom 18. März 1848 die Absicht desselben, „Deutschland zu regeneriren“, deutlich hervorgeht; aber in der Aufregung des Volks, im Sturm der Tage, im Tosen der Revolution wollte das Volk keine Verheißung, es verlangte Erfüllung; es wollte den „Bann der Zwietracht nach Innen“ gehoben, die „Schwäche nach Außen“

gebannt, und dazu den Anfang sofort in Preußen gemacht sehen. Dieses Verlangen erfüllten nicht die Worte des Patents; man verlangte Thaten, und deshalb verschollen jene Worte in der Brandung der Revolution.

Was der König Friedrich Wilhelm IV. seit den großen Eindrücken der Befreiungskriege in seiner Seele getragen — es sind Nadowiz Worte, die ich hier niederschreibe — dem strebte er Folge zu geben unmittelbar, nachdem er zur Regierung berufen war. In seiner ersten Unterredung mit Metternich im August 1840 zu Dresden sprach er sich gegen diesen über die absolute Nothwendigkeit aus, den bisherigen Gang in den Bundesangelegenheiten zu verlassen und das erstorbene Institut des Bundestages zu neuem Leben zu kräftigen, und kündigte seinen Entschluß an, bestimmte Anträge hierüber an den österreichischen Hof zu bringen. Metternich wies diese Anregung nicht zurück; da aber in Folge der damaligen Verwicklungen im Orient Frankreich unter dem Ministerium Thiers an Deutschlands Grenzen rüstete, so stellte er die Verständigung über den einzuschlagenden Weg bis nach vorübergegangener Kriegsgefahr hinaus.

Als die entschlossene Haltung der deutschen Fürsten und Völker die französische Kriegslust abgefühlt hatte und das Ministerium Thiers gefallen war, da trat Preußen auf zur Reformirung der Bundeskriegsverfassung; es veranlaßte die im Frühjahr 1841 zu Berlin und Frankfurt gepflogenen Verhandlungen, in Folge deren allgemeine



Inspicirungen des Bundesheeres stattfanden und der Bau zweier Bundesfestungen in Süddeutschland, welches einer französischen Invasion am offensten lag, beschlossen.

Kann somit nicht ohne Befriedigung auf den Fortschritt zurückgesehen werden, den auf Preußens Anstiften die Vertheidigungskraft Deutschlands gegen den äußeren Feind gemacht hatte, so muß um so mehr bedauert werden, daß die von Berlin ausgehende Anregung zur inneren Belebung des Bundes nicht gleiche Früchte trug. Der Vorwurf ist schwer und liegt nahe; er trifft diejenigen, die dem großen Unternehmen aus Abneigung oder Nachlässigkeit Hindernisse bereiteten; er kann auch diejenigen nicht verschonen, welche nicht größere Ausdauer und Energie zur Ueberwindung dieser Hindernisse daran setzten. Und so ging eine unerseßliche Reihe von Jahren vorüber, ohne daß an die Regeneration des Bundes nachdrücklich Hand gelegt worden wäre. Geruht haben die Gedanken und Vorsätze des Königs Friedrich Wilhelm IV. nie, aber es war ihm nicht beschieden, durch die einengenden Hindernisse durchzubrechen."

Also trat Radowiz für den König Friedrich Wilhelm den Vierten öffentlich in die Schranken gegenüber der „gehässigen Stimmung“, die wider ihn in mehreren Theilen Deutschlands sich gebildet hatte, und die er somit allein der Unkenntniß der Thatsachen zuschreibt.

**Die „Politiker der Wilhelmstraße“, die Camarilla und die Demokratie.**

Als Radowiz mit Empfehlungen der Kurfürstin von Hessen, der Schwester des Königs Friedrich Wilhelm III. nach Berlin flüchtete, gesellte er sich jenem Kreise zu, der unter der Bezeichnung: „Kreis der Wilhelmstraße“ bekannt ist. Hier stand an der Spitze der eifrigste Protector, des damals von dem Professor, jetzigen Rath in der k. k. Staatskanzlei zu Wien, Jarcke, herausgegebenen „politischen Wochenblattes“, welches trotz seiner Devise: „Nous ne voulons pas la contrerévolution, mais le contraire de la révolution“, die durchgreifendste politische und religiöse Restauration predigte. Diese „Politiker der Wilhelmstraße“, worunter Bethmann-Holweg, Thiele, die Gerlach's, Stahl u. s. w. machten unter der Regierung des vorigen Königs gegen den modernen Staat Opposition, wurden später „plötzlich über Nacht“ d. h. nach der Nacht des 18. auf den 19. März constitutionell, wie uns Bethmann in seiner Schrift über „Reaction und Sonderthümlerei“ darthut, während Thiele und Radowiz damals und für lange Zeit von der Residenz abwesend waren, später aber wieder eintrafen. Radowiz namentlich wurde im Mai hingerufen, um an der Minister-Conferenz Theil zu nehmen, aus der die octroyirte Verfassung hervorging. Das Gericht von Thiele's, des früheren Ministeriums-Mitgliedes unter Bodel-



schwingsh, angeblichem Wiedereintreffen und seiner Wiederbetheiligung an den Verhandlungen am Hofe zu Potsdam veranlassete in der Residenz eine derartige allgemeine Aufregung, daß das Gerücht durch eine Bekanntmachung amtlich widerlegt werden mußte.

Jene frühere Parthei der Politik der Wilhelmsstraße reagirte auch nach dem Thronwechsel im Jahre 1840 unter der Regierung des gegenwärtigen Königs wider die „Märzerrungenschaften“, anfangs nur geheim und versteckt, später in mehr in die Oeffentlichkeit tretender Conspiration. Es gesellten sich mehrere Gleichgesinnte ihnen zu; ihre Zahl wuchs durch Recrutirungen aus den Provinzen; man erkannte sie für „einflußreicher als die preussischen Friedlands ohne Productivität, (Brangel, Brandenburg u. s. w.), die wohl die Stützen des Thrones seien, weil sie den unmittelbarsten Einfluß auf das Heer üben, der Gang der Politik aber nicht von ihnen ausgehe; sie seien Feinde der Frankfurter, weil es Federfuchser, und die Berliner nicht, weil sie Barrikaden gegen sie errichtet.

Diese Parthei nun gilt allgemein für die gegenwärtige Camarilla, und deshalb ist sie dem Haß der Demokratie als ihrer Todfeindin verfallen, mit ihr zugleich Radowiz, und es gilt als charakteristisches Zeichen, mit welchen ungemessenen Invectiven die Organe der demokratischen Parthei über sie herfallen. Aber Radowiz wurde von dieser Parthei selbst desavouirt; ihr Organ, die Neue Preussische Zeitung gab in ihrer Nummer vom

20. Mai d. J. den nachfolgenden merkwürdigen Artikel:

„Unter den Männern — heißt es daselbst wörtlich — die jetzt in Berlin beschäftigt sind, die Sünden der Frankfurter Versammlung nach Möglichkeit unschädlich zu machen, und unter den politischen Köpfen Deutschlands überhaupt scheint der Hannöversche Minister Stüve zur hervorragendsten Rolle berufen zu sein. Leider ist es Wenigen, auch unter denen, mit welchen Hr. Stüve hier zu verhandeln hat, gegeben, sich die Klarheit politischer Anschauung, das consequente Rechtsbewußtsein, die Freiheit von der Bedrückung durch das Kammer- und Zeitungs-Geschwäg 24stündiger Politiker, in gleichem Maaße zu bewahren, wie der Vorkämpfer des verfassungsmäßigen Rechtes in Hannover, dessen Rechtsboden bisher von den Fallthüren und Versenkungen des Bindeischen keine Spur dargeboten hat. Durch jene seltsame Ironie des Schicksals finden die Bestrebungen des niemals als revolutionair verfolgten Bürgermeisters von Osnabrück jetzt eine wirklich revolutionaire und, wie wir fürchten, erfolgreiche Opposition in den unitarischen Plänen des Herrn von Radowiz, dem, wie es scheint, noch Mancher Abbitte thun wird, der seine politische Gesinnung als reactionair verdächtigt hat. Wer Herrn v. R. in der Nähe gesehen hat, läßt ihm die Gerechtigkeit widerfahren, daß sein Geist mit allen Waffen der Dialektik, welche ein reicher Schatz von Wissen, und eine seltene Streiftfertigkeit darbieten könne, auf das Vollständigste ausgerüstet ist, und Preu-



seus Unglück will, daß diese Kraft in die linke Schale der Waage falle, ohne einen ihr gewachsenen Gegner zu finden. Wie überwältigend muß die hier unter dem Namen Paulskirchen-Schwindel bekannte Krankheit gewesen sein, wenn ein Mann wie R. ihr nicht widerstehen konnte, wenn der Verfasser der bekannten „Gespräche“ noch heute slavisch unter dem Einfluß des Gespenstes der dahingeschiedenen Majorität der Paulskirche steht, wenn der von den Demokraten als das Arsenal aller Kampfmittel des historischen Rechtes gefürchtete, als Jesuit verdächtige General v. R. mit Phrasen, die wir einem rheinländischen Weinreisenden oder einem Frankfurter Professor der Staatswissenschaft nachsehen möchten, von der Souveränität des Volks, und von der Unüberwindlichkeit einer Revolution, von dem verlegenen Kram französischer Staatsweisheit der Constituante spricht. Sollen wir wiederum, wie am 5. Dezember, die Last des Octroyirens, obenein unter der Verdächtigung, welche den Namen R. bei der ganzen constitutionellen Mittelmäßigkeit Deutschlands begleiten wird, auf uns nehmen, um zu octroyiren, was wir in hinterlassenen Schriften der National-Versammlung finden? Sollen wir Deutschland mit dem Blut unserer Kinder erobern, um uns dann fast dieselbe Schlinge freiwillig über den Nacken zu werfen, der uns die Weisheit des Königs kaum entzogen hat. Sollte die jetzige monarchische Erhebung des altpreussischen Volkes ebenso ungenützt fortgeworfen werden, wie die des vorigen

Herbstes, dann freilich schwände die letzte Hoffnung der Vaterlandsfreunde, die haltlosen Zustände des engeren Vaterlandes an einer deutschen Verfassung, mit der zu regieren möglich wäre, wieder aufzurichten; dann möchte eine späte Reue die treuen Söhne Preußens ergreifen, welche jetzt für den König und das Vaterland Gut und Blut freudig daransetzen. Möchte es Herrn v. Radowitz gelingen, den Alp von sich abzuschütteln, den er von Frankfurt mitgebracht hat, möchte es ihm gelingen, aus der Verschanzung falscher Doctrin und Methode, hinter welcher er sich mit den Waffen überlegener Dialectik vertheidigt, einen freien Blick in das Land Preußen zu werfen, welches er seit Frankfurt nicht mehr zu kennen scheint."

Also die „Neue preussische Zeitung"! Und woher dieser Ton. Die Parthei der Kreuzzeitung ist an Radowitz irre geworden. Er erschien ihr nach der Märzrevolution als der unermüdlich wühlende Maulwurf der Contrerevolution; aber bereits im September, ein halbes Jahr nachher stellte er sich in offene Opposition zu ihr, und rief ihr ein „Zu früh!" entgegen, als selbst der gestürzte 10 tägige Premierminister v. Auerswald der Ansicht war, man müsse die Nationalversammlung auflösen, indem sie durch die Forderung des Heerbefehls gegen das reactionaire Element in der Armee in die Executivgewalt eingreife. Aber der König folgte der Ansicht von Radowitz, und die Auflösung ward vertagt.



Radowitz war aus der Paulskirche nach Berlin gekommen; er sollte — so hieß es — zu dortigen wichtigen Berathungen gezogen, und seine Ansicht gehört werden. Man glaubte in Frankfurt: er würde auf die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung (aus der Paulskirche) Seitens Preußens dringen; er drang vielmehr auf die energischsten Maassnahmen gegen Frankfurt, und führte, da er durchdrang, einen vollständigen Bruch herbei. Bis dahin waren mit ihm verbündet beide Partheien des preussischen Ministeriums, die s. g. constitutionelle, bestehend aus Manteuffel, Strotha, Rabe und die ihr gegenüberstehende Parthei von Brandenburg, Simons, von der Heydt und Ladenberg. Jetzt schritt man zur Berathung der zu octroyirenden Verfassung selbst, und von da an standen ihm beide Partheien gegenüber. Die Parthei Brandenburg wollte die Präponderanz Preußens als eines protestantischen Staats; ihr schlossen sich die Gerlach, Leo u. s. w. an, während die Parthei Manteuffel Preußen als Deutschlands Spitze wünschte, gestützt auf sein Heer und seine Bureaucratie; Deutschland sollte in der Kraft Preußens seine Stütze finden, welche Ansicht auch Stürve unterstützte. Dagegen sollte — wie es hieß — Radowitz sich überwiegend für süd- und westdeutsche Interessen ausgesprochen haben, und sei dadurch auf jenem Verfassungsoctroyirungscongresse auf entschiedenen Widerspruch gestossen. Die Spaltung zwischen ihm und der Kreuzzeitungspartei trat ein; Letztere sah die Gefahr seines

Einflusses auf den König für ungeheuer an, wodurch dann offener Streit im Lager ausbrach, und — wie ein demokratisches Blatt zu vorschnell sagte — „die Partheien sich schon um den Balg des Löwen zankten, den sie mit Bestimmtheit zu besiegen gedachten. Aber der Löwe (die Revolution) wird all das Gefindel bald hinausjagen, welches jetzt Herr im Reiche spielt.“ —

Die Organe der Demokratie eifern fortwährend voll Gift und Galle gegen die Camarilla, und ebenso gegen den von dieser geächteten „Fremdling.“ Vor ihrem Geiste sehen sie die camarillischen Bestrebungen in Deutschland gegenwärtig also gestaltet:

In den Verschlingungen der dynastischen Interessen, die sich zum Theil unabhängig von der officiellen Staatsregierung geltend machen, ist die Thätigkeit einer gewissen Parthei unverkennbar, die hauptsächlich durch persönliche Einwirkungen auf die Regenten sich einen dauernden Einfluß auf die Staatenpolitik zu sichern gewußt hat. Diese Parthei, wohl zu unterscheiden von den Partheien, die sich aus den Anhängern politischer Systeme im Allgemeinen oder in einzelnen Fragen gebildet, oder von den gouvernementalen Partheien, ist es vorzugsweise, die man vielfach und oft in unklaren Begriffen als „Camarilla“ bezeichnet, und in der man eins der schädlichsten Reactionselemente erblickt\*).

---

\*) Revolutionaire Diplomatie von Streber, Berlin. Hoffmann und Comp. 1849. S. 23.



Man unterscheidet zwei große Fractionen und Verzweigungen der Camarilla; die rein politisch=absolutistische und die kirchlich=absolutistische; letztere bezeichnet man auch mit dem specielleren Namen der absolutistisch=jesuitisch=katholischen oder kirchlich=jesuitisch=absolutistischen Parthei.

Die erste Fraction der Camarilla, die politisch=absolutistische ist eine durch ihre Mittel und die eiserne Consequenz ihres Systems mächtige Parthei, die ihren Stützpunkt in dem russischen Regierungssystem hat, und die in der strengen und ehrlichen Durchführung des reinen Absolutismus den Staat im Staate zu vernichten und die Kirche im Throne aufzulösen bestrebt ist. Gemeinhin wird diese Parthei, in soweit sie sich Preußen zum Schauplatz ihrer Wirksamkeit ausersehen hat, als die eines hochstehenden Individuums bezeichnet, der sich die Mehrzahl der kleinen norddeutschen Staaten anschließt, während Andere nach Zeit und Umständen der einen oder anderen, in der Regel aber der jedesmaligen preussischen Politik folgen. Obgleich in der Aufrechterhaltung des absoluten Thrones Hand in Hand gehend kämpft diese Parthei zur Zeit mit der kirchlich=absolutistischen Parthei einen Existenzkampf, einen Kampf auf Tod und Leben, wie die Demokratie mit dem Absolutismus, dem Rußland bisher der mächtigste Gegner der jesuitisch=katholischen Parthei bis zur jüngsten Zeit beobachtend zuschaute. Sie ist die rein=absolutistische Fraction und will

nichts als da „L'état c'est moi!“ Alleinherrschaft über Staat und Kirche, Land und Volk, Domainen und Steuern.

Die kirchlich-absolutistische Fraction der Camarilla steht in vorderster Reihe durch die Größe ihrer Tendenzen und durch den Umfang des persönlichen Einflusses, den sie übt. Es ist dies die Parthei, welche bereits 1800 Jahre vor Christus ebenso wie 1800 Jahre nach Christi Geburt die Staaten im Dienste der Kirche zu beherrschen und die Völker sowohl als die Throne der Hierarchie unterthänig zu machen trachtet, eine Parthei, die nach den verschiedenen Umständen in verschiedene Formen übergehend, durch ihre Geschmeidigkeit, tausendjährige Organisation, Klugheit und Reichthum ihrer, besonders moralischen Mittel seit je eine der kräftigsten Stützen der Throne gewesen ist, so lange sie ihr gehorchten, und eine ihrer gefährlichsten Gegnerinnen, sobald sie sich von ihr emancipiren wollte. Ohne entsprechende d. h. pietistische Elemente des Protestantismus abzuweisen, hat sie sich namentlich an den Katholicismus angelehnt; in Deutschland sind ihre Hauptstützpunkte Wien und Dresden. So ist aber das Hauptbestreben dieser Fraction auf Befreiung der Kirche und deren Begründung als Staat im absoluten Staate gerichtet. Diese Fraction ist, wie gesagt, uralt; sie hat den alten Judenstaat vernichtet; sie lachte in Rom sich schon in's Fäustchen bei Beschauung des Vögelstuges und der Eingeweide der Opferthiere.



Der Jesuitenorden ist auf diesem Princip hergerichtet, und die kirchlich-absolutistische Fraction der Camarilla ist ein selbstständiger Jesuitismus und nicht mehr ein Filial der Stiftung des h. Ignaz von Loyola. Unter den deutschen Geschichtsforschern ist Professor Leo derjenige, der diese Macht der Geschichte besonders studirt und sie in seinen Schriften cultivirt hat, die er unter der Tyrannei dieses Studiums schrieb und also überall Del in's Feuer goß.

Die angedeuteten Motive dieser beiden Fractionen der Camarilla machten sich in den Ueineigungsbestrebungen der mitteldeutschen Staaten, in der deutschen Oberhauptsfrage, in den verschiedenen deutschen Verfassungsfragen geltend, und erklären, je nach der intimen Einwirkung der einen oder anderen Fraction den unbestimmten Character der preussischen Politik. Während des Revolutionssturmes hatten beide Fractionen, die sich sonst fortwährend bekämpften, Waffenstillstand geschlossen und sich geeinigt zu gemeinsamem Kampfe wider den gemeinsamen Feind, die Demokratie. Zur Zeit des Ministeriums Hansemann-Auerswald, wo man von einer von der kirchlich-absolutistischen Fraction beabsichtigten Revolution gegen den König munkelte, wollte indeß die politisch-absolutistische Fraction den Thron für den Prinzen von Preußen retten. Sie versuchte den „Volks-Held“, den die Massen in Berlin damals fanatisch verehrten, für sich zu gewinnen, gab aber den thörichtigen Einfall bald auf. Indes

las man in Helde's Locomotive die genügend hindeutende Stelle:

„Sollte die Demokratie unterliegen, so ist sie noch immer stark genug, der Aristokratie ein Bündniß anzubieten, der Aristokratie, die nie so erbärmlich gewesen, als diese Bourgeoisie, diese Regierung der Krämerseelen, Commis und Fabrikanten.

Uebrigens üben beide Fractionen in den politischen Fragen und Unterhandlungen in Deutschland einen wahren Terrorismus aus, aber sie sind noch immerfort in ihrem Tendenz- wie Existenzkampfe begriffen. Hätte die Demokratie ausgelernt, und wüßte rechtzeitig diese Conjunctionen zu benutzen und den Satz: Theile und herrsche! in Ausführung zu bringen, so könnten Ereignisse eintreten, von denen die staatspolitischen Schriftgelehrten und Pharisäer zur Zeit noch nichts träumen.

Ein bekanntes Organ der Demokratie theilte unlängst eine Aeußerung eines Gliedes der Camarilla über ihre Pläne mit, die es einem Gutsbesitzer am Rheine gemacht. Es fehlt diesem wichtigen Documente nicht an Wahrscheinlichkeit, vielmehr weisen gewisse neuere Vorgänge darauf hin, daß dasselbe keine Ausgeburt der Phantasie ist. Es lautet:

„Noch rascher mit der Ausführung unserer Maßregeln gegen die Demokratie vorzuschreiten, ist uns theils deshalb nicht möglich, weil Manteuffel zu stark opponirt, der sich zu einem gewissen Constitutio-



nalismus hinneigt, und weil auch der König selbst sich durch manche Versprechungen, die er leider im vorigen Jahre auf Veranlassung der ihn umgebenden revolutionären Männer gegeben hat, gewissermaßen gebunden fühlt. Theils scheint es auch rathsamer, dem Unwesen der Demokratie noch einige Zeit zuzusehen, damit sie sich selbst zerfrisst und damit das Volk durch ihren Unfug die Ueberzeugung gewinne, zu seinem Heile müsse derselben mit Gewalt ein Ende gemacht werden. Uebrigens werden wir unser Ziel erreichen. Denn sowohl der König, als der Prinz von Preußen, sind jetzt endlich von unserer Ansicht durchdrungen, daß die seit 1815 im Uebermaasse verliehene politische und religiöse Freiheit, allein die Ursache zu dem furchtbaren Umsturze gewesen, und daß dieser immer wieder von Neuem erfolgen wird, so lange jene Freiheit gewährt bleibt, weil „der Pöbel“ sich nie begnügt mit dem, was er erhält, sondern stets so lange fordert, bis er Alles hat. Ueber ein Volk aber zu regieren, das sich für wirklich berechtigt hält, Forderungen nach Belieben stellen zu können, ist vollkommen unmöglich. Vor Allem ist daher nothwendig, dem Volke den Glauben an die Berechtigung seiner Forderungen zu nehmen. Dies läßt sich nun bei der gegenwärtigen Generation nicht thun, sie muß darum mit Gewalt nieder gehalten werden. Allzu schwer wird dies nicht sein, denn der Bürger und

Landmann sehnen sich nach Ruhe und nach Geschäften, die so gewaltig ein volles Jahr hindurch gestört waren; der Pöbel aber wird nicht allzu sehr zu fürchten sein, wenn man die Hauptwühler faßt und die Zeitungsschreiber zum Schweigen bringt — und das muß nach einiger Zeit geschehen. Um jedoch für alle Folgezeit Ruhe zu bewirken, ist insbesondere nothwendig, 1) eine völlige Reorganisation der Schulen, die jetzt zu Pflanzstätten der Revolution herabgesunken sind, und seit Jahren es waren! 2) eine Wiederanfauchung des kirchlichen Sinnes und Lebens; denn der Unglaube, der seit Jahrzehnten gepredigt worden und in der Neuzeit seinen Höhepunkt erreicht hat, ist vorzugsweise Schuld an allem stattgefundenen Umsturze und Unfuge. Das Volk will einen Gegenstand zum Nachdenken; und weil es die Religion mit ihren verschiedenen Lehren, die man ihm als erfunden und als irrthümlich nachgewiesen hat, nicht mehr hat, so fängt es bei der ihm gegebenen Aufklärung an, über Politik nachzudenken und kommt denn dabei natürlich zu dem Resultate, was wir seit einem Jahre zu unserem Schrecken vor Augen gesehen haben. Den Einfluß der Religion und ihrer Diener habe ich in meiner eigenen Gemeinde gesehen. Der Pfarrer, der früher dem verabscheuungswürdigen Rationalismus huldigte und sich erst später der Kirche wieder zuwandte, wußte es seinen Bauern so plausibel zu machen, daß die Beschäftigung mit Politik nur den von Sr. Majestät dazu



bestellten Behörden zukomme, daß die Leute später bei ihren Zusammenkünften sich entweder über die Lehre der Kirche unterhielten, oder die Bibel oder das Gesangbuch nahmen und unter sich religiöse Erbauungstunden hielten. — Wollten die Gutsbesitzer bei Besetzung der Pfarrenstellen alle auf die Religiosität und die Frömmigkeit der Geistlichen mehr sehen, als auf ihre wissenschaftliche Bildung und Rednergabe, es würde bei Zeiten wieder anders stehen mit unfrem Volke. Daß es dazu kommt, wird die Regierung sorgen und dies wird dadurch geschehen, daß sowohl die Gymnasien, als auch die Universitäten nicht minder Umgestaltungen erfahren, wie die Elementarschulen. Ist das geschehen, dann werden wir auf Ruhe hoffen dürfen. — Um sie vollkommen und für immer zu haben, ist nun freilich noch nöthig, daß der Heerd aller Revolutionen, Frankreich mit dem modernen Babylon Paris, pazifizirt, und daß dort ein Zustand begründet werde, der sowohl für Deutschland und Europa, als auch für Frankreich selbst die Bürgschaft des Friedens in sich trägt. Doch kommt Zeit, kommt Rath. So viel ist gewiß, Frankreich wird nie ruhig bei seinen gegenwärtigen Verhältnissen und Regierungsformen, und so lange Frankreich nicht ruhig, ist Deutschland trotz aller Reorganisation nie gesichert. Darum müssen sich die anderen Mächte ihrer selbst wegen Frankreichs unbedingt annehmen und mit Macht dort einschreiten. Nikolaus hat vollkommen Recht, es gibt nur zwei mögliche Staatsformen, die

Republik und die unumschränkte Monarchie; wie fluchwürdig die erste wirkt, das sehen wir an Frankreich, von welchem Segen dagegen die andere ist, das sehen wir an Rußland."

---

### Fernere Rechtfertigung des Königs gegenüber seinem „nächsten Kreise."

Zu einem Haupthindernisse der deutschen Tendenzen des Königs stempelt Radowitz in seiner bereits erwähnten Oratia pro Rege seinen „nächsten Kreis." Er sagt: Mußte der König doch selbst in seinem nächsten Kreise erfahren, auf welche Mißverständnisse und Schwierigkeiten seine großen nationalen Absichten stießen. In seinem Rathe saßen Männer, deren persönlicher Character und reine Absicht die höchste Achtung verdienen, Ehrenmänner, die mit ungetheilter Liebe an Preußen hingen, und Leib und Leben für dessen Wohlfahrt eingesetzt haben würden. Aber auch bei dem besten Willen war es Wenigen gegeben, sich bis zu der Einsicht zu erheben, daß Preußen nur in und durch Deutschland gewonnen werden könne, daß es dessen eigenste Aufgabe sei, den Bund aus seinem trüben Schlummer zu erwecken, und daß der Augenblick nahe heranrücke, wo die Nation über die Lösung dieser Aufgabe Rechenschaft fordern würde.



Während die Einen hiebei die Opfer in's Auge faßten, welche dem glorreichen, sich selbst genügenden Staate Friedrichs des Großen angemuthet wurden, hielten sich die anderen lediglich an den formalen Buchstaben der Bundesverträge und erklärten den Versuch, durch diese hindurch zu dem Kerne der nationalen Bedürfnisse zu dringen, für eine unausführbare Fantasterei.

Unter diesen Hemmungen verstrichen die ersten Regierungsjahre des Königs; allen Anregungen ungeachtet, die er aus sich selbst schöpfte, gelang es nicht, den Weg aufzufinden, um sie in's Werk zu setzen. Auf dem Stolzenseß wurden im Sommer 1845 die Bundesangelegenheiten Gegenstand der lebhaftesten Erörterungen, Metternich und der österreichische Bundespräsidialgesandte hatten sich dort eingefunden. Aber auch diese Verhandlungen blieben ohne Frucht, und führten immer mehr zu der Ueberzeugung der Unmöglichkeit, auf dem Wege diplomatischen Verkehrs zu irgend etwas Gedeihlichem zu gelangen. Man erkannte im Berliner Cabinette stets mehr, daß man in dem Geiste der Nation selbst den mächtigsten Verbündeten aufzusuchen habe.

Die Entfesselung der Presse und die Veröffentlichung der Bundesverhandlungen boten sich als die beiden Mittel hierzu dar. Beide Angelegenheiten wurden durch Preußen an den Bund gebracht; aber die Gegner wußten durch Hinhalten die Entscheidung hinauszuschieben. Sobald der vereinigte Landtag

des Jahres 1847 zu seinem Schlusse gelangt war, faßte der König den festen Entschluß, nunmehr schlechterdings und unter allen Umständen die Regeneration des deutschen Bundes zum Ziele zu führen. Radowiz wurde von Karlsruhe nach Berlin berufen, und vom Könige beauftragt, zunächst den ganzen Umfang dieser Frage darzulegen. Er schritt sofort an's Werk, legte bereits am 20. November 1847 die von ihm verfaßte Denkschrift dem Könige vor, die sofort durchweg von demselben genehmigt ward \*).

Die zweite Denkschrift aus Radowiz's Feder betraf die Bildung eines obersten Schwurgerichts; auch sie erwarb sich die volle königliche Zustimmung \*\*).

„Niemanden ist es gestattet, — schließt Radowiz seine Schrift für den König — lediglich nach dem Erfolge zu urtheilen, Jedem aber, sich auf die Redlichkeit seines Willens, die Reinheit seiner Absichten zu berufen. Diese in den Handlungen des Königs gegen Deutschland nachzuweisen, war der Zweck meiner treuen Darstellung. Im Bewußtsein strengster Wahrhaftigkeit darf sie schließen, wie sie begonnen: Weder die französische Umwälzung, noch die Bewegungen in anderen deutschen Staaten, noch die Vorgänge in Berlin selbst haben den Entschluß Friedrich Wil-

---

\*) Abgedruckt in Radowiz's Schrift. Seite 39—56.

\*\*) Abgedruckt am a. Orte. Seite 57 folg.



helms IV. zur Regeneration des deutschen Bundes hervorgerufen; er stand in dem Könige fest, seitdem er zur Regierung gelangte, und war zur Ausführung gereift, ehe irgend eine sonstige Anregung hinzutrat."

Die „nächste Umgebung“ des Königs und das Wiener Cabinet haben ihn darnach sieben Jahre lang bis zum 18. März 1848 in seinen Deutschland einigenden Plänen gehindert.

**Radowitz**  
**im preussischen Staatsdienste.**

---

Die preussische Gesetzgebung enthält Vorschriften und Bestimmungen, welche im Interesse der geborenen preussischen Staatsbürger den Eintritt von Nichtpreußen in den Staatsdienst bedingen. Sie sind in vorkommenden Fällen wenig berücksichtigt worden; dann entweder befahl der Monarch die Aufnahme, sei es auf Grund von Empfehlungen oder aus eigenem Antriebe und Willen; andererseits thaten Nepotismus und Connerionen das Ihrige.

Radowitz, durch die Schwester des verstorbenen Königs empfohlen, erhielt eine Stelle im Staatsdienst aus Pietät; es ist nicht bekannt geworden, ob sich eine Stimme dagegen erhob, während beim Eintritte Hassenpflugs in einem weit verbreiteten, aus einer hochjunckerlichen, poetischen Ader geflossenen Pasquill mit dem Refrain: „Wir wollen ihn nicht haben“, sich die Opposition Lust machte und veranlaßte, daß Hassenpflug, dem eine einflußreiche



höhere Verwaltungsstelle zugebach't war, die untergeordnetere Rathsstelle im Geheimen Obertribunal erhielt und später bei fortdauernder lauter Opposition wider ihn nach wie vor nicht in ein Ministerium eintrat, sondern gleichsam ins Exil nach dem Ostseestrande (als Präsident des Hofgerichts zu Greifswalde) geschickt ward.

Zum Officier im großen Generalstabe ernannt, erkannte Radowiz alsbald die einfachen Verhältnisse am Berliner Hofe unter Friedrich Wilhelm III. für seine Zwecke wie für sein Talent ungeeignet, fand vielmehr bald ein geeigneteres Terrain für seine Bestrebungen in der idealeren und oppositionellen Richtung, welche den Hof des damaligen Kronprinzen bezeichnete. Hier traf er mit jener bekannten Parthei, die damals in dem Chef des Generalstabes des Kronprinzen, dem Grafen von der Gröben ihren Repräsentanten hatte, zusammen. Gar bald wußte Radowiz auf sie zu influiren; er bemächtigte sich ihrer und gab ihr einen bestimmt ausgeprägten politischen Character. Selbst enge verbunden mit den ersten Größen der katholischen Parthei im südwestlichen und südöstlichen Deutschland wußte er nicht minder durch den überwiegenden Einfluß seines Geistes und seiner Persönlichkeit sich Einwirkung in die Angelegenheit der katholischen Kirche zu verschaffen, und namentlich es auf diesem Wege dahin zu bringen, daß die höheren Würdenträger derselben in Preußen in seinem Sinne gewählt wurden. So war es namentlich nach dem Tode des

Erzbischofs Grafen von Spiegel, daß der Freiherr von Droste-Vischering als Persona grata dem Domcapitel zu Köln bezeichnet, derselbe auch gewählt und bestätigt wurde. Radowiz stand dieser Angelegenheit nicht fern, wodurch jene bekannten leidigen Conflicte hervorgerufen wurden.

Der verstorbene König, welcher alsbald auf den wachsenden Einfluß Radowiz's hingeleitet ward, entfernte ihn von dem Hofe des Kronprinzen und aus der Residenz, indem er ihm nach seiner ehrenwerthen über kleinliche Gereiztheit erhabenen Denkweise den glänzend ausgestatteten Posten eines Militärcommissars beim Bundestage anvertraute. Hier in Frankfurt am Main, wo er abwechselnd mit Karlsruhe weilte, woselbst er zugleich die Stelle eines Geschäftsträgers Preußens am badischen Hofe bekleidete, übte er nicht nur einen wesentlichen Einfluß auf die Militärorganisation des deutschen Bundesheeres, sondern in dieser freieren Stellung voll Muße und in steter amtlicher Verbindung mit den Gesandten und Commissarien der übrigen deutschen und benachbarten Staaten gelang es ihm auch, sich zum Mittelpunkt einer Parthei zu machen, die mit dem damaligen Regierungssysteme Preußens in Bezug auf kirchliche Verhältnisse nicht in Einklang stand. Er stand nicht allein mit Metternich in engeren Bezügen, sondern knüpfte auch mit gewissen Partheien in Belgien, Frankreich und der sonderbündischen Schweiz nähere Verbindungen an.

Der Thronwechsel im Jahre 1840 ließ eine bedeutende



Änderung in der Stellung Radowig's zum preussischen Cabinette eintreten; er wurde demselben bedeutend näher gerückt und erhöhte seinen Einfluß auf die Ansichten und Maassnahmen der Regierung, sowohl in Bezug auf die inneren wie auswärtigen Angelegenheiten des Staates, die seine bisherige, jedenfalls in amtlicher Hinsicht einseitige Wirksamkeit am Bundestage weit hinter sich zurückließ. Wer seine Schrift: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“ liest, wird hieraus schon allein entnehmen können, wie nahe er zum Könige, und in welcher vertraulichen Beziehung er zu der königlichen Politik stand.

Zunächst wurde er mit verschiedenen wichtigen Missionen betraut. Kurz nach dem Thronwechsel, wo in Frankreich der kriegslustige Thiers auf dem Ministerstuhle saß, und in Folge der orientalischen Verwicklungen eine starke bewaffnete Macht an Deutschlands Grenzen sammenzog, — erzählt Radowig in seiner Schrift selbst — gebot vor allem die Nothwendigkeit, sich dieses Feindes zu erwehren, da grade Preußen in Folge seiner Besetzungen am Rhein und in Westphalen zunächst gefährdet erschien. Der König sandte ihn daher gemeinschaftlich mit dem General von Grolman nach Wien und an die größeren Höfe Deutschlands, um sofort die Vertheidigung der Bundesgrenze zu ordnen, und über die Wechselfälle des bevorstehenden Krieges das Erforderliche festzustellen.

Gleichzeitig aber erteilte er Radowig die bestimmte Weisung, die österreichische Regierung daran zu mahnen,

daß eine tiefgehende Aufrichtung des deutschen Bundes nothwendig sei: auf dem bisherigen negativen Wege könne schlechterdings nicht weiter beharrt werden, die Nation erwarte und verlange mit Recht, daß ihre gemeinsamen Interessen und unabwendlichen Bedürfnisse volle Befriedigung fänden, worauf Metternich nach vorübergegangener Kriegsgefahr sich zu verständigen und zu diesem Behufe erforderlichenfalls nach Berlin zu kommen erklärte.

Seine Mission an die übrigen deutschen Höfe scheiterte an dem Widerstande derjenigen Staaten, welche darin eine Hinneigung zur Ueberredung zur Anerkennung einer preussischen Hegemonie ahnten, der sie abhold waren. Preussischer Seits glaubte man auf Grund veranlaßter Artikel und Urtheile in der periodischen Presse, der Errichtung des deutschen Zollvereins und endlich der Patente vom 3. Februar 1847 reussiren zu können, und dies um so eher angesichts der drohenden Aspecten, welche die Bewegung in der Schweiz eröffnete.

In der Schweizerischen Eidgenossenschaft war nämlich der Bürgerkrieg ausgebrochen. Ein in vier Wochen zusammengebrachtes Schweizerisches Volkshcer überzog die Urcantone und den Canton Freiburg mit Krieg: es war der Kampf des geschichtlichen Bestandes wider die Revolution, der alten Zeit wider die neue, der dort zuerst gekämpft ward von einem Volke deutscher Junge. Mit welchen Augen die absoluten Mächte des europäischen Continents diesen Bürgerkrieg betrachteten, bedarf keiner



Details. Preußen besonders als Schutzheer von Neuchâtel mit Oesterreich übereinstimmend begann dieserhalb die diplomatischen Verhandlungen und Radowicz war es, der mit einer Mission nach Paris gesandt wurde, um Frankreich zur Intervention zu veranlassen; die schnelle Beendigung des Kampfes in der Schweiz durch Unterwerfung der Macht des Sonderbundes, der wahrscheinlich auf eine Einmischung der Großmächte mit Sicherheit gerechnet und deshalb mit ungeheuern Opfern und Nachtheilen den ungleichen Kampf gewagt hatte, endete auch die eben begonnene diplomatische Unterhandlung von Radowicz mit Guizot, dem Chef und Präsidenten des damaligen französischen Ministeriums.

Die Verhandlungen über den Schweizer Zwist — sagt Radowicz selbst — sind allgemein sehr ungünstig beurtheilt worden, vornehmlich deshalb, weil man die verwickelten Fragen, von denen ein richtiges Urtheil hierin abhängt, ausschließlich auf die Existenz des Jesuitenordens in einigen Cantonen zurückführte — eine einzelne Seite dieser Wirren, deren Bedeutung zwar der preussischen Regierung keineswegs entgangen war, die aber nur im Zusammenhang mit anderen tiefer liegenden Differenzen zu einer wahrhaft gerechten Lösung gebracht werden konnte. Auch in der Schweizer Frage wird die Zeit nicht fern liegen, wo die Mitwelt zu einer klareren Einsicht und zu einem unbefangenen Urtheil zurückkehrt; man wird

sich dann leicht überzeugen, daß es sich nicht um Beförderung des Sieges einer Parthei, sondern im Gegentheil nur darum handelte, überall die rechtliche Ordnung gegen die Gewalt, die Schwachen gegen Unterdrückung durch die Stärkeren zu schützen. Welche Ziele sich die preussische Regierung hierbei steckte, welcher Mittel sie sich zu bedienen gedachte, dieses wird sie dann kein Bedenken tragen, an das vollste Tageslicht zu ziehen.

Aus diesen wenigen vorsichtigen Worten aus Radowig's Feder geht genug hervor für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, besonders aber auch, daß grade Radowig der Mann war, besonders geeigenschaftet, für solche Zwecke den begeistertsten Sachwalter und Wortredner am Hofe der Tuilleries zu machen, der sich indeß bald darauf sehr täuschte, indem er kurz vor dem Ausbruche der Februarrevolution in seinem amtlichen Berichte aus Paris meldete: der Julithron Ludwig Philipps stehe fester als je. Es erging dem Diplomaten Radowig, auf dessen Worte man wie auf einen Born unergründlicher Staatsweisheit stets andachtvoll lauschte, somit nicht anders als dem Touristen Laube: auch er hat nichts erlauscht, nichts vernommen von dem unterirdischen Brausen des Revolutionssturmes, der „in acht Tagen ein Volk frei machte.“

Sobald im Anfange des Februar die Verhandlungen über die Schweiz zwischen den Continentalmächten einen bestimmten Abschnitt erreicht hatten, nahm die preussische



Regierung die deutsche Frage wieder auf und beschloß, den Wiener Hof in kürzester Frist zur endlichen Erfüllung dieser größten aller Pflichten aufzufordern. Die Nachricht vom Umsturze des Juli-Königthums in Frankreich übte auf diesen Entschluß keinen anderen Einfluß, als daß sie für die Sendung nach Wien, die abermals Radowiz anvertraut wurde, die Aufgabe hinzufügte, sich mit dem österreichischen Hofe über die Stellung zu verständigen, welche beide Mächte dem in Frankreich eingetretenen Regierungswechsel gegenüber einzunehmen hätten. Nach Preußens Ansicht konnte darin durchaus kein Grund zu einer feindseligen Stellung gegen die neue Regierung gefunden werden; eben so bestimmt aber mußte sich der deutsche Bund, mit seinen beiden Großmächten an der Spitze, bereit halten, jeden von Frankreich ausgehenden Angriff mit vereinten Kräften zurückzuweisen. Für letzteren Fall waren Verabredungen mit Bezug auf Eintheilung, Aufstellung und Verwendung der gesammten deutschen Streitkräfte in den verschiedenen möglichen Fällen erforderlich.

Aussicht zu einer glücklichen Beendigung eines solchen Kampfes sei aber nur dann vorhanden, wenn die deutschen Regierungen sich auch mit der deutschen Nation innig verbündeten, und dies könne nur geschehen, wenn den gerechten langverzögerten Forderungen derselben wahrhaft genügt werde, worüber im preussischen Cabinette kein Zweifel sei. Es sollte somit gleichzeitig, aber unabhängig

von diesen militärischen Uebereinkünften die Regeneration des Bundes mit dem Wiener Hofe vereinbart und sofort Hand ans Werk gelegt, auch ein Congress dieserhalb veranlaßt werden.

Also lautete die Instruction des preussischen Cabinets, und mit diesen Aufträgen reiste Radowiz am 2. März 1848 nach Wien ab; seine Mission fand bei der österreichischen Regierung bereitwillige Aufnahme, und beide Höfe einigten sich über die militärischen Maaßnahmen, während die Anträge wegen Regeneration des deutschen Bundes vom Wiener Hofe in Erwägung gezogen, am 10. März aber eine Uebereinkunft geschlossen ward, am 15. bereits die Einberufung des Congresses und dessen Zweck öffentlich bekannt zu machen, welche Bekanntmachung auch bereits entworfen ward. \*) Dieses waren die Veranlassungen und die Zwecke des Dresdener (Fürsten-) Congresses, dem man später — wie Radowiz, der ihn vermittelte, bemerkt — so viele Ungunst zuwandte. Die Revolution in Wien und Berlin erstickte gewaltsam diesen neuesten Embryo im Mutterleibe der deutschen Diplomatie, und er „beschrie nicht die Wände.“

Radowiz hatte seine Mission beendet. „Er kam nach Paris — Louis Philipp floh; er kam nach Wien — Metternich floh; er kam nicht nach Berlin und

---

\*) Abgedruckt in: Radowiz's Deutschland und Friedrich Wilhelm IV. S. 67 und 68.



Friedrich Wilhelm blieb — sagte das bekannte Bon mot. Er nahm seine Entlassung aus dem Staatsdienste, nachdem die Ereignisse scheinbar seiner Diplomatie ein so großes Dementi gegeben. Er zog sich zurück, um später als Abgeordneter in Frankfurt, dann bei dem Oetroyirungs-Ministerrathe in Berlin und endlich als Commissar der Regierung auf dem preussischen Landtage wieder aufzutreten zum allgemeinen Erstaunen der Diplomatie Europa's über diesen Rollenwechsel.

— 77 —

„Gespräche aus der Gegenwart über  
Staat und Kirche.“  
(Eine Schrift von Rodowig).

---

Die Schrift, welche, aus Rodowig's Feder hervorgegangen, unter obigem Titel in zwei Auflagen erschien, erregte damals um so größere Aufmerksamkeit, als trotz ihrer Anonymität die Versasserschaft kein Geheimniß war. Uns interessirt sie hier vorzugsweise deshalb, weil der Verfasser darin seine Ansicht vom Ideal des Staats und eine Kritik der constitutionellen Staaten niedergelegt hat. Die äußere Form, worin das Buch geschrieben, ist die Gesprächsform. In dieser Form sind nicht einzelne Zeitfragen, sondern die Grundsätze der Gegenwart behandelt, wobei es auf eine Vermittlung und Versöhnung der verschiedenen Standpunkte nicht abgesehen ist.

Fünf Personen sind es, welche in den Dialogen auftreten, zunächst der Verfasser selbst unter dem Namen:



Waldheim. Es ist — sagt über ihn ein Kritiker — die Scheu, seinen eigenen Standpunkt systematisch zu entwickeln, nicht zu verkennen, und nicht nur in dem idealistischen Character desselben, der dem Heraustreten zur Bestimmtheit einzelner Ausführungen widerstrebt, sondern auch in den „Hintergedanken“, die der Verfasser zunächst nicht aussprechen will, und die nur zu bestimmte Forderungen enthalten, begründet. Er sucht sich selbst von dieser Persönlichkeit, die ihn vertritt, noch durch die äußere Stellung, die er ihr gibt, zu unterscheiden, und dadurch, daß er ihn, der sein Sprecher ist, und sich selbst auseinanderhält, seine Persönlichkeit in einen unangreifbaren Hintergrund zu stellen. Es spricht sich hierin zugleich eine größere Bornehmheit aus, die nicht gern aus sich herausgehn und sich allseitig Preis geben mag, sondern stets den Schein, über den eigenen Aeußerungen zu stehn, zu wahren sucht.

Neben Waldheim traten auf Arneburg, der altgläubige Protestant und ritterliche Absolutist, Crusius, der Constitutionelle und Rationalist, Deder, der aufgeklärte Bureauftrat und Detler, der Arthropologist und Socialist. Die Characteristik dieser Personen der Dialoge ist so von dem Verfasser gestellt, daß er dadurch seines Sieges in Bezug auf den Standpunkt und die Parthei, die er vertritt, von vorn herein sicher zu sein glaubt, indem grade seine Ansicht am schärfsten hervortritt. Arneburg erscheint auf niederer Bildungsstufe, Crusius

und Deller sind schwächer als ihr Standpunkt. Deder allein ist am meisten im Vortheile seines Standpunkts geschildert.

Der Constitutionalismus erfährt die entschiedenste und allseitigste Kritik; der Pietismus wird zwar in seiner Einseitigkeit und Uebertriebenheit gezeigt, aber mit zarter Rücksicht behandelt; der Bureaucratismus wird nicht sowohl kritisiert als characterisiert, und der Socialismus in seiner relativen Berechtigung anerkannt. Den constitutionellen Staat kritisiert Waldheim selbst. Wenn es wirklich — sagt er — oberste Forderung des sogenannten modernen Bewußtseins ist, daß das Volk sich selbst regiert, so kann der Proceß der legalen oder gewaltsamen Umwandlungen der Staatsform nicht eher schließen, als bis er bei der absoluten Demokratie angelangt ist. Das gilt auch von der ökonomischen Seite. Steht das sociale Leben der Menschheit unter keinem höheren Gebote als unter dem des gleichen Anspruchs auf irdischen Genuß, so ist der Eigenthumsbegriff hiermit unerträglich, und die Gütergemeinschaft in einer oder der anderen Form das unabweisliche, letzte Glied in der Kette der socialen Revolutionen. Das Repräsentativsystem muß den Schutz gegen Willkür auch wirklich gewähren, und dieser Schutz muß nicht auf anderem Wege sicherer und vollkommener erreicht werden können. Die Besitzlosen können und werden niemals zugeben, daß eine von den Besitzenden ausgehende Gesetzgebung ihre Inte-



reßen sicher stelle. Der ganze Begriff von Volksvertretung, der so viele Illusionen genährt, wird bald genug in seiner ganzen Blöße vor Jedermanns Augen offen daliegen. Aber auch selbst innerhalb der in den heutigen Constitutionen wirklich vertretenen Schichten des Volks sehen Viele ihre wichtigsten Ansprüche immerdar unerfüllt, weil im entgegengesetzten Interesse über die Mehrzahl der Stimmen verfügt ist.

Waldheim (Radowiz) erinnert hiebei beispielsweise an die brittischen Korngesetze, den Gegenstand des hundertjährigen Kampfes zwischen dem Grundbesitz und dem Fabrikstand, oder an die französische Zollgesetzgebung, welche die ganze Nation zu Gunsten einzelner Productionszweige in willkürlichster Weise brandschatzt. Studiren Sie — sagt er zu Crustius — die parlamentarische Geschichte des Landes, das ja wohl aus den Julitagen als constitutioneller Musterstaat hervorgegangen ist, und fragen Sie sich aufrichtig, ob die Charte den Schutz gegen Willkühr gewährt, welche Sie selbst als die Bürgschaft definiren, daß das allgemeine Beste und nicht der Vortheil Einzelner regiere, worauf Crustius entgegnet: Besser alle diese Mängel als die Rückkehr in die Feudalregierung; darin stimmt ohne Zweifel die unermessliche Mehrzahl des ganzen lebenden Geschlechtes in Europa uns bei; ich meine mit jener Feudalherrschaft die unumschränkte, willkürliche Cabinetsregierung, das Staatswesen am Ende des vorigen Jahrhunderts, das den Launen und

Leidenschaften der Fürsten und ihrer Diener die Rechte, das Eigenthum und die Personen der Unterthanen Preis gab, das auch im günstigsten Fall das Wohl und Wehe ganzer Nationen von den vorgefaßten Meinungen abhängig machte, die grade am Hofe in Cours waren. —

Auch Waldheim erkennt in den beiden Formen der absolutistischen Willkürherrschaft, nämlich da, wo sie als soldatisches Imperatorenthum auftritt oder wo sie sich als Beamtenregiment verkörpert, auch nur traurige Ausartungen der wahren rechtlichen Staatsordnung. Aber — sagt er — meine Vorwürfe wider den Repräsentativconstitutionalismus beziehen sich nicht sowohl auf die Schranken, die er den Regierungen setzen will, sondern auf die Befugnisse, die er den f. g. Volksvertretern beilegt. Nicht in dem Regirenden, in dem, was er abwehren möchte, steckt sein Fehler; diese Negationen sind vielmehr fast stets nur versuchte Reparaturen der Risse, welche die Staatsgebäude Europa's durch die despotischen Eingriffe von Oben herunter erhalten haben, Versuche, um irgend einen Rechtsboden wieder zu gewinnen. Das Positive hingegen, die unbeschränkte Gewalt, die dem constitutionellen Staat wieder vindicirt wird, ist es, in welcher der verwerfliche Character des Systems an den Tag tritt.

Nadowitz erkennt in den Institutionen des Mittelalters, welche die sträflichste Unterdrückung des Volks durch Clerus und Adel functionirten, und die auch er als



tadelnswerth bedauert, nur ein Product des herrschenden Zeitgeistes. Das, was man die öffentliche Meinung nennt, kämpfte damals ganz ebenso für die Ausbreitung der geistlichen und adlichen Macht, wie sie jetzt der Macht des Mittelstandes dieselben Dienste erweist. Wie nun, wenn ein neuer Umschwung diese wandelbare Meinung in das Lager des besitzlosen Volks hinüberführte? Wenn dann die Proletarier unter dem Banniere des Zeitgeistes den Rechtsboden des Mittelstandes verheerten? Sein Gedanke ist, daß die Repräsentativverfassung deshalb zu verwerfen sei, weil sie der Freiheit Abbruch thue. Das führt er weiter also aus: Da, wo meine theuersten Besitzthümer, mein gesammter positiver Rechtsstand den Beschlüssen der eben in einer Deputirtenkammer herrschenden politischen oder kirchlichen Parthei Preis gegeben ist, da besteht keine Freiheit. Die Form, unter welcher die Gesetze gegeben, unter welchen regiert wird, steht in gar keinem unmittelbaren Zusammenhange mit der wirklichen Freiheit. Diese hat nur einen einzigen Gegner: den absoluten Staat, die Lehre, daß das Recht aus den Gesetzen fließe, oder daß Jedem überhaupt nur zustehe, was die Staatsgewalt zuerkennt. Keine Zeit hat mehr von der Freiheit gesprochen, als die jetzige, und keiner ist ihr wahrer Begriff mehr abhanden gekommen, sonst hätte sie sich nie den Wechselbalg der Formen unterschieden lassen. Wenn die eine dieser Formen der Erzeugung der Freiheit günstige

sein kann als die andere, so behaupte ich, daß die älteren fürstlichen Herrschaften ein weit größeres Maaß reeller Freiheit zu gewähren vermochten, als die aus der falschen Staatsidee entsprossenen modernen Constitutionen. Aber ich gebe auch zu, daß die Völker zu solchen bedenklichen Schutzmitteln hingedrängt worden, als die ältere fürstliche Herrschaft zum Sultanismus verzerrt war, nachdem die Regierungen überall die Heiligkeit des Rechts ihrem absoluten Willen unterworfen hatten. Bei dieser Umwandlung des fürstlichen Regiments sind vielleicht weniger Herrschbegierde und andere schlechte Triebe in Thätigkeit gewesen, als es den Anschein hat. Weit einflußreicher ist es, daß um jene Zeit, die aus irriger Uebertragung antiker Staatsideen und falschem Philantropismus entsprungene Lehre allgemeinen Eingang fand; die den Beruf des Staats in die Vertretung des f. g. Gemeinwohls setzt.

Die Stellung, die man für die Volksvertreter beansprucht, meint Crustius, der Constitutionelle ist doch aber zuletzt weiter nichts, als eine höhere Stufe in derselben politischen Organisation. Was den Prälaten, Vasallen und Magistraten zustand, das verlangen wir für die Repräsentanten aller Volksklassen; was dort unvollständig und unbestimmt war, soll jetzt vollständig und bestimmt sein. Ich sehe in allem diesen immer nur einen Unterschied von Mehr und Minder, eine vollkommenere Ausbildung desselben Principis; daß die Regierung einer Be-



schränkung und Controlle bedarf, um auf dem richtigen Wege erhalten zu werden.

Diese Ansicht wird ihr von Waldheim als durchaus grundirrig bestritten; sie habe viele loyale Männer in das Lager des modernen Constitutionalismus hinübergelockt. Das ständische Wesen sei nichts weniger als eine untere Stufe oder ein Keim der jetzigen s. g. Volksvertretung; es stehe dieser vielmehr diametral entgegen, und gehöre einer durchaus verschiedenen Staats- und Lebensordnung an. Das ständische Wesen sei eine Vertretung der Rechte, das Repräsentativsystem eine Vertretung der Meinungen. Bei Ersterem kämen daher nur diejenigen in Betracht, die Rechte besitzen; die Repräsentanten dagegen verträten den eben herrschenden Zeitgeist. Die Stände hätten eine ganz bestimmte Basis; sie seien auf das Erhalten angewiesen, während die Repräsentanten keine andere Basis hätten als die stets wechselnde der Meinung. Da aber die s. g. öffentliche Meinung als die oberste Norm für das gesamte Staatsleben gelte, so müsse der Genehmigung des Repräsentanten dieser Meinung jeder öffentliche Act unterzogen werden, wodurch sie nicht bloß Theilhaber der Regierung, sondern ihr Streben naturgemäß stets dahin gehen werde, die eigentliche Regierung in ihre Mitte zu verlegen — ein Streben, das weder in dem Interesse, noch in dem Verufe der Stände liegen, höchstens nur als augenblickliche Usurpation auftreten konnte.

Das ist Radowig's Kritik des Constitutionalismus; er eifert wider die herrschende Verwirrung in Begriffen und Worten, und schließt den Dialog mit dem Ausspruche: Wenn ein solcher Zustand im Civilrechte stattfände, so würde ich mich hüten, einen Wechsel einzuklagen, aus Besorgniß, daß der Richterspruch dahin ausfiele, mich selbst gefangen zu setzen. Wer gegen die Tyrannei der Volksouveränität ankämpft, wer dieser brutalsten aller Sclavereien gegenüber auf die einzige echte Freiheit hinzeigt, der wird von dem Liberalismus des Tages als Absolutist gebrandmarkt. Derselbe aber, wenn er für eben diese Freiheit gegen den Administrationsdespotismus spricht, heißt im Sprachgebrauch der Officianten Revolutionair. Ich habe das Eine wie das Andere erfahren." —

Das Radowig'sche Staatsideal wird zusammenhängend im zehnten Dialog dargestellt; sein Staat ist — kurz ausgedrückt — die Synthese des absoluten und des Ständestaates, bei welcher der Erstere in seiner gegenwärtigen Ausbildung vorausgesetzt, die Stände aber, in der That nicht bestehen, sondern erst gesetzt werden. Es läßt bloß die formale Ausbildung des modern-absoluten Staats, also „philantropischen Despotismus“ bestehen, während der Grundgedanke, auf welchen dieser sich stellte, daß der Fürst und das Beamtenthum im Dienste des Staats stehen, seiner ganzen Anschauungsweise widerstrebt. Er gibt der Regierung eine theokratische



Basis, und bestimmt ihre Thätigkeit durch die Kategorie der Rechte und Pflichten; sie ist völlig unbeschränkt, nur sich verantwortlich, in ihrem Gebiete; dieses soll aber ein beschränktes sein und zwar durch das Ständewesen. Der Umfang und Inhalt des „fürstlichen Berufes“ soll bestehen in der Pflicht, den bestehenden Rechtszustand nach außen und innen zu schützen und in der Sorge für das Wohl der Unterthanen. Die Handhabung des äußeren und inneren Friedens kommt ihm allein und in unbeschränkter Weise zu, ebenso die Verwendung der Heereskraft und die Gerechtigkeitspflege sowie die Maassnahme für die Volkswohlfahrt, soweit die Regierung kein „Opfer“ fordert und nicht in den bestehenden Rechtszustand eingreift. In diesem Falle ist sie an die Zustimmung der Stände gebunden, während sie sonst nur deren Rath hören soll, der nur von Werth ist, wenn die Regierung Werth darauf legt.

Darnach fällt „die Handhabung der Polizei, die Einrichtung des Schulwesens, die weltliche Hülfe für Zwecke der Kirche, die Armen- und Krankenpflege, genug Alles, was die materiellen, sittlichen und intellectuellen Fortschritte des Volks zu fördern geeignet ist“ in den Kreis der unbeschränkten Regierungsthätigkeit, soweit diese dazu keine positiven Opfer in Anspruch nimmt. Wiewohl Waldheim bedauert, daß man in unseren modernen Staaten von einem fürstlichen Besitze von Domainen und Regalien, aus dem die Verwaltung grösstentheils bestritten

werden könnte, nichts mehr weiß, die Regierung auch nichts gibt als Orden, die sehr wenig kosten, aber auch vom Volk bezahlt werden müssen, so will er dennoch keine Budgetverhandlungen, kein unbedingtes Steuerbewilligungsrecht der Stände, und er erklärt seine Ansicht dahin, daß die jetzt bestehenden Steuern gewissermaßen der rechtliche Besitz der Regierung, das Surrogat für das ehemalige Domainen- und Regalienvermögen seien. Deshalb sollen nur neue Steuern von der Zustimmung der Stände abhängig sein.

Wie bei Opfern d. h. Gelbleistungen sollen nach Radowiz's Ansicht die Stände auch bei Umgestaltung und Aufhebung von Rechten zugezogen werden. Daß die Stände nicht dazu da seien, die „unendlich mannigfachen Verbände von Rechten und Pflichten“, die das Volksleben erzeugt und die rein privatrechtlicher Natur sind, gegen die Eingriffe der Regierung zu schützen, folgt für ihn einfach daraus, daß keine Regierung, wenn sie nicht gradezu despotisch sei, willkürlich in die Vertragsverbindungen der Einzelnen eingreife, sondern nur die äußere Form bestimme. Eben so wenig dürfen die Radowiz'schen Stände eine Ueberwachung der Verwaltung am wenigsten beanspruchen, da sie nur bei dem, was sie unmittelbar angeht, um ihre Zustimmung gefragt werden. Sein ganzes Ständewesen ist ein leerer Schatten, eine Scheinschranke der Regierung. Er verspricht sich von seinem Ständestaat eine Bewältigung des Proletariats,



und sieht die Ursache der massenhaften Armuth darin, daß in der bestehenden formlosen, „ungesunden“ Aristokratie des Besitzes und der Bildung mit diesem Besitz und den von ihm abhängenden politischen Rechten nicht zugleich Pflichten gegen die Arbeiter, die der Besitzende an sich zieht, verbunden sind. Eine Verpflichtung des Besitzenden aber, die Arbeiter unter allen Conjunctionen beizubehalten und für sie — wenn sie arbeitsunfähig — zu sorgen, ist durchaus unmöglich ohne die Gegenverpflichtung der Arbeiter, bei ihrem Brodherrn unter jeder Bedingung auszuhalten, also sich der freien Verwendung und Verwerthung ihrer Arbeitskraft zu begeben.

Hieraus blüht deutlich die Ansicht Radowig's hervor, eine Aufhebung der Landproletariate durch die Gebundenheit der Tagelöhner an den Guts herrn und beider an das Gut und ebenso die Aufhebung des Proletariats in den Städten und Fabrikdistricten durch ein ähnliches Verhältniß der Fabrikherrn und Arbeiter und die damit verbundene Geschlossenheit und Unauflösbarkeit der Fabriken zu bewirken. Die Consequenz dieser Organisation der Arbeit ist nothwendig eine neue Leibeigenschaft, da das Abhängigkeitsgefühl und die relativ sorglose Lage auf der einen, das unentbehrliche Zwangsrecht und die von vorn herein gegebene Betrachtung der Arbeitskraft als eines rechtmäßigen Eigenthums auf der anderen Seite ohne die strengste Ueberwachung Seitens

des Staates zu dem verderblichsten Verhältniß führen müssen.

Ein gebiegener Kritiker der Radowiz'schen Schrift steht nicht an, in dem unausgeführten Gedanken der auf Abhängigkeitsverhältnisse gegründeten Arbeitsorganisation den Kern des Radowiz'schen Staatsideals zu sehen, da ohne diese seine umgeschaffenen Stände jedes Haltes entbehren würden. Das Schema seiner Ständeeintheilung gibt er bei Gelegenheit, wo er von der Restauration einer gesunden Aristokratie spricht. Er unterscheidet den erblichen und persönlichen Adel. Der erstere besteht aus dem auf dem Grundbesitz ruhenden Landadel und dem städtischen Patriciat und die Aufnahme in jenen erfolgt durch die Adelscorporationen jedes Kreises, während das Patriciat bestimmten Kategorien, wie dem Gelehrten, dem Großhändler und Fabrikanten nach zehnjährigem Besitze eines Grundstückes von bestimmter Quantität und Qualität von selbst zufallen soll. Der persönliche Adel wird vom Fürsten ertheilt und ist mit gewissen Rangstufen von selbst verbunden. Die persönlich Geadelten schließen sich nicht zu selbstständigen Corporationen zusammen, sondern treten in den Landadel oder das Patriciat ein. Diese bilden also die organisirten, aristokratischen Stände, denen sich die Vertretung des bäuerlichen Besitzes und des bürgerlichen Gewerbes „anfügt.“ In diesem Ausdrucke ist die politische Bedeutungslosigkeit des Standes der einzelnen



und freien Bürger und Bauern charakterisirt, welche in die Organisation der „Rechte und Pflichten“ nicht aufgenommen als das unmittelbare Object der Regierungsthätigkeit, als das Volk im jetzigen Sinne zurückbleiben. Es bedarf kaum erwähnt zu werden, daß die Radowiz'sche Gestaltung des Ständewesens ein kräftiges und selbstständiges Gemeindeleben nicht zuläßt, da die in den Gemeinden für sich bestehenden Verbände der Herren und Abhängigen dessen einheitlichen Zusammenhang durchbrechen, und die Corporationen der Bevorrechteten sich außer und über den Gemeinden zusammenschließen. Nach dieser Seite ist es auch charakteristisch, daß Radowiz der Communen nirgends erwähnt.

Radowiz selbst bezeichnet seinen Staat im Gegensatz gegen die verschiedenen Formen des Absolutismus bis zur „abstracten“ Demokratie herab als den organischen. Es fällt hierbei zunächst auf, daß in diesem organischen Staate für das, was er in einer früheren Unterhaltung die organische Entwicklung nannte, für die mannichfaltigen aus sich mit innerer Nothwendigkeit herauswachsenden Gestaltungen des Volkslebens keine Stelle bleibt. Auf der einen Seite steht die in ihrem Gebiete unbeschränkte Regierung, welche den Theil des Volks, der in der Ständorganisation nicht aufgegangen ist, von oben herab bestimmt, auf der anderen Seite die feste Gestaltung des Ständewesens, in dessen Bestimmtheit die Thätigkeit der Regierung ihre Schranke hat, und das in sich zusammen-

hängend wieder besondere, aber von vorn herein fixirte, nicht sich frei bildende und auflösende Organisationen einschließt. Auf diese Weise ist allerdings die abstracte Selbstbestimmung des Volks, die Herrschaft eines „allgemeinen“ Willens vollständig negirt, aber damit zugleich die Einheit des Volkslebens. Der Dualismus der Regierung und des wieder in sich geschiedenen Volkes ist soweit befestigt, daß ihre Beziehung keine zusammenhängende, sondern nur eine momentane, keine nothwendige, sondern zufällige ist. Es kann also wenigstens von einem Organismus des einen Volks, mag man nun an einen nur natürlichen oder zugleich sich selbst gestaltenden und bestimmenden Organismus denken, nicht die Rede sein, sondern höchstens von nebeneinander bestehenden organischen Lebensgestaltungen, die in einer bestimmten aber nur äußern Beziehung zu einander stehen. Wenn aber Radowiz in dem Gegensatz des herrschenden und bestimmenden Willens und des Objectes dieser Bestimmung das „Unorganische“ sieht, so begreift man nicht, wie er in den Verbänden des Herrn und Abhängigen, die sich weder mit innerer Nothwendigkeit, noch überhaupt entwickeln, sondern sich nur durch den Wechsel der Personen verändern, organische Lebensbildungen erblicken kann.

Endlich erscheint es als ein Widerspruch gegen die Negation jeder Gestaltung des Volkslebens aus einem allgemeinen Bewußtsein heraus, daß Radowiz überhaupt ein Staatsideal, dessen Verwirklichung er hofft und in



Aussicht stellt, und das er wohl vorzugsweise den Regierungen entgegenhält, herausbildet und als Forderung setzt, ein Ideal, das nichts weniger als der Widerschein des Bestehenden im Bewußtsein, nichts weniger, als die erklärende Anschauung desselben ist, dessen Realisirung vielmehr nur durch die gewaltsame Abstraction von der Entwicklung unserer Zustände, von der allgemeinen Gesinnung, von der herrschenden öffentlichen Meinung, also nur durch einen consequenten Despotismus möglich ist. Radowiz sagt aber selbst, daß das Volk nicht wider seinen Willen beglückt werden soll.

Ich schließe meine Darstellung der Radowiz'schen Schrift mit Aushebung einiger darin vorkommenden Sätze von Interesse und Belang.

Die antike Staatsidee, die auf der Vergötterung des Lebens in seiner Erscheinung beruht, und sich daher als das unbedingt Höchste setzen mußte, ist eben durch jene beiden Mächte gebrochen worden, die ungefähr zu gleicher Zeit in die Geschichte eintreten: das Christenthum und die germanische Nationalität. Das erste lehrt dem Menschen, daß seine Heimath nicht auf dieser Welt, und deren Erscheinung im Staate daher auch nicht den höchsten Maßstab für sein Verhalten abgeben könne. Es befreite ihn aus den Banden des absoluten Staates; indem es ihm aber gebot, der Obrigkeit um Gottes Willen zu gehorchen, setzte es ein ganz anderes Princip der Unterordnung ein, als dasjenige, welches aus dem Auf-

gehen des Einzelwillens in die republikanische Gemeinschaft erwachsen war. In den Nationalitäten der alten Welt hätte daher die schriftmäßige Lehre dem Despotismus der königlichen Alleingewalt die Thüre geöffnet, und eine wirkliche Cäsareopagie begründet. Die Geschichte der späteren Imperatoren, sowie noch ferner die byzantinischen Kaiser liefern hiervon den Beweis. Da führte die göttliche Vorsehung die germanischen Völker auf die große Weltbühne, und mit ihnen die Freiheitsidee, die dem Christenthum entspricht. Jene glühende Freiheitsliebe, die in der Heilighaltung jedes Einzelrechtes wurzelt, „jener würdevolle Gehorsam, jene Dienstbarkeit der Herzen“ ist durch und durch germanischer Natur.

Ich beschränke mich auf die Ueberzeugung, daß die centralisirende Allesregiererei eine der gefährlichsten Krankheiten des modernen Staatswesens ist, und daß man aufrichtig an ihre Heilung gehen müsse, wenn für die wahre Freiheit wieder Luft und Raum gewonnen werden soll. Lassen Sie mich hieran noch eine zweite Forderung knüpfen: die Regierungen sollen andere Dinge nur in voller Gemeinschaft mit Denen regieren, die es angeht.



## Radowitz in der Paulskirche.

---

Bis zur Märzrevolution war Radowitz wenig in die eigentliche Oeffentlichkeit getreten, wiewohl er als Militärcommissar beim Bundestage, Gesandter am badischen Hofe und zu vielen Missionen und diplomatischen Arbeiten verwandt, vielfache und vielseitige Thätigkeit amtlich hatte entwickeln müssen; aber — die Wege der Diplomatie und der höheren Regierungskunst sind unerforschlich und geheim. Da tritt er auf einmal öffentlich gleich mehreren anderen Hunderten als einfacher Abgeordneter in der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main auf, gewählt in einem westphälischen Wahlkreise, dessen Wahlmänner, der größeren weit überwiegenden Zahl nach aus bäuerlichen Grundbesitzern bestehend, Herrn von Radowitz nicht einmal dem Namen nach kennen.

Der „deutsche Michel“ ward im Jahre 1848 zum erstenmale in seinem Leben Urwähler; Deutschland hatte

noch wenige bekannte politische Charaktere; die Zahl der in Preußen vorhandenen politischen Personen beschränkte sich auf diejenigen, welche durch den vereinigten Landtag bekannt geworden. Jetzt sollten durch Urwahlen für zwei Parlamente auf einmal fast Tausend qualifcirtte Männer gleichzeitig gewählt werden. Der deutsche Michel, politisch stets rathlos trotz aller seiner Rätthe durch das ganze ABC vom Admiralitätsrath bis Unrath, trotz seines ganzen Heeres von Hofrätthen ohne Hof und ohne Rath, war noch nie rathloser gewesen. Was that er? Er warf sich seinen Seelenrätthen, dem Clerus, in die Arme, und pietistische und ultramontane Pfaffen, beide gleich herrschsüchtig, nahmen die Wahlen in die Hand, ließen sich selbst und ihre Gesinnungsgenossen zu Abgeordneten nach Frankfurt und Berlin wählen; denn der Michel war gläubig; er ließ sich vom Herrn Pastor und Superintendenten, Kaplan und Prediger, Vicar und Diacon den Wahlzettel in die Hand drücken, und warf ihn unbesehen in die Wahlurne; denn das Volk in Preußen war dazumal zum großen Theile im Netze jener Clericalkreuzspinne gefangen und zappelte darin gleich einer Mücke. Von einer freien selbstständigen Wahl war nicht die Rede.

Das war das einfache Motiv, weshalb auch Radowitz in Westphalen gewählt wurde im Kreise ~~Rüthen~~, worin er zwar ein kleines Gütchen besitzen soll, was der bei weitem größeren Zahl der Wahlmänner aber gänzlich unbekannt war; denn seine Bezüge zur ultramontanen

von  
Kreuz  
Arensberg!



Parthei in Preußen waren damals durchaus unverfehrt, und kein Zweifel an seiner Uebereinstimmung mit ihr, wie sie später sich mehr oder minder kundgegeben haben, herrschte damals.

Zu welcher Parthei im Frankfurter Parlamente er gehörte? — Diese Frage gradezu zu beantworten, halte ich für unzulässig, und insbesondere erscheint es mir ganz gleichgültig, in welchem Frankfurter Gasthose — er führe einen Namen, welchen er wolle — er sich zu sog. Parthei- versammlungen einzufinden pflegte; denn Radowiz ist nicht der Mann, der mit den Wölfen heult; seine Stimme tönt nie im Unifono; sie modulirt, auch wenn es manches Ohr, und wäre es noch so lang, nicht merkt. Was er wollte, ergibt sich aus dem, was er sprach und wie er stimmte. Aber selbst Rede und Abstimmung sind nicht untrügliche Wettergläser seines politischen Charakters, der — wenn auch Vielen unbemerkt — in vielen Regenbogenfarben spielt, und wenn man ihn erfahren will und erfahren zu haben wähnt, wie geisterhaft entflieht.

Erst in der vierzehnten Sitzung (8. Juni) gab Radowiz das erste, laut in der Paulskirche tönende Lebenszeichen von sich als Referent des Marineauschusses durch Erstattung des Berichts, worin er darthut, daß die von dem Parlamente ausgesprochene „Entstehung einer deutschen Flotte ein Zeugniß ablege von der Einheit Deutschlands“ (in gar schwacher Zeit, wie die Tagesgeschichte gezeigt hat), und daß „das erste deutsche Kriegsschiff, das

sich vor die Mündung des Rio de la Plata lege, den dortigen Deutschen zeige, daß sie nicht mehr von der Willkühr eines Tyrannen ausschließlich abhängen, sondern daß hinter ihnen ein Volk von vierzig Millionen stehe.“ („Andauerndes Bravo“ ließ die Versammlung ertönen, uneingedenk der jämmerlichen Vertretung des deutschen Volks im Auslande durch seine Consuln und anderen Geschäftsträger.)

Ein Antrag auf Sicherstellung der Nationalversammlung in derselben Sitzung veranlaßt Radowig zur Kundgebung zweier Definitionen, und zwar der Worte: Demagog und Reactionär. „Mit dem Worte Reaction — sagte er — geht es jetzt ungefähr ebenso, wie vor etwa 20 Jahren mit dem Worte Demagogie. Damals nannte man jeden einen Demagogen, der irgend einen Fortschritt im nationalen Leben für nothwendig hielt, gleichviel zu welchem Zwecke und mit welchen Mitteln. Jetzt nennt man jeden einen Reactionär, der das rechtlich Bestehende nicht eher vernichtet wissen will, als bis er von dessen Unverträglichkeit mit den höheren Bedürfnissen der Nation sich überzeugt und bis er erkannt hat, ob dasjenige, was man an dessen Stelle setzen will, besser sei als das Bestehende.“ Statt des früheren „andauernden Bravo“ macht sich eine Unruhe in der Versammlung kund, die den Sprecher zu den wiederholenden Worten veranlaßt: „Ja, jeden, der so denkt, nennt man jetzt einen Reactionär!“



Die Frage: ob die Genehmigung des mit Dänemark abzuschließenden Friedens der Nationalversammlung vorzubehalten sei? beantwortete Radowicz mit Nein. Seine Rede für Errichtung einer Centralgewalt, auf den Punkt gerichtet, daß wenn die Ernennung der Mitglieder derselben in die Hände der Regierungen gelegt werde, dieses nicht hieße, sie in die Hände der Fürsten legen im Gegensatz zum Volke, sondern in die Hände der einzelnen deutschen Staaten im Gegensatz zum Gesamtstaate, rief Bravo und Pfeifen zugleich hervor, während ihm W. Jordan eine Lobrede für seine Vertheidigung des Entwurfs hielt. Im Verlaufe der Debatten kam er auf diejenigen in der Versammlung, die der alten Monarchie treu und aufrichtig gedient, und keine Revolution, sondern nur eine Evolution gewünscht hätten, und da dieser letztere Weg nicht rechtzeitig betreten worden, sei die Revolution erfolgt. Er erklärt sich denjenigen angehörig, die auf das Entscheidenste, das größtmöglichste Maaß der Mitwirkung der Regierungen bei der Executivgewalt im Herzen tragen; er stimmt daher bei der Frage: ob der Reichsverweser von der Nationalversammlung frei gewählt werden soll? mit Nein, und ebenso hinsichtlich der Frage: ob er die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkünden und zu vollziehen habe. Er bejaht die Frage hinsichtlich der Bestellung einer Centralgewalt vorbehaltlich des Einverständnisses mit den Regierungen, und tritt somit der

geringen meist ultramontanen Minderheit von 31 Mitgliedern gegen 577 bei; auch Vincke, Detmold und Grävell sind seine Stimmgenossen, stimmten aber mit Ja für das ganze Gesetz über Einführung der Centralgewalt unter 450 gegen 100, die dasselbe verworfen. Dagegen will er sich nicht bequemen, über den Bundestag das Todesurtheil mit dem Eintritt der Centralgewalt zu sprechen, obwohl nur 34 Stimmen ihm gegen 510 zufallen. Gleichergestalt spricht er sich für die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers mit 373 Mitgliedern gegen 175 aus, und wählt schließlich den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser (436 Stimmen unter 548, deren Minderheit sich auf Gagern, Isstein und Erzherzog Stephan vertheilen).

In der Frage der Stellung Böhmens zu Deutschland spricht Radowiz für Aufforderung Oesterreichs, seiner Bundespflicht so zu genügen, daß in Böhmen sämtliche Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden. In Bezug auf die Wehrhaftigkeit Deutschlands galt es seinerseits die Vermehrung der stehenden Heere gegenüber dem Volksheere darzuthun; Radowiz bewies mit statistischen Nachweisen aller Art weit und breit, mit den wohlgerundetsten, schlagendsten Sätzen, daß Deutschland nach dieser Vermehrung mit Frankreich und England zu gleicher Zeit Krieg führen könne, und daß eine kluge Politik verlange, sich auf Beides vorzubereiten. (11) Er will die deutsche Streitmacht auf 700,000



Mann gebracht wissen; das sei „Bedürfniß“. Als die Abstimmung nach der ersten Debatte auf acht Tage vertagt wurde, verließ ihn seine gewöhnliche Ruhe und Selbstbeherrschung ganz und gar. Er erhob sich mit einem zornigen Donnerwetter. Ein Paar Wochen darauf, als die Zeit herannahte, wo man der preussischen Truppen aus Schleswig-Holstein zu „rettenden Thaten“ in Berlin bedurfte und deshalb Hals über Kopf der Malmöer Waffenstillstand geschlossen ward, da bewies Radowiz mit ebenso determinirter Bestimmtheit, daß man diesen Krieg um jeden Preis enden müsse, um nur nicht mit Rußland und Frankreich zusammen zu gerathen, denen man genügende Vertheidigungsmittel nicht entgegensetzen könne. Und siehe — die Versammlung votirte, wie sie sollte.

In Betreff der Einverleibung eines Theils des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund nahm Radowiz das Wort und sprach gegen die Uebertragung des Streits der Confessionen in die politische Frage als „das Verderblichste für das Verfassungswerk“, erklärte, wie durch Aufnahme eines katholischen Landes in das deutsche Reich dasselbe in seinem Glauben nicht gefährdet werden könne, stellte aber schließlich den Antrag gegen die Trennung der Provinz Posen, da er eine einseitige Theilung weder vom Standpunkte des Rechts, noch der Staatsklugheit billigen könne. Er wollte die preussische Regierung aufgefordert wissen, das Großherzogthum

Posen als ungetheilte Provinz mit gleicher Gerechtigkeit für beide Volkselemente zu verwalten, und die Abtrennung der deutschen Bezirke und deren Vereinigung mit Deutschland jener Zeit vorzubehalten, wo es möglich sein werde, mit dem polnischen Volke darüber zu verhandeln.

In gleicher Weise spricht er gegen die Frage: Erklärt die Nationalversammlung die Theilungen Polens für ein schmachvolles Unrecht und erkennt sie die heilige Pflicht des deutschen Volks an, zur Wiederherstellung eines selbstständigen Polens mitzuwirken? und beantwortete sie mit Nein. Daß er gegen die Abschaffung des Adels gestimmt, wie auch gegen die Abschaffung der Todesstrafe, gegen die Amnestie politischer Verbrecher und gegen die Wahl Heckers ist bekannt, nicht minder sein Antrag in der österreichisch-italienischen Kriegsfrage dahin: die Centralgewalt zu veranlassen, zur Beendigung dieses Krieges ohne Verzug die Vermittelung Deutschlands den kriegsführenden Mächten anzubieten.

Bei Berathung der „Grundrechte des deutschen Volks“ trat Radowiz nur als Redner auf bei den lebhaften Debatten über das Verhältniß des Staats zu den verschiedenen Kirchen. Die ganze ultramontane Parthei, die Döllinger, Phillippß, Lassaulx, Dieringer und Genossen an der Spitze, drängte sich in hellen Haufen heran, den Kampf zu bestehen wider die Bogt, Zittel,



Hagen, Zimmermann u. s. w., denn welcher Geist in einen großen Theil der Versammlung gefahren, das war dem Bischofe Müller zu Münster klar geworden, als er im Beginn der Sitzungen auf Erslehung des Geistes von Oben durch eine kirchliche Feier antrug, ihm aber entgegen wurde der Spruch der Bibel: Hilf dir selber, so wird dir Gott helfen. Wider diesen Geist, den man rechtgläubig katholischer Seits fürchtete, waffnete sich besonders Alles, was „über die Berge“ (ultra montes) Deutschlands hinüber Aug und Sinn wandte, und traten dawider auf die von München, von Freiburg, von Würzburg und von der Hochschule Bonn sammt dem gewesenen Kanzler von Gießen. Und als alle diese großen und kleinen Götter mit ihren Donnerkeilen und Blitzen, Wortkartätschen und Redeböllern drein gefahren, da erhob sich kalt und besonnen und sich „selbst bewußt, zu der Betrachtung die Ruhe und Leidenschaftlosigkeit, die sie erheischt, mitzubringen“ — Radowig. Und kalt wie ein Gletscher und unbewegt wie eine gefrorene Seefläche in seinem Aeußeren stand er auf der Tribüne, wie es auch in seinem Innern glühte und sprudelte.

Von vorn herein schien es ihm bedenklich, daß der besprochene Artikel III. der Grundrechte „eine Reihe von Folgerungen aus dem Princip der Unabhängigkeit der Kirche vom Staate enthalte, ohne das Princip selbst auszusprechen.“ Der Motive dieses Mangels, welche der Verfassungsausschuß angegeben, waren drei: Besorgniß

vor confessionellen Schwierigkeiten, mögliche Uebergriffe ins Staatsgebiet und die augenblickliche Lage der evangelischen Kirche. Radowicz fügt noch als vierten Grund hinzu die „Besorgniß, daß den protestantischen Genossenschaften aus einer unabhängigen katholischen Kirche Nachtheile erwachsen könnten.“ Und diese glaubte er vorzugsweise daraus herleiten zu können, daß Viele inner- und außerhalb der Paulskirche in der „eröffneten Unabhängigkeit der katholischen Kirche eine eröffnete Thür“ zur Einführung des Jesuitenordens in Deutschland erblickten. Dies sei nicht zu fürchten: dieser Orden sei im 16. Jahrhundert nur eine „Aushilfe für augenblickliche Zwecke und Bedürfnisse“ gewesen, die der deutsche Clerus und das deutsche Episcopat zur Zeit nicht bedürften. Deshalb sei es weder „unser Wunsch, noch weniger unser Bestreben“, den Jesuitenorden über Deutschland auszubreiten. Er erklärte sich gegen den Antrag, die allgemeine Kirchen- und Vereinsfreiheit durch gesetzliche Ausschließung irgend eines Ordens anzutasten. Das bisherige Verhältniß zwischen Kirche und Staat sei vollständig gelöst, seine Fortsetzung unter anderer Form unmöglich und eine neue Schöpfung unerläßlich. Eigene Gesetzgebung, eigene Leitung, eigene Disciplin können gleich anderen Vereinen auch die Religionsgesellschaften fordern, und ohne die offenbarste Ungerechtigkeit könne man sie ihnen nicht vorenthalten. Aber bei der Abstimmung über die Unabhängig-



keit der Kirchen vom Staate blieb er mit 98 Stimmen gegen 357 in der Minderheit; so erging es ihm auch mit den ferneren Consequenzen.

Bei den Debatten über den Malmöer Waffenstillstand und namentlich bei der Abstimmung über die Nichtgenehmigung desselben von der deutschen Nationalversammlung war Radowiz nicht anwesend, wodurch er der Acht entging, welche die Volksversammlung zu Frankfurt am 17. September, bestehend aus „20,000 Bürgern aller Städte und Dörfer der Umgegend“ über diejenigen Abgeordneten aussprach und sie in die Kategorie „der Verräther des deutschen Volks, der deutschen Freiheit und Ehre“ setzte, die sich für jenen Waffenstillstand aussprachen. Auch während der ferneren Debatten über diesen Gegenstand betheiligte er sich nicht. Ueberhaupt war er von da bis zur 108. Sitzung „mit Entschuldigung“ abwesend.

In dieser Sitzung vom 3. November kamen Lage und Verhältniß Wiens und Deutsch-Oesterreichs zum Gegenstand der Debatte. Bei allen desfallsigen Abstimmungen gab Radowiz seine Stimme nur im Interesse der österreichischen Regierung ab. In gleicher Weise verneinte er auch die Dringlichkeit des Antrags: daß jeder, den Beschlüssen der Nationalversammlung entgegenstehender Beschluß einer Versammlung eines Einzelstaats als an und für sich null und nichtig anzusehn und

als ungesetzliche Auflehnung energisch zurückzuweisen sei. Ebenso stimmte er gegen den Antrag in Betreff einer Erklärung Seitens der Centralgewalt an die preussische Regierung, dahin, daß sie außer ihrem Rechte stehe, wenn sie dem Lande gegen den wiederholt ausgesprochenen Willen der Volksvertretung ein Ministerium (Brandenburg) aufdringen wolle, sowie wegen Zurücknahme der von der preussischen Regierung verordneten Verlegung der preussischen Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg. In allen diesen Verhandlungen ergriff Radowiz nicht das Wort, sondern stimmte bloß im Interesse der betreffenden Regierungen.

Den Sitzungen hatte Radowiz während ihrer Dauer im Jahre 1848 regelmäßig beigewohnt, und sie nur eine Periode hindurch „mit Entschuldigung“ versäumt. In der Saison des Jahres 1849 war er häufiger „ohne Entschuldigung“ abwesend; indeß trat er im Ganzen wenig als Redner auf, bei Verathung der Reichsverfassung nur bei Bestimmungen, welche das Reichsheerwesen betrafen. Er stimmte — um noch einige seiner Abstimmungen zu erwähnen — u. a. gegen die Freiheit des Unterrichts, d. h. daß es nicht Jedem gestattet sei, Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten zu gründen, auch wenn er seine Befähigung nachgewiesen; nicht minder gab er bauernfeindlich und fideicommissfreundlich seine Stimme gegen die freie Veräußerung des Grundbesitzes Seitens jeden Grundeigen-



thümers unter Lebenden wie von Todeswegen, und stimmte insbesondere gegen Aufhebung der Familienfideicommissse. In der Reichsoberhauptsfrage stand Radowiz überall auf der äußersten Rechten, welche die dynastischen Interessen der deutschen Fürsten allein ins Auge faßte: er wollte — wie Bahr sagte — daß, sowie ein Kutscher auf dem Bocke, ein Bootse am Steuer, ein Lenker auf dem Feuerwagen der Eisenbahn, ein Koch am Herd und ein Arzt am Krankenbette, auch ein erblicher Kaiser für Deutschland sei, aber in der Person eines deutschen Fürsten; daher stimmte er gegen die Anträge: „Wählbar ist jeder Deutsche“, und „auf Lebenszeit“. Er war für das absolute Veto, Belagerungszustand, Kriegs- und Standgericht, Aufhebung der Pressfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, aller Grundrechte des deutschen Volks, kurz für alle und jede nur immer mögliche Beschränkung der Volksfreiheit gegenüber der Fürstengewalt; denn er ist groß geworden unter absoluter Gewalt und hat nicht vermocht, sich zu freierem Fluge zu erheben. Ja — er gehörte sogar zu der Minorität der Dreihundsfünfzig gegen 361, welche sich gegen den Satz aussprachen: „die Volksvertretung hat die Initiative bei der Gesetzgebung“, sowie sogar gegen den Satz: „Unter keinen Umständen darf eine Landesverfassung einseitig von der Regierung gegeben oder abgeändert

werden.“ Er ist daher auch selbstredend gegen directe Wahlen und gegen Abstimmung durch Stimmzettel ohne Unterschrift und für mündliche Abgabe der Stimme zu Protokoll (also für die Bestimmung im gegenwärtigen octroyirten preussischen Wahlgesetz, wornach der Name des zu Wählenden öffentlich genannt resp. ins Protokoll neben dem Namen des Wählers eingetragen wird zu jedermannniglichen Einsicht, wodurch jede freie Wahl aufgehoben). Doch es bedarf kaum zur Charakterisirung des politischen Glaubensbekenntnisses Radowiz's noch irgend einer weiteren Anführung.

Bei der Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Erbkaiser, welche auf Antrag Welkers stattfand, des früheren Professors und späteren „Großherzoglich Badischen Geheimraths“, der in der 154 Sitzung vom 18. Januar (S. 4771 des stenographischen Berichts) die denkwürdigen Worte sprach:

„Ich kann mich für das Reichsdirectorium nicht entschieden aussprechen; mir ist dieses ein wenig zu complicirt; eventuell jedoch werde ich demselben meine Stimme auch geben, wenn nur abzuwenden ist der preussische Erbkaiser!“ (Anhalten des stürmischen Bravo und Beifallklatschen auf der Linken, in den Centren und auf der Gallerie), und kurz darauf den König von Preußen zum Erbkaiser Deutschlands vorschlug — stimmte Radowiz mit



289 Stimmen für ihn, während 248 Mitglieder sich der Wahl enthielten. Bei den hierauf stattfindenden Verhandlungen war er wiederum „mit Entschuldigung“ abwesend bis zum Schlusse der Sitzungen des deutschen Parlaments.

## Radowitz und der Ultramontanismus.

---

Mit keiner, in unseren Tagen in Deutschland hervorragend in die Oeffentlichkeit getretenen Persönlichkeit ist der Ultramontanismus in so enge Verbindung gebracht als mit dem Namen: Radowitz; man hat sein Princip gradezu identisch mit dem des Ultramontanismus gebracht, obwohl er es in seiner ganzen Starrheit und Schroffheit wohl wirklich nie in den Vordergrund gestellt hat. Um so weniger ließ man von der einmal gefaßten Ansicht ab. Das Wort: Ultramontanismus hing an dem Namen Radowitz gefesselt; es folgte ihm und verfolgte ihn überall wie sein Schatten. Aber eben weil er selbst „zurückhielt hinterm Busch“, fehlten ihm in ganz Deutschland bei den Wahlen im März 1848 überall Sympathieen; in keinem Wahlkreise stand sein Name auf den Candidatenlisten, und es blieb daher seiner Parthei, oder vielmehr einigen, ihm näher stehenden Individuen nichts übrig, als ein einigermaßen günstiges Terrain ausfindig zu machen, um



ihn in irgend eine Kammer, sei es in die Nationalversammlung zu Frankfurt oder Berlin zu bringen. In Baiern wie in Oesterreich traute man ihm nicht, in den katholischen Theilen Württembergs und Badens nicht minder; Schlessien, Posen und die Rheinprovinz hatten eigene Kräfte zur Genüge. Daher blieben nur die katholischen Theile der Provinz Westphalen übrig, und hier — grade im geistig stiefmütterlichst ausgestatteten Wahlkreis Rüthen gelang es, durch die Anstrengungen einiger adlichen Gutsbesitzer und eines nur ultramontanen und schwarzgelben Bestrebungen huldigenden Individuums ihn als Abgeordneten dieses Kreises für die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt durchzusetzen.

Ultramontan deutet „über die Berge“ des Vaterlandes nach einem kirchlichen Staatswesen, welches die Entwicklung des Volks nicht nur leiten, sondern auch fesseln will. Damit werden geheime Zwecke und Verbindungen, Pfaffenthum und Jesuitismus in Verbindung gebracht, wogegen sich eine Zeit sträubt, die Einheit des Vaterlandes und Freiheit des Volkes will, während der Ultramontanismus kein Vaterland hat, keine Freiheit kennt als nur seine eigene und die Freiheit seiner Entwicklung und Ausdehnung. Daher das bis zur Verachtung und zum Hasse gesteigerte Mißtrauen wider ihn. — Von dem Ultramontanismus, in dessen Geruche Radowiz längst in ganz Europa stand, hat er keine auffallende Spur in der Paulskirche gezeigt, während man ihn von gewisser Seite

für einen Intriguanten der Diplomatie hielt — sagt ein  
Ohrenzeuge. Und ein anderes „Parlamentärsmitglied“, das  
bemerkt, Radowiz habe als Führer und Haupt der Ul-  
tramontanen in der großdeutschen Gruppe in Frankfurt  
gegolten, spricht die Ansichten aus, daß es dann von  
Radowiz je zuweilen in dieser Hinsicht wie Faust ergehe:  
„Du glaubst zu schießen und du wirst geschos-  
sen.“ Gewiß ist — sagt dasselbe Parlamentärsmitglied —  
daß die Herrschaft, welche Radowiz über die Schaar der  
Ultramontanen ausübte, nicht um ein Haar weiter reichte,  
als seine eigene strenge Unterordnung unter den Willen  
jener Macht, welcher allein unbedingt zu gehorchen  
diese Parthei gelehrt und gewöhnt ist; daß er nicht im  
Stande war, derselben auch nur das kleinste Zugeständ-  
niß abzugewinnen, wenn er sie einmal in bester Ueberzeu-  
gung, daß ihr Zweck damit nicht beeinträchtigt werde,  
einen andern Weg führen wollte, als den ihnen Gewohn-  
heit oder höherer Befehl vorgezeichnet hatte. So trennten  
sich die Ultramontanen von Radowiz in der Frage wegen  
Einverleibung Deutsch-Posens in den deutschen Bund,  
weil sie darin eine Gefahr für die katholische Kirche in  
Posen erblickten, und achteten nicht darauf, daß Radowiz,  
um sie zu beruhigen und sich zu rechtfertigen, feierlich von  
der Tribüne herab erklärte: sähe ich nur die geringste  
Gefahr für die Kirche, so müßten und würden alle an-  
deren Rücksichten, politische wie nationale, schweigen.  
Aber nach meiner innigsten Ueberzeugung ist eine solche



Gefahr nicht vorhanden. So verließen sie ihn abermals, als er für das preussische Erbkaisertum in die Schranken trat. Selbst sein treuer Schildknappe Bally ließ ihn zweimal im Stich. Merkwürdig war mir eine Aeußerung, die ich bei Gelegenheit von einem Mitgliede der Rechten, also einem der politischen, jedoch nicht ultramontanen Gesinnungsgegnossen Radowiz's vernahm. Er meinte: „Viel leicht sei es Herrn von Radowiz gar nicht unangenehm gewesen, daß seine Parthei in dieser Frage gegen ihn gestimmt habe, da er selbst um seiner Stellung willen nicht wohl anders habe stimmen können.“ Und dieses führte jener nur an, um zu zeigen, wie wenig Zutrauen Radowiz sogar bei denen genoß, die mit ihm auf gleichem politischen Standpunkte und in den engsten persönlichen Beziehungen zu ihm standen.

Anastasius Grün theilte die Parthei der Ultramontanen in der Paulskirche in „Grobe“ und in „Feine.“ Zu den Groben konnte man rechnen: Lassaulx, Beda Weber, Gfrörer und Buß; zu den Feinen: Döllinger, Dieringer und Ketteler. Abwechselnd grob und fein zeigten sich Reichensperger und Edel. Eine dritte Klasse bildeten die Langweiligen und Ungeschickten, wozu vor Allen Sepp und Linde zu rechnen sind, ferner nach ihnen Philipps, H. Müller, Knoodt und Clemens. Unter der Klasse der Groben repräsentirten Buß und Gfrörer den verben Volksrednerton; in einer klaren Atmosphäre und mit höherem Schwunge bewegte sich der Humor des

Tyrolers B. Weber, der zwar gewöhnlich scharf und beifend bis auf's Blut einschnitt, aber sich doch so unbeschlagen gab, und mit so gesundem Wize gewürzt war, daß selbst der Getroffene sich mehr zum Lachen als zum Aerger gereizt fand. Man nannte ihn hie und da den „Abraham a Sancta Clara der Paulskirche.“

Unter den Feinen war Döllinger der Feinste, eine rechte Jesuitengestalt, verdünnt und vergeistigt durch scharfes, unablässiges Denken und Sinnen im Dienste der Kirche. Auch Dieringer ist fein und ein gewandter Dialectiker. Schwungvoller und muskulöser in seinen Reden als die beiden Vorgenannten ist Ketteler, der feurige Apostel des Katholicismus aus Westphalen, dessen Verdammungseifer gegen alles außerhalb der „römisch-katholischen Kirche“ Stehende selbst am Grabe Lychnowsky's nicht zurückwich. Edel und Reichensperger sind Beide von minderer Bedeutung; sie traten zu Ende des verflossenen Jahres bei der großen Partheischeidung Beide zur ultramontan-österreichischen Parthei über.

Die Zeit der f. g. Kölner Wirren stellte Radowicz ganz auf die Seite des Erzbischofs von Köln und seiner Tendenzen. Diese waren revolutionair und reactionair zugleich: revolutionair, in sofern sie gegen die preussische Regierung und ihre Eingriffe in das Wesen und Kirchenregiment des Katholicismus gerichtet waren, reactionair insofern sie keinen andern Zweck hatten, als schroff und starr einzig und allein für die Souverai-



netät der katholischen „Kirchenfürsten“ in die Schranken zu treten, zugethan dem ausschließlichen Episcopalsystem und Todfeind eines jeden andern Kirchenregiments, welches, sei es der Kirchengemeinde, den „Laien“, oder dem Clerus, den Domcapiteln wie der Diöcesangehörigkeit wo und wie und irgend wo Rechte irgend einer Art — und wären es die geringsten und unbedeutendsten — einräumte. Er, der Sprosse einer westphälischen Aristokratenfamilie vom reinsten Wasser, äußerlich und anscheinend im äußersten Maasse anspruchslos, aber beseelt von einem Ehrgeize, von einer Herrschsucht, und erfüllt von einem leidenschaftlichen Hass gegenüber auch dem geringsten Gegner, den er bis zum letzten Stündlein verfolgte, wäre, wenn seine, auch nicht um einen Strohalm nachgebende Opposition gegen das Cultusministerium ihn nicht seinem Wirkungskreise für immer entzogen hätte, in seinem „Oberhirtenamt“ und obwohl „geliebtester Bruder des Statthalters Christi auf Erden“ und der „Knecht der Knechte Gottes“ ein Nero geworden, und sein Despotismus, kalt und rücksichtslos wie der der römischen Despoten, würde die Blätter der Kirchengeschichte des neunzehnten Jahrhunderts selbst mit Grausamkeiten gefüllt haben; denn sein Verfahren, womit er wider die Anhänger des Systems von Hermes, seinem persönlichen Todfeinde, begann, weist allein schon den Weg nach, auf dem der „Kirchenfürst am Rhein“ gewandelt haben würde.

Radowiz soll der Genehmigung der Wahl des Freiherrn von Droste zum Erzbischofe von Köln von Seiten der Regierung nicht fern gestanden haben. Als Vincke, der damalige Oberpräsident in Westphalen außeramtlich erfuhr, daß derselbe auf der Liste der „angenehmen Personen (persona grata)“ figurire, berichtete er flugs — ein warnender „getreuer Eckart“ des protestantischen Preußens — nach Berlin, und beschwor den Cultusminister, abzulassen von dem Vorhaben; die Genehmigung der Wahl des von Droste würde Conflict, die schwierigsten, in Masse herbeiführen, obwohl der Erzbisthumscandidat selbst schriftlich dem Commissar des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten, Domcapitular Schmülling in Münster erklärte, wie er solchergestalt die noch wenigen Lebensjahre, so ihm beschieden in der erzbischöflichen Stellung „recht noch zum Wohltun“ anzuwenden gedächte. Vincke, gar nicht mit in die Angelegenheit hineingezogen, noch gutachtlich befragt, gab sein Gutachten also aus freien Stücken ab, und — hatte Recht. Die Bewegung, welche die Conflict des Erzbischofs v. Droste herbeiführten, erschütterten nicht allein ganz Preußen bis in seine innersten, tiefsten Grundfesten, sondern führten auch aus dem ganzen katholischen Deutschland sowohl, wie aus Belgien einen Sturm wider die preussische Regierung herbei, der ohne Beispiel in der Geschichte ist, bis zum offenen Kampfe der Krone Preußen wider den päpstlichen Stuhl zu Rom, der in Documenten, Schriften



und Gegenschriften geführt wurde, worin Alles, nur nicht die Sprache der üblichen Höflichkeit und Gelehrsamkeit der Diplomatie gefunden ward, wohl aber die schonungsloseste Aufdeckung.

An der Spitze der Preußen feindlichen Parthei stand die katholischen Aristokratie im Lande. Der katholische deutsche Adel ist durch die festesten Bande, durch gemeinsames Interesse natürlicher Verbündeter der römischen Curie. Während die größeren fürstlichen Häuser durch Napoleon oder durch den Pariser Friedensschluß ungeheuer gewannen, ward die Staatsveränderung in Deutschland auf Kosten der einst reichsfürstlichen und reichsfreiherrlichen Geschlechter gegründet. Sie büßten nicht nur ihre Reichsunmittelbarkeit auf immer ein, sie hatten sogar, weil das katholische Kirchengut nicht hergestellt ward, die Möglichkeit verloren, wie früher, nachgeborene Söhne durch kirchliche Pfründen zu versorgen, ganze Familien durch den Ertrag dieser reichen Kirchenstellen auf lange zu bereichern.

Vor der Revolution war Deutschland das wahre Eldorado des Adels gewesen. Drei geistliche Kurhüte, eine zahllose Menge Bisthümer, Abteien, Klementuren, Domcapitular- und Stiftstellen, Präbenden und Sinecuren mit Einkünften von einer Million bis zu tausend Thalern hinab sorgten für volle Keller, lustiges Leben und gefüllte Schatzkammern des hohen und niederen

Adels. Wenn ein einziges Mitglied einer herabgekommenen Familie den Bischofshut oder gar einen Kurhut erhielt, so konnte sich dieselbe gänzlich erholen. Welchen ärmlichen Ersatz bieten für solche Pfürnden heutzutage Officier-, Raths- und Kammerherrnstellen an den Höfen der heutigen Fürsten! Die Herstellung eben jener Herrlichkeit hatte der Pabst auf dem Wiener Congresse verlangt; kein Wunder, wenn der katholische Adel sich aufs innigste dem römischen Stuhl angeschlossen, denn gleiches Interesse nietet in der politischen Welt überall die festesten Freundschaften.

Statt jener „irdischen Freuden“ der Aristokratie, die ihr nichts kosteten, erlustigt sie sich heut zu Tage auf andere Weise. Die aristokratische Verschrobenheit der Gegenwart und das „noble“ Müßiggängerthum sind die Pfleger der „noblen Passionen“: das Pferderennen, die Jagdlust und dergleichen, und die Stifter der hochadlichen Reit-, Renn-, Fetz- und Jagdvereine, der Vereine für Verbesserung der Pferdezucht und der Jagdhunde und dergleichen.

Ein großer Theil der westlichen Provinzen Preußens besteht aus ehemaligen geistlichen Herrschaften, worunter die Kurstaaten von Köln und Trier, das Hochstift Münster, das Bisthum Paderborn hervorragten. Grade in diesen Landestheilen hatte sich theils durch die Erinnerungen an die reichen Pfürnden, theils an die Almosen und



Bettelsuppen, welche einst der Pöbel von den Stiften und Klöstern als seinen Antheil erhalten, theils durch das gedankenlose Schlaraffenleben unter der geistlichen Herrschaft eine große Anhänglichkeit an den Krummstab und seine Segnungen erhalten. Der Adel hatte hier durch die Revolution seine früheren Vorrechte eingebüßt; beim Uebergange dieser Landestheile in preussischen Besitz hatte man sich mit der Hoffnung einer gänzlichen Restauration in allen Theilen geschmeichelt. Aber der heiße Wunsch ging gar nicht oder nicht ganz in Erfüllung; daher unter dem Adelsstande eine große Mißstimmung gegen Preußen, die sich vielfach auf den Provinziallandtagen und sonst äußerte, und durch neue Zugeständnisse, wie das des Adelsinstituts in den Rheinprovinzen, nicht entwaffnet worden ist.

Wie der Bauern- und Bürgerstand sein Proletariat hat, so hat es auch der Adel. Der grundbesitzende Adel kann eine Stütze des Thrones sein, aber nicht vorzugsweise, sondern in demselben Maaße kann und soll es auch der grundbesitzende Bürger- und Bauernstand sein, nicht aber der Proletarier des Adels d. h. jener Theil des Adels, der ohne Grundbesitz nur den Namen und gar nichts weiter besitzt, nichts desto weniger aber unerfüllbare Ansprüche macht. Das Proletariat des Adels besteht aus den jüngeren Brüdern des adlichen Grundbesitzers, die ausschließlich ihres Titels halber ein Recht auf Ehre und Amt im Civil- und Militärdienste zu haben wähnen, welches letztere ihnen standesmäßiges

Einkommen verschafft. Diese zahllosen Grafen und Barone, deren Grafschaften im Monde liegen, deren Baronien auf dem Uranus gegründet sind, sind die Proletarier der Aristokratie. Sie finden sich in allen Ländern des europäischen Continents; nur England hat eine andere Adelsverfassung, woselbst der Adelstitel mit dem Grundbesitz zugleich allein auf den Ältesten der Familie, vom Vater auf den erst geborenen Sohn übergeht; die jüngeren Söhne ohne Titel sind Commoners, gehören dem Volke an, und deshalb ist der Adel dort keine Kaste. Der Sohn und Bruder des Lords Chatham ist Herr Pitt schlechtweg, der Sohn und Bruder des Lords Holland ist Herr Fox. Die Haupteintheilung der Staatsbürger in England ist nicht: Erbadel und Bürger, sondern: Gentleman und Nichtgentleman, das ist: gebildet und ungebildet.

„Warum befolgt der deutsche Adel nicht das Beispiel des englischen Adels?“ fragte schon Möser, der seinem Jahrhundert vorausgeeilt war und schon auf der Höhe unseres Jahrhunderts stand. Nichts ist gefährlicher für den Adel selbst wie für den Thron als das Adelsproletariat, das sich ehrlicher Arbeit in den allermeisten Formen schämt und doch standesmäßig leben will — auf Kosten der arbeitenden Bürger. Möser hat die Wurzel des politischen



und socialen Uebels, der unmäßigen Ansprüche des unbegüterten Adels, „der sich adlich dünkenden Besitzlosen“ richtig angezeigt.

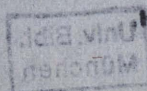
So stand es mit dem Ultramontanismus und den Bezügen Radowiz's zu demselben.

Radowiz, in seiner Stellung

zur deutschen Verfassungsgeschichte und zum

### Verfassungsgesetz.

Der Herr Radowiz, ein Mann von  
Bedeutung, der das Verfassungsgesetz  
in der Geschichte des Reiches nach und nach  
durchgeführt und durchgesetzt hat, ist  
einer der Männer, die in der Geschichte  
des Reiches eine große Rolle spielen.  
Seine Verfassungsgeschichte, die die Geschichte  
des Reiches darstellt, ist eine Geschichte  
des Fortschritts, die nicht nur die  
Geschichte des Reiches, sondern auch  
die Geschichte der Welt darstellt.  
Seine Verfassungsgeschichte ist eine  
Geschichte, die die Geschichte des Reiches  
darstellt, die die Geschichte der Welt  
darstellt, die die Geschichte der Menschheit  
darstellt. Seine Verfassungsgeschichte ist  
eine Geschichte, die die Geschichte des  
Reiches, die Geschichte der Welt, die  
Geschichte der Menschheit darstellt.



**Radowit, in seiner Stellung  
zur deutschen Verfassungsfrage und zum  
Dreikönigsbunde.**

---

Seit dem Wiener Congresse, diesem Triumph der Diplomatie über das Volksthum in Deutschland war fortwährend die Sehnsucht des deutschen Volks nach einer Einigung und Einheit gerichtet gewesen. Träume der Jugend und Pläne des Mannesthums waren in diesem Ziele zusammengetroffen; aber die Beamten- und Polizeimächte des Absolutismus hatten jenen Traum zu Schaum, jene Pläne zu nichts gemacht und jene jungen Träumer und alten Planschmiede hinter Riegel und Gitter gebracht. Dreiunddreißig Jahre waren dahingerauscht; die schwarz-roth-goldenen Farben blieben verpönt, selbst an Uhrbändern und Pfeifenquasten galten sie als revolutionäre Abzeichen, und die Häfcher machten Jagd darauf.

Da kam das Jahr 1848 heran; mit ihm erwachte die Sehnsucht des deutschen Volkes aufs neue wieder,



daß „Charpie endlich einmal Leinwand werden möge.“ In Berlin war es Tante Böß, welche ein „Gingefandt“ brachte, gereimt, in einer Strophe, auf die Ueberschwänglichkeit des Lobes der großen deutschen Nation“:

Ihr preist im Odenton

Die deutsche Nation,

Erlaubt mir nur den Einwand:

Ist denn Charpie auch Leinwand?

Da sollte denn auf einmal zu Frankfurt das große deutsche Einheitsfabrikat zu Tage gefördert werden. Zum vorläufigen Factor ward ein Reichsverweser bestellt, und als demselben durch militärische Parade in Deutschland gehuldigt werden sollte, da weigerte man sich in Preußen, und ein Herr im preussischen Kriegsministerium erklärte in einer vielgelesenen Schrift eine solche Huldigung vom preussischen Heere dem Reichsverweser dargebracht für einen „Selbstmord Preußens“.

Konnte auch Niemand in solchem preussischen Paradespiel mit Trommeln und Pfeifen und „türkischer Musik“ etwas Selbstmörderisches finden, genug — der Selbstmord, die Todsünde, stand da geschrieben, von der Feder des Obersten von Griesheim, ein warnendes Mene Tekel, ein „Bis hieher und nicht weiter!“, ein Commando — Halt! auf dem Eilmarsche des deutschen Volkes zur deutschen Einheit. Das war der erste Vorhang, der vor dem Panorama des großen einigen Deutschlands nieder gelassen war, und worauf gleichsam als Schmuck und

Auszierung ad interim bereits ein Schattenriß des eben veralteten christlich-germanischen Preussenthums ausgehangen war, als Wegweiser und Fingerzeig nach dem Wege zum alten gelobten und geliebten patriarchalischen, landesväterlichen Regiment zurück.

Als bald wurde das Gespenst der Volkssouverainetät gescheucht, der Spuck auf breiterster Grundlage vertrieben, der Ungeist „der Anarchie“ sammt den „Bassermann'schen Gestalten“ gebannt durch allerlei Staats-Hausmittelchen, als da sind „Kugeln im Lauf“, „scharfgeschliffene Klingen“ und dergleichen, und Belagerungszustands-Kirchhofsruhe und Versammlungsrechts-Dachschlaf herrschten allüberall, und „Ordnung und Ruhe“, die ersten Bürgerpflichten wurden mit Selbstaufopferung wieder geübt, und an den Straßenecken lustwandelten wieder Gensd'armen und Nachtwächter, Polizeidiener und Armenvögte, und in Berlin erlustigte sich das junge Vogelgeschlecht der Constabler im „mäzerrungenen“ Lenz der Volksfreiheit, und es verwirklichte sich Kühlwetters Idee: Je größer das Polizeipersonal, desto größer die Freiheit!

Während also mit dem Volke umgegangen ward, wurde auch die Volksvertreterschaft heim geleuchtet, die in Berlin aus Berlin vertrieben, die in Frankfurt nach Stuttgart verlegt, allwo sie sich verlor wie der freie deutsche Rhein in holländischem Sand. Die Aufgabe der vorzugsweise „deutsch“ geheißenen Volksvertreterschaft in



der uralten deutschen Kaiserwahlstadt am Main war, eine Verfassung für einen deutschen Bundesstaat und diesen letzteren dadurch selbst zu schaffen. Man war der dreiunddreißigjährigen alten Zustände satt und verlangte nach neuen.

Staatenbund und Bundesstaat sind die beiden Worte, worüber man sich kurz und klar verständigen muß. Ich will sie verständlichen. Als vor 33 Jahren der Congreß der Fürsten zu Wien sich mit Caroussel, Schlittensfahrten, Feuerwerken, Concerten, Soupers und Diners und auch mit dem Wohle der Völker beschäftigte, sollte schon ein Bundesstaat berathen und beschlossen werden. Allein, da der Bonaparte auf Elba nicht warten wollte, bis der Wiener Congreß zu Ende, spazierte er von seinem Eiland nach seiner alten Residenz Paris. Als dieses der tanzende Congreß vernahm, bekam er Leibschneiden und schnitt die Verhandlungen auch ab, und machte schnell durch seine Diplomaten einen „Bundesvertrag“, der nicht einmal ein Staatenbund war, ein bloß völkerrechtlicher Bund, dem noch eine „Schlusßacte“ beigefügt ward.

Diese Bundesverfassung und der Bundestag haben in Frankfurt von 1815 bis zur Märzrevolution über Deutschland gebrütet und aus den 38 Staaten-Eiern, auf welchen sie 33 Jahre saßen, ist nicht ein Küchlein gefallen, welches auch nur einem Volke nützlich gewesen wäre. Es war ein „Fürstenbund“, aber kein

„Völkerbund“; es war ein langer Bundesalat, der sich vom Kopfsalat dadurch unterschied, daß man weder Kopf, noch Herz bei ihm fand. — Als der lange Bundestag zu Ende war und sich selbst vertagte, sollte ein deutscher Völkerbund sich in Frankfurt bilden, ein Bund zur Verbrüderung aller Völker, ein brüderlicher Schutz und Trugbund aller deutschen Stämme zu einem Volke. — Achtunddreißig Staaten sollten sich zu einem Deutschland vereinigen. Soll diese Vereinigung ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sein? — Was ist ein Staatenbund? Er ist ein Fingerhandschuh. In dem Fingerhandschuh kann, obwohl nur an einer Hand sitzend, sich jeder Finger selbstständig bewegen. Die Finger können winken, drohen, zeigen, in die Tasche greifen, kurz sie sind ihre eigenen Herren, obschon sie brüderliche Glieder einer Hand sind. Ein Bundesstaat aber ist ein Fausthandschuh. In diesem Fäustling hat der einzelne Finger weder Raum, noch Kraft, noch Erlaubniß, sich jeder für sich zu bewegen, bloß der einzige Daumen als Fäustlingsoberhaupt ist für sich beweglich.

Das ist die populäre, jedermann verständliche Beschreibung des Staatenbundes und Bundesstaates, der populäre Kern dieser großen harten Nuß, an welcher wir uns die Zähne ausbeissen müssen und zum Theil schon ausgebissen haben — sagt Saphir.

Das hatte das Volk in Deutschland schon längst



erkannt während des „gründlich-deutschen“ Froschmäusekriegs der politischen Interessen in der Paulskirche, noch ehe das Jahr 1849 anbrach, und endlich wurde diese Erkenntniß, und daß die deutsche Nationalversammlung selbst sich um allen Credit beim Volke gebracht hatte, in der 146. Sitzung in der Paulskirche selbst ausgesprochen. Haym, der Abgeordnete für Halle, war es, der ohne Hehl sich darüber aussprach.

Heute liegt Deutschland — sagt er — am Boden, von Neuem preisgegeben den Wühlereien seiner Diplomaten, den auseinanderlaufenden Familieninteressen seiner vier und dreißig Dynastien. Mit schwerem Herzen bekenne ich es: Heute habe ich nicht mehr die Berechtigung, Ihnen zuzurufen: Retten Sie Deutschland! Sie können Deutschland nicht mehr retten; und ich will Ihnen den Grund sagen. Sie haben neun lange Monate nicht daran gedacht, daß ihre Kraft und ganze Macht ausschließlich wurzle in den Sympathien des deutschen Volkes und daß ihre Kraft und Macht brechen müsse, wenn sie diesen Boden verließen. Sie haben diesen Boden verlassen, und das deutsche Parlament, ein Riese auf seinem mütterlichen Boden, wird jetzt, demselben enthoben, in Diplomatenarmen erdrückt werden. Was haben Sie dadurch erreicht, daß Sie sich auf die Seite der Cabinette gestellt. Haben Sie dort Anerkennung gefunden? Ich finde dies nicht; ich finde, wir haben den

Regierungen so lange Rechnung getragen, bis wir uns stark verrechnet haben. Welche Regierung hätte es noch in der Mitte des vorigen Jahres gewagt, sich uns gegenüber zu stellen, und kaum sehen die Regierungen, daß das Volk nicht mehr hinter uns, so dürfen selbst die Kleinen uns ungestraft trogen. Oesterreich erklärt offen und unumwunden, an unsere Beschlüsse nicht gebunden zu sein, offen und unumwunden, daß Deutschland nicht über Oesterreich stehe; es verweigert die Beiträge, die für das Reich ausgeschrieben; es will nicht mehr mit dem Reichsministerium des Innern verhandeln, sondern nur mit dem Ministerium des Auswärtigen, denn was hätte Oesterreich wohl mit einem deutschen Ministerium des Innern zu thun? Hannover erklärt, die Grundrechte vorläufig nicht publiciren zu wollen. Baiern hat in Beziehung auf diese Grundrechte keine Instruction. Auch Baiern will, wie man hört, keine Beiträge zahlen; auch Baiern soll, wie man hört, sich nur mit dem Ministerium des Auswärtigen einlassen wollen; und Preußen! Nun, Preußen gibt allerdings nicht eine gleich unumwundene Erklärung, wie Oesterreich ab, aber es handelt dieser unumwundenen Erklärung gemäß. Sie wissen, wie Ihr Beschluß in Betreff Posen's aufgenommen worden; er wird ignorirt, man handelt ihm direct entgegen durch die betreffende Bestimmung der octroyirten Verfassung, und die ist beiläufig eine Antwort auf die Behauptung Ihres Ausschuss-Berichtes, nach dessen Versicherung



diese octroyirte Verfassung überall Rechnung getragen habe den Beschlüssen unserer Reichsversammlung. Unsere Gesetze werden in Preußen entweder nicht publicirt, oder sie werden nicht als deutsche, sondern als preussische Gesetze publicirt. Unser erstes practisch eingreifendes, umfassendes Gesetz, das Wechselrecht, ist in Preußen bis jetzt nicht publicirt, obgleich es auch Seitens des preussischen Gouvernements für ein gutes Gesetz erachtet wird. Könnten Sie aber noch zweifelhaft sein über die Richtigkeit meiner Behauptung, so weise ich Sie darauf hin, wie unsere Beschlüsse vom 14. und 20. November angenommen sind. Sie wären so kühn, die preussische Krone aufzufordern, das Ministerium Brandenburg zu entlassen. Nun, meine Herren, dieses Ministerium Brandenburg war ausschließlich dazu bestimmt, den Gewaltstreich auszuführen. Kein Mensch in Preußen dachte daran, daß dies ein Ministerium sei, welches dauernd an der Spitze des Staates stehen könnte. Sobald der Gewaltstreich geglückt, sollte das Ministerium entlassen werden; man wollte es nach dem ursprünglichen Plane nicht einmal am 27. November vor die Kammer treten lassen. Das Ministerium hat es Ihren Beschlüssen zu danken, daß es gegenwärtig noch am Leben ist; das preussische Gouvernement mußte zeigen, was es auf Ihre Beschlüsse gebe. Das ist der Unsegen, den jede Halbsheit hat; man verletzt nach allen Richtungen. Sie haben die preussische Krone verletzt durch Ihren Beschluß, daß

das Ministerium entlassen werde; Sie haben im Volke alles Vertrauen verloren, weil Sie den zweifellosen Machtspruch der Krone in Ansehung der Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung als Recht anerkannten. Das Volk in Preußen und in Oesterreich sieht nicht mehr auf Frankfurt, denn es hofft nicht mehr auf Frankfurt. Dagegen läßt sich in diesem Moment wenig thun. Der Umschwung wird kommen. Ich geträute mich mit voller Zuversicht, daß das deutsche Volk die Idee deutscher Einheit und Freiheit, die Idee gemeinsamer deutscher Volksvertretung nicht deshalb fallen lassen wird, weil diese erste Versammlung das Volk nicht zu verstehen wußte; die einzelne Versammlung kann untergehen, nicht aber die Idee, die einmal im Volke Wurzel gefaßt. Aber auf Eines mache ich Sie aufmerksam: Sie können diese Idee auf kürzere oder längere Zeit gründlich ruiniren, wenn Sie fortfahren auf dem eingeschlagenen falschen Wege, und Sie thun das, wenn Sie die Rechtsverletzung der preußischen Krone, um die es sich zur Zeit handelt, wenn Sie die Auflösung der Nationalversammlung und die Oestroyirung einer Verfassung nicht als Rechtsverletzung anerkenne, wenn Sie den Antrag Ihres Ausschusses annehmen, über diese Beleidigung des preußischen und des deutschen Volkes zur Tagesordnung überzugehen. Als Solon gefragt wurde, welches die beste Regierung sei, da antwortete er, das sei die, in welcher



die geringste Beleidigung des geringsten Bürgers als eine Schmach für die ganze Verfassung angesehen werde. —

Das deutsche Parlament bot dem von ihm zum deutschen Erbkaiser erwählten Könige von Preußen die Kaiserkrone Karls des Großen an; eine zahlreiche Deputation fuhr auf der Eisenbahn mit dem Geschenk nach Berlin. Der König weigerte die Annahme, „weil die Versammlung nicht das Recht hatte, die Krone, die sie dem Könige bot, ohne Zustimmung der deutschen Regierungen zu vergeben, weil sie dem König unter der Bedingung der Annahme einer deutschen Verfassung angetragen ward, welche mit den Rechten und der Sicherheit der deutschen Staaten nicht vereinbar war.“ — „Alle Mittel — hieß es in der Ansprache des Königs „an mein Volk“ vom 15. Mai 1849 — habe ich fruchtlos versucht und erschöpft, zu einer Verständigung mit der deutschen Nationalversammlung zu gelangen. Ich habe mich vergeblich bemüht, sie auf den Standpunkt ihres Mandats und des Rechts zurückzuführen, welches nicht in der eigenmächtigen und unwiderruflichen Feststellung, sondern in der Vereinbarung einer deutschen Verfassung bestand und selbst nach Vereitelung meiner Bestrebungen habe ich in der Hoffnung einer endlichen friedlichen Lösung nicht mit der Versammlung gebrochen. — Aber jetzt hat die Versammlung mit Preußen gebrochen — fuhr der König fort, nachdem sie uns um deshalb, weil wir dem bedrängten Nachbar die erbetene

Hülfe siegreich gewährt, des Friedensbruchs angeklagt, nachdem sie gegen uns und die Regierungen, welche sich mit uns den verderblichen Bestimmungen der Verfassung nicht fügen wollten, zum offenen Widerstand aufgerufen. Ich habe daher alle preussischen Abgeordneten, die der Versammlung noch angehören, abberufen. Meine Regierung hat mit Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, die sich uns angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Verfassungswerk wieder aufgenommen. Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dergestalt durch eine einheitliche Exekutivgewalt und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der Nationalversammlung entworfene Verfassung ist dabei zu Grunde gelegt und nur diejenigen Punkte derselben sind verändert, welche aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Partheien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaate anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. Deutschland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgeföhle der preussischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden. Das ist mein Weg."

In Berlin wurden gleichzeitig mit dieser Ansprache



die Verlängerung des Belagerungszustandes, Standrecht und Kriegsrecht bei Trommelschlag verkündet, die Nationalzeitung verboten, Waldeck verhaftet und zum Kerker abgeführt — Alles Ereignisse weniger Tage, die sich mit Gerüchten von Oetroyirungsmaassregeln aller Art kreuzten. Die Kreuzzeitung jubelte und sah schon prophetisch im Geiste Pulver- und Bleibegnadigungen voraus, Galgen und Pranger und Rad in allen Provinzen des Landes in Activität.

Unterdessen waren die Regierungen von Preussen, Hannover und Sachsen einig geworden, hatten ein Bündniß geschlossen und eine deutsche Verfassung gemacht, die sie den übrigen Regierungen als Vorlage anboten. Mit Berufung auf Artikel 11 der alten Bundesacte waren sie „zum gegenseitigen Schutze gegen den inneren wie äusseren Feind“ zusammengetreten, und erging an alle übrigen Regierungen, die Glieder des deutschen Bundes von 1815 seien, das Ansuchen, sich „diesem durch die Gefahren des Augenblicks hervorgerufenen“ Bündnisse anzuschließen. Der wesentliche Inhalt dieses Staatsvertrages ist:

Die drei Regierungen haben sich verbunden, zum Zweck der Erhaltung der äusseren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der deutschen Staaten. Der Beitritt zum Bündnisse bleibt allen Gliedern des deutschen Bundes offen; der Beitretende erlangt das Recht auf Leistung der durch die Zwecke des Bündnisses bedingten Hülfe. Die Oberleitung der

zur Erreichung des Zweckes dieses Bündnisses zu ergreifenden Maaßregeln ist der Krone Preußens übertragen. Durch dieselbe werden die diplomatischen Verhandlungen zur Anwendung äußeren Sieges, zum Abschluß der Allianzen, zur Herstellung des Friedens geführt. Die militairischen Operationen werden durch die Krone Preußen geleitet, welcher alle Befugnisse eingeräumt sind, die nach der Kriegsverfassung des deutschen Bundes dem Oberfeldherrn zustehen. Die Verbündeten halten zu diesem Zwecke ihre Kriegsmacht in Bereitschaft. Sobald militairische Operationen von umfassenderem Character erforderlich werden, wird die ganze, zur Disposition gestellte Truppenmacht als eine Armee betrachtet und als solche verwendet. Die Verbündeten wollen dem deutschen Volke eine Verfassung nach Maaßgabe des unter ihnen vereinbarten Entwurfs gewähren. Sie werden ihn einem lediglich zu diesem Zwecke auf den Grund der in jenem Entwurfe und dem daneben vereinbarten Wahlgesetze enthaltenen Bestimmungen zu berufenden Reichstage vorlegen. Abänderungen, welche bei dieser Versammlung beantragt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der verbündeten Regierungen. Dieselben behalten sich vor, über Zeit und Ort der Reichsversammlung, so wie über die Form der Berufung das Weitere festzusetzen. Dies ist neben Einführung des Verwaltungsrathes und des Schiedsgerichts der ganze Inhalt des Bündnisses. Dieser soll vollständig ohne Aenderung



von den Beitretenden angenommen werden, es kann nicht ein Theil angenommen, ein anderer abgelehnt werden; es ist Adhäsion an das Ganze erforderlich, wer sich nicht zu dieser bekennt, wird zum Reichstage nicht zugelassen. Ein beim Eintritte gemachter Vorbehalt wegen nachträglicher Genehmigung der Landstände wird den Verbündeten gegenüber als nicht geschehen angesehen; der Beigetretene haftet, auch wenn die Zustimmung der Stände verweigert werden sollte. Der Entwurf des Wahlgesetzes ist für die fragliche Reichsversammlung unabänderlich.

Die octroyirte Verfassung wurde veröffentlicht, während die Nationalversammlung von Frankfurt nach Stuttgart übersiedelte, eine deutsche Reichsregentschaft aus ihrer Mitte in den Mitgliedern: Raveaux, Vogt, H. Simon, Fr. Schüler und A. Becher wählte, welche den Reichsverweser für entsetzt und den Gehorsam gegen ihn als Eidbruch erklärte. Die Gewaltmaassregeln der Württembergischen Regierungen führten das Ende der Reichsregentschaft und des „Rumpfparlaments“ herbei.

Eine neue Erscheinung auf dem politischen Gebiete war die Versammlung von Frankfurter Parlamentsgliedern zu Gotha, aus dem Centrum bestehend und von Dahlmann, von Gagern und Genossen dahin eingeladen, über anderthalbhundert an der Zahl, um sich über das dem Berliner Verfassungsentwurfe gegenüber einzuhaltende Verfahren zu berathen. Die Zusammenkunft fand in geheimen Sitzungen im Schauspielhause

statt; indeß endete diese politische Comödie gar bald durchaus resultatlos.

Nach Beendigung dieser kurzen, nur flüchtig skizzirten Schilderung der Vorgänge auf deutschem Boden in Bezug auf Erfüllung des uralten Traumes von Deutschlands Einheit und Einigkeit bedarf es einer Betrachtung der Stellung und Betheiligung Radowiz's rücksichtlich jener Ereignisse und seiner Wirksamkeit zu dem Dreikönigsbunde und der deutschen Verfassungsfrage.

Als im stenographischen Bericht während der letzteren Sitzungen des deutschen Parlaments der Name Radowiz fortdauernd unter den „mit Entschuldigung“ abwesenden Mitgliedern angetroffen worden, hielt sich derselbe in Berlin auf, von dem Könige dahin berufen, um seinen Rath in der deutschen Verfassungsfrage zu vernehmen. Es war damals im preussischen Cabinette zwar die unbedingte Annahme der zu Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung und der auf Grund derselben dem Könige angebotenen Kaiserkrone bereits verweigert, die definitive Ablehnung aber noch nicht ausgesprochen. „Man dient dem Vaterlande am besten, wenn man in Berlin sehr deutsch, in Frankfurt sehr preussisch ist — sprach er einst in der Nationalversammlung. Damals ahnte wohl Niemand — vielleicht er selbst kaum — daß er bald in die Lage kommen würde, diesen Ausspruch in solchem Umfange zu bewahrheiten, wie es später in seine Hand gegeben war.



Wie fast über alle Acte seiner politischen Wirksamkeit hört man auch die widersprechendsten Auslegungen über seine Thätigkeit in der deutschen Verfassungsfrage, sagt ganz richtig das mehrerwähnte „Parlamentsmitglied“; aber auch seine offenkundigen Handlungen in Betreff dieser letzteren geben ebensowenig einen festen Anhaltspunkt seiner eigentlichen Absichten. In seiner, so tiefe Bewegung in der Versammlung hervorruhenden Rede über den Welferschen Antrag sprach er, nachdem er seine Bedenken gegen die zu sehr centralisirende Tendenz des Verfassungsentwurfs dargelegt; die bedeutungsvollen Worte: Dennoch, meine Herren, bin ich davon durchaus und vollkommen überzeugt, daß wir diesen Weg jetzt nicht verlassen können; der Verfassungsentwurf ist auf gesetzlichem Wege zu Stande gekommen, er hat in den wesentlichsten Theilen vielseitige Zustimmung gefunden, er kann nie direct oder indirect beseitigt oder durch Machtsprüche ersetzt werden. Wer für den Ausgang unserer Wirren einen solchen Gedanken faßte, dessen Vermessenheit könnte nicht tief genug beklagt werden.“ Und dennoch machte sich wenige Wochen später Radowiz zum Werkzeug oder gar zum Leiter einer Politik, welche es unternahm, die Frankfurter Verfassung nicht bloß zu „beseitigen“, sondern „durch Machtsprüche“, d. h. durch eine lediglich zwischen drei Regierungen vereinbarte Verfassung, zu „ersetzen“! Man könnte zwar zur Rechtfertigung Radowiz's sagen: die

Versammlung habe damals den Rath, den er ihr gegeben, nicht befolgt; dadurch sei jene Wendung der Sache herbeigeführt worden, zu der er denn, da sie nicht mehr rückgängig zu machen gewesen sei, selbst die Hand geboten habe, um wenigstens die nun einmal eingeschlagene Bahn zu dem möglichst erwünschten Ziele zu leiten. Aber jener Rath selbst war ein solcher, der zwar ehrlich und gut gemeint sein konnte, dem sich aber, wenn man ihn mit argwöhnischem Blick betrachten wollte, eben so leicht allerhand Hinterhalt-Gedanken unterlegen ließen. Denn was rieth Radowiz der Versammlung? Sie sollte nach abgeschlossenem Verfassungswerk nicht sofort zur Wahl des Oberhauptes schreiten, sondern die Regierungen auffordern, ihren Anschluß an den Bundesstaat rückhaltslos zu erklären, erst nach Eingang dieser Erklärungen aber die Wahl vornehmen. Auch schien er selbst das Gewicht der Thatfachen, die seinen Rath unannehmbar machten, zuzugestehen, indem er sagte: „Ich werde für jeden Antrag stimmen, der zum Abschlusse unseres Verfassungswerks führen kann; ich fühle mich in meinem Gewissen dazu gedrungen“, und in der That stimmte er für den Welcker'schen Antrag, ohne auf dem seinigen zu beharren. Wäre er zu jener Zeit in Frankfurt gewesen, würde sich vielleicht nicht haben entschließen können, also zu stimmen, weil der Welcker'sche Antrag seinem Grundsatz von der Vereinbarung und der freien Zustimmung der Regierungen zuwiderlief; allein nachdem die Verfassung einmal zu



Standе gekommen, rieth er zur unbedingten und ungesäumten Annahme der Verfassung und Krone.

Nadowiz aber ging nach Berlin mit der feststehenden Ansicht, dem König nicht zur unbedingten Annahme der Verfassung zu rathen, vielmehr zur Einschlagung des Weges, der seit seiner Ankunft wirklich von Berlin aus verfolgt ist. Drei Richtpunkte bezeichnen diesen Weg: der eine ist: Wiederherstellung des Legimitätsprincips durch Zurückweisung der dem König im Namen des Volks angebotenen Krone; der zweite ist: Zurückdämmung des demokratischen Elements. Der dritte ist das Verhältniß zu Oesterreich, der undurchbringliche Punkt, wo das eigentliche Wollen und Können Nadowiz's in ein tiefes Dunkel gehüllt erscheint. Er selbst hat seine Ansichten über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in kurzer Zeit mehrfach geändert. Noch im Anfange dieses Jahres wollte er ein Groß-Oesterreich, Deutsch-Oesterreich und Kleindeutschland in Gestalt dreier concentrischen Kreise mit einander verbunden wissen; damals widerrieth er den Abschluß eines Bundesstaates ohne Oesterreich; doch enthielt er sich der Abstimmung über das Gagern'sche Programm. Später von Berlin aus hat er — wie er selbst erklärte — mit dem Oelmüger Cabinette auf Grund jenes Programms zu unterhandeln versucht; als man österreichischer Seits darauf nicht einging, vielmehr auf Festhalten der Verträge von 1815 drang, erklärte Nadowiz diese Idee für mon-

strös, ließ sich aber doch „vorläufig“ darauf ein. So erschien sein Handeln chamäleonartig und in Geheimnisse gehüllt, und es stand damals immer noch dahin, ob seine Politik in der deutschen Sache noch mit anderen Hintergedanken schwanger ging.

Zur Führung der auf die Erreichung der Zwecke des sog. Dreikönigsbündnisses bezüglichen Geschäfte wurde ein Verwaltungsrath gebildet, preussischer Seits bestehend aus dem Generallieutenant von Caniz, Seitens Sachsens dem Staatsminister von Zeschau und Hannoverscher Seits aus dem Klosterrath v. Wangenheim und aus dem Generalmajor Jacobi als Militärcommissar. In Folge dieser Zusammensetzung ward von Berlin aus der Rücktritt Radowiz's gemeldet, weil die ihm gegenüberstehende Parthei, deren Organ die Kreuzzeitung ist, über ihn den Sieg erfochten, und man mit einem Manne gebrochen habe, dessen „extrem deutsche Richtung“, dessen „chimärische deutsche Einheitsbestrebungen“ nicht mit ihr Hand in Hand zu gehen vermöge, und sie sich eines Mannes entledigen müsse, „der die Paulskirche nicht vergessen wolle.“ — Radowiz hatte nämlich insoweit Antheil an dem Reichsverfassungsentwurf der drei Könige genommen, als er, auf des Königs Wunsch durch das Ministerium zur Theilnahme an den stattgefundenen ministeriellen Vorberatungen veranlaßt, nur eine berathende, nicht aber eine entscheidende Stimme dabei gehabt hatte. Dieselbe Stellung hatte er auch in der Conferenz der Bevollmächtigten



eingegenommen; obgleich er in dieser den Vorsitz führte, so beschränkte sich seine Wirksamkeit doch lediglich auf die Vertheidigung der von dem preussischen Ministerium gemachten Propositionen; die entscheidende Erklärung auf die von den übrigen Conferenzgliedern gemachten Vorschläge wurde in jedem einzelnen Falle unmittelbar aus dem Staatsministerio eingeholt.

Als die öffentlichen Blätter den Rücktritt Radowig's berichteten, schrieb ein Wohlunterrichteter über denselben also:

Wenige Diplomaten haben eine so ausgezeichnete Ungunst von der liberalen öffentlichen Meinung zu erfahren gehabt, wie Radowig. An Geist und Charakter weit hervorragend über die bekannte Dürftigkeit seiner meisten deutschen Berufsgenossen, mußte er sich gefallen lassen, als Ultramontaner und Jesuit unwiderruflich in den Bann gethan, eine Zielscheibe für die verschiedenartigsten Angriffe abzugeben und für manche Thaten zur Verantwortung gezogen zu werden, denen er selbst vielleicht entgegengearbeitet hatte. Seine Niederlage in der Angelegenheit des schweizerischen Sonderbundes, das unglückliche Zusammentreffen seiner Reisen und Sendungen mit den Revolutionen, welche alles Beabsichtigte und Combinirte zu nichte machten, lenkte die Aufmerksamkeit noch mehr auf ihn; man gestiel sich darin, ihn als den bösen Genius des Königs von Preußen zu bezeichnen, und in der jüngsten trostlosen Zeit des norddeutschen Sonderbun-

des schien es Manchem tröstlich, aus seiner Betheiligung an diesem Werke ein baldiges Scheitern desselben zu prophezeien.

Der lezthin angeblich erfolgte Rücktritt dieses Staatsmannes von den Geschäften würde demnach als eine Erlösung Friedrich Wilhelm's IV. und als eine günstige Vorbedeutung für das Gelingen des preussischen Einigungsprojectes angesehen werden müssen, und dies Urtheil lautete nur etwas seltsam aus dem Munde der Liberalen, indem nämlich Niemand eifriger für diese Erlösung gewirkt hat als die Kreuzzeitung, und indem der von Radowiz's Einflüsse befreite König jetzt wieder den Drakelsprüchen der altpreussischen pietistischen Parthei lauscht, Männern, welche die Revolution unvermeidlich machten, und durch ihren engen Gesichtskreis, wie durch ihren fanatischen Haß gegen alle andere Tendenzen, tief unter jenem Staatsmanne stehen, der sich durch leidenschaftslose und großartigere Auffassung der Verhältnisse selbst bei seinen Gegnern in Frankfurt Achtung zu verschaffen wußte.

Ob nun sein Rücktritt von den Geschäften, den man von Berlin aus eben so zuversichtlich behauptet wie in Abrede stellt, wirklich erfolgt sei: darüber werden die Fernerstehenden es wohl nur bis zu einer Wahrscheinlichkeit des Urtheils bringen können. Jedenfalls aber ist die Thätigkeit Radowiz's in den deutschen Angelegenheiten bedeutungsvoll genug, um einen kurzen Rückblick darauf zu werfen.



Der Gedanke einer energischen deutschen Politik Preußens, durch welche es die deutsche Einheit schaffen und dann an ihre Spitze treten sollte, ist freilich nicht sein Eigenthum, aber mit Recht darf er wohl Anspruch darauf machen, der wirksamste Beförderer und Repräsentant dieses Gedankens bei Friedrich Wilhelm IV. gewesen zu sein. Während die Minister, fast ohne Ausnahme in den Gleisen der vom alten König überkommenen österreichischen Politik verharrend, alle Neuerungsversuche für Phantastereien erklärten, setzte Radowiz schon im Jahre 1840 durch, daß Preußen die Initiative zu den Verbesserungen in der Bundeskriegsverfassung ergriff und versuchte bei Metternich die ersten Mahnungen an eine „tiefer eingehende Aufrichtung des deutschen Bundes“. Mehrfach abgewiesen, von der Vergeblichkeit des bisher eingeschlagenen Weges überzeugt und den drohenden Sturm voraussehend, entwarf er im November 1847 die bekannte Denkschrift an den König, welche die Grundlage zu den Märzverhandlungen mit Oesterreich, zu den Proclamationen und Verheißungen und der Keim zu allen Noten und Denkschriften der preussisch-deutschen Politik bis auf die Gegenwart, geworden ist. Das officiële Preußen, als ein Resultat der Bestrebungen zweier mannigfach unterschiedener Hofspartheien, mußte freilich als ein Januskopf mit zwei Gesichtern erscheinen; aber gewiß ist, daß das der Zukunft zugewandte die Physiognomie von Radowiz trug. Seinem Einfluß und seinen Bemühungen

ist es zuzuschreiben, daß der König am 19. März so weit vorbereitet für die neuen Ideen war, um sich momentan von der absoluterevolutionsfeindlichen Partei des Prinzen von Preußen zu emancipiren und durch die Entfaltung der deutschen Fahne den Staat vor dem damals drohenden Zerfall zu retten. Die in den ersten Tagen nach der Wiener Revolution von Radowiz gemachten Vorschläge finden sich wieder in der Berliner Proclamation vom 21. März, welche bekanntlich den Plan enthält: Abgeordnete aus allen deutschen Kammern in Berlin zusammentreten zu lassen.

Wir brauchen nicht zu wiederholen, woran dieser Plan, der die Hegemonie unmittelbar in Preußens Hände gebracht haben würde, gescheitert ist. Wir müssen aber hervorheben, wie scharf die beiden eben erwähnten Partheien, trotz ihrer sonstigen gemeinschaftlichen Ziele, doch in der deutschen Angelegenheit nun auseinandergingen. Graf Arnim-Bozenburg, einer der ersten Vertreter der altpreussischen Parthei, verließ die Nationalversammlung sofort nach der ersten Niederlage seines Princip; in Berlin und Potsdam wuchs von Tage zu Tage die Erbitterung gegen die „Frankfurter“, und schon im Sommer sprach einer von den Stimmführern der Reaction sehr klar und unzweideutig aus: die deutsche Einheit sei ein Phantom, Preußen könne nichts anderes wollen als „ein einiges und starkes Norddeutschland“. Aber ungeachtet des vollständigen Siegs, den die altpreussische Po-



litik im November und December endlich im eignen Lande erfocht, konnte sie den Einfluß der deutschen Parthei nicht vollständig lähmen; Radowiz und Camphausen hielten ihr in Frankfurt das Gegengewicht, hielten den Weg zum Kaiserthum wenigstens immer noch offen, und Männer wie Beckerath und Gagern, die den neuen Ideen sogar noch um ein Kleines näher standen, konnten in Potsdam zugelassen werden. — Die Verfassung wurde in Frankfurt vollendet. Daß an dem darauf folgenden Wahllact alles Altpreussische theilnahm, war wohl natürlich; Radowiz aber unterzeichnete obendrein die Reichsverfassung und schloß sich, wenn gleich mit Verwahrungen, der großen Kaiserparthei an. Dadurch ist sein Unterschied von jener Parthei, die nie etwas anderes als Hohn für die Verfassung gehabt hat, schon sehr bezeichnet; noch schärfer aber durch sein Auftreten in der kirchlichen Frage, wo er gemeinschaftlich mit der äußersten Linken die Principien einer so vollständigen unverkümmerten Freiheit versocht, daß die Caniz, Savigny, Uhden, deren Zeit jetzt wieder gekommen ist, sich durch eine unausfüllbare Kluft von ihm getrennt sehen mußten.

Indeß war sein Einfluß zu altbegründet, als daß er mit der Niederlage seiner Parthei sofort gefallen wäre. Nur Camphausen, gegen den die Altpreußen in der Kreuzzeitung bereits unablässig agitirt hatten, wurde in diesen Sturz verwickelt. Es galt jetzt, nachdem man die Verfassung verworfen hatte, etwas Neues und Positives zu

schaffen, und wir bemerken hier wieder jenen seltsamen Kreislauf der Dinge und Personen in Revolutionszeiten: denn nachdem die Verhältnisse nach Besiegung der Revolution eine ähnliche Gestalt wie im März 1848 angenommen hatten, wurde unmittelbar nach Camphausen's Entlassung gegen Ende April, auch Radowicz wieder nach Berlin berufen, um die deutsche Frage lösen zu helfen.

Beide Partheien konnten dabei allerdings eine Strecke Wegs gemeinschaftlich gehen, so weit es sich nur um die Machterhöhung Preußens handelte; Oesterreich war aber in letzter Instanz das Entscheidende und Trennende. Die altpreussische Parthei fühlt beim Waffengeklirr des herrlichen Kriegsheers wohl Lust und Muth genug, über das ganze Deutschland, wie die Kaiserdeputation es anbot, zu herrschen, — wenn Oesterreich sich das gefallen ließe. Sie will aber eine so umfassende und immerhin bedenkliche Umwandlung der Verhältnisse um den Preis eines Bruches mit Oesterreich nicht unternehmen; sie kann auch ihres Interesses wegen Oesterreich nicht aufgeben. Das Einvernehmen Preußens und Oesterreichs ist die heilige Tradition der conservativen vorrevolutionären Zeit; die Monarchie hat im Kaiserstaat, bei der verhältnißmäßig geringeren Aufklärung und bei der Möglichkeit, eine Nationalität durch die andere im Schach zu halten, sehr große Garantien für ihren ungeschmälerten Bestand; Oesterreich ist in jetziger Zeit mehr als je die Brücke von Preußen nach Rußland, und nur durch eine



möglichst große Betheiligung Oesterreichs an den deutschen Angelegenheiten behalten die Conservativen die Aussicht, daß alle augenblicklichen Zugeständnisse, die sie nach innen vielleicht der Demokratie machen müssen, durch den großen Einfluß einer im entgegengesetzten Sinne geführten auswärtigen Politik zuerst neutralisirt und später ganz zurückgezogen werden können. Herrschaft über Deutschland, so weit Oesterreich es gestatten kann! ist ihr Princip und muß es ihren Interessen zufolge sein. Oesterreich und Preußen, ruft die Kreuzzeitung, „das ist die wahre deutsche Einheit!“

Radowiz aber gehört nicht zu denen, welche nichts lernen wollen. Schon im Jahre 1847 faßte er in der erwähnten Denkschrift, unter scharfem Tadel der österreichischen geistlosen und verneinenden Politik, ganz bestimmt den Fall ins Auge, daß Preußen ohne Oesterreich handeln und sich direct an die Bundesversammlung wenden müsse. Caniz, der ihm als damaliger Minister des Auswärtigen im März die Instruction nach Wien schrieb, fügte als ächter Altpreuße hinzu: „Es ist dies jedoch eine Eventualität, die wir durchaus nicht für bevorstehend hatten.“ Radowiz dagegen war in der Denkschrift sogar noch weiter gegangen und hatte „den Fall fest angeschaut, daß Preußen das Nothwendige außerhalb seiner bisherigen Allianzen und außerhalb des formalen Bundeswegs verfolge.“

War die Reichsverfassung nicht durchzusetzen gewesen,

so galt es jetzt, wenigstens das Reich, mit Preußen als alleiniger Executive, und getrennt von Oesterreich, herzustellen; damit konnte man hoffen, die wesentlichen Forderungen der Nation erfüllt und die Revolution geschlossen zu haben.

Wir sehen die Erfolge dieser Wirksamkeit. Graf Arnim, der erklärteste Anhänger der österreichischen Parthei, wurde unmittelbar nach Radowiz's Eintreffen in Berlin aus dem Cabinet entfernt, Graf Brandenburg war lenksamer. Der Congress der Regierungen wurde am 28. April nach Berlin berufen, während die Gegner Erfurt oder Gotha vorgezogen hätten. Am 28. Mai war der Entwurf fertig, und hiermit war der Hauptstreich geführt. Indem nämlich die Regierungen erklärten, daß sie den Reichstag aus allen zustimmenden Staaten berufen, und auf § 11 der Bundesacte gestützt, selbstständig ein Bündniß schließen wollten, war Oesterreich schon ausgeschlossen. Man wußte, daß es kein Volkshaus beschicken könne und werde. Gleichzeitig wurde von den Bestrebungen berichtet: sich mit dem Gothaer Nachbarparlament in Verbindung zu setzen und angesehene Stimmführer der Nation zu einer Manifestation zu Gunsten dieses Entwurfs zu bewegen.

In die Tage nach dem 28. Mai sind nun wahrscheinlich die erfolgreichen Machinationen der altpreussischen Parthei gegen diese Politik zu setzen. Die Kreuzzeitung eiferte gegen den „Paulskirchenschwindel“ des Radowiz



und pries Stüve, der die Unverbindlichkeit des Entwurfs behauptete; über Oesterreichs Ansicht konnte bei den maasslos groben Urtheilen der ministeriellen Blätter kein Zweifel sein, über Rußland eben so wenig. Wir glauben mit Grund annehmen zu können, daß die altpreussische Parthei siegte. Das Erscheinen der Denkschrift wurde verzögert — wir fanden in ihr den kurzen Vorbehalt wegen Oesterreichs viel nachdrücklicher und ausführlicher hervorgehoben; und wenige Tage, nachdem Radowiz sich — seiner Gesundheit wegen — auf seine Güter zurückgezogen hatte, wurde Caniz, der erklärte Anhänger der österreichischen Politik, der Metternich'sche Gesandte in Wien, zum preussischen Mitglied des Verwaltungsraths der drei verbündeten Staaten ernannt. Arnim's Rücktritt — Caniz's Wiedereintritt, diese beiden Thatfachen scheinen uns den Anfang und das Ende des Radowiz'schen Ministeriums deutlich genug herauszustellen.

So schien denn jene Parthei gesiegt zu haben, deren Organ die Kreuzzeitung ist, die über jede andere politische Ansicht und Gesinnung als die ihrige tagtäglich mit Galgen, Pranger und Rad zu Gericht sitzt, ohne zu wissen, daß sie sich tagtäglich aufs Piloni stellt, sich selbst köpft; denn der Geist, der in diesem Blatte haust, ist nichts als ein Ungeist. Jene Parthei strebt aber nach der Alleinherrschaft und sucht dieses Streben mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Ihr Redacteur, eine durchaus unbekannte GröÙe in politischer wie literarischer

Hinsicht machte während der letzten Wahlperiode Propaganda, indem er als Kreuzzeitungsmissionair und Fop- und Korporalstock = Preußenthums = Apostel — wenn auch nicht zu Esel, sondern in Wagen und Waggon die Mark durchzog. Ihre Placat- und Aufruffabrik versendet Hunderttausende von Exemplaren durchs Land, als wären's Schwefelhölzer, d. h. der Zahl nach; denn sie zünden nirgend; denn nach der „reinen“ Monarchie sehnt sich außer jenen Kreuzzeitungsjunkern und Genossen Niemand: Ohne Hehl sprechen sie ihre Ansicht in jenen Aufrufen aus: „Es wird freilich nicht eher Friede im Lande werden, bis unser lieber König und Herr die Sache wieder allein besorgt, sowie es sonst gewesen ist unter dem hochseligen Herrn und unter dem alten Fritz. Aber diesmal müssen wir's noch einmal mitmachen, hoffentlich zum letztenmale.“ Mit dem „verdammten constitutionellen Schwindelspiele“ sei's gar nichts; man möge indeß diesmal nur noch wählen, den „Herrn von Bismark-Schönhausen, den tapfern und treuen Mann, oder den Freiherrn von Bodelschwingh, der die Berliner mit ihrer Märzrevolution so schön abtrumpfte, oder den Boyzenburger Grafen Arnim, der ein sehr kluger Herr ist.“

Diefer Parthei, der Todfeindin der Märzrevolution, einzigstes Bestreben ist es, alle Spuren des Jahres 1848 aus den staatlichen Einrichtungen zu vertilgen, und in Allem bis auf „die gute Zeit“ der Bodelschwingh, Thiele und Eichhorn mit einiger Zuthat Kämpf'scher



Demagogen-Untersuchungen und Einferkierungen zurückzuführen. Sie will die „Dreikönigsverfassung“ noch absolutistischer zugespitzt wissen, erklärt die Schleswig-Holsteiner für Rebellen gegen die Majestätsrechte eines gekrönten Hauptes, denen man selbst den exorbitantesten Forderungen Dänemarks gegenüber in Nichts zustimmen, viel weniger beistimmen dürfe.

Aber gerade die Wahl des Generallieutenants von Caniz zum Vorsitzenden des „Verwaltungsraths“ ließ — wenn wirklich ein in Ungnade fallen Radowiz's stattgefunden — auf baldige Rehabilitation desselben und seinen Wiedereintritt in den preussischen Staatsdienst hoffen. Und wirklich verkündete man von Berlin aus in kürzester Zeit seinen wirklich erfolgten Wiedereintritt. Die ganze Sache war zu sehr in mystisches Dunkel eingehüllt, als daß sie dem Fernerstehenden klar werden konnte. Man vermogte in der Ernennung des Generals von Caniz, der lange Zeit und zwar zur Metternich'schen Zeit preussischer Gesandter in Wien war und zugleich an die Einverleibung Krakau's in den österreichischen Kaiserstaat erinnerte, nur eine Wiederholung des momentanen Sieges jener Parthei sehen, die die Ansicht des Cabinets noch jüngst modificirt und zu der ganz ablehnenden Antwort an die Kaiserdeputation bestimmt hatte.

Es ist bekannt, wie tief die Ansicht vom „christlich-germanischen Staate“ in gewissen Regionen gewurzelt, welchen großen Einfluß die religiösen Motive daselbst

gehabt und welch enges Bündniß die politische und religiöse Restauration in Preußen mit einander geschlossen hatten. Durch die Märzrevolution wurde diese vorherrschende Richtung nicht allein in den Hintergrund gedrängt, sondern man mußte sie für immer gestürzt glauben. Eichhorn galt für den Hauptträger dieser Richtung; er war aber mehr nur in Folge seiner Stellung als Cultusminister die ausführende Gewalt. Die Minister nach dem März, zunächst und der einflussreicheren Zahl nach der Oppositionspartei des vereinigten Landtags angehörig, hätten durchaus, ungestört von fremden Einflüssen und von Partheiinteressen unberührt, erfolgreich wirken können, allein sie waren durchaus energielos und einzig und allein den Interessen der eigentlichen Bourgeoisie hold. Dadurch erwachte alsbald die Reaction, und neben den officiellen Räthen der Krone gestaltete sich allmählig ein Kreis, dessen Einwirkungen von Tag zu Tag mehr gegenüber der Rathlosigkeit des Ministeriums sich mehrten.

Diesem Kreise war besonders Radowiz ein Dorn im Auge, ein Pfahl im Fleische, der unter andern in der deutschen Verfassungs- und Erbkaiserfrage mit dem Ministerium annähernder Ansicht war, während jene Parthei, Todfeindin aller „Märzerrungenschaften“ und Freunde des ganzen Status vor dem 18. März und mehr auf die Modificirung der königlichen Antwort an die Parlamentsdeputation Einfluß übte und gegen Radowiz machinirte. Diesem Kreise schließt sich eine Parthei an, die — wenn



auch minder zahlreich an Köpfen, doch durch ihre Stellung, höhere Aemter und Würden — mit bedeutendem Erfolge einzuwirken vermag. Sie hat, auch ohne mit ihnen in Bezügen zu stehen, zu Verbündeten die große deutsche Parthei, welche Alles — gleichviel ob Republik, ob absolute Monarchie — für den Nothfall annimmt, wenn nur Preußen nicht an die Spitze kommt; die Demokratie ist unbewußt ihre zweite Bundesgenossin. Gleich dieser letzteren haßt sie das wirkliche Preußen, das aufgeklärte, „altenfrizige“ Preußen, eben so sehr wie Schlöffel und Schmerling; sie hat offen ausgesprochen, daß sie Preußen nur im Bunde mit Oesterreich, d. h. in der Abhängigkeit von dem oder im Anlehnen an das Metternich'sche Stabilitätsprincip gelten lassen könnte. Ihr erscheint Radowiz zu liberal; daher ihr Kampf wider ihn.

Urpplötzlich, als kaum die Zeitungen gemeldet, Radowiz sei in Ungnade gefallen, trat er in der Kammer auf als „Commissar der Regierung“.

**R a d o w i t s ,**  
**als Commissar der preußischen Regierung.**

Als der alte Traum von „Deutschlands Einheit, Kraft und Größe“ abermals geträumt ward, als Gervinus dafür die Feder ergriff in der deutschen Zeitung und Dahlmann in der Paulskirche mit dem Verfassungsentwurfe des neu zu gründenden deutschen Kaiserreichs hervortrat, da schrieb ich einem Freunde u. a.: — Nichts Schlimmeres gäbe es für Deutschland, als wenn der kaiserliche Reichsapfel Deutschlands Zankapfel würde. Sollte wirklich der romantisch-politische Traum von einem erblichen Kaiser, wie er von den Professoren Dahlmann und Gervinus geträumt wird, sich verwirklichen in unserer nüchtern-prosaïschen Zeit, so wären Zank und Stank aller Orten und Enden; denn wer soll Kaiser sein? Oesterreich ist in der Schwebe, ob es slavisch oder deutsch sein soll, Preußen hat keine einzige Sympathie für sich in ganz Süddeutschland, Baiern hat sich förmlich gegen ein



Vasallenthum unter Preußen verwahrt, und der hirnlose Vorschlag von Gervinus: dem ältesten Sohne des Prinzen von Preußen die deutsche Kaiserwürde zu übertragen, ihm aber während der Dauer seiner Minderjährigkeit eine Curatel zu bestellen, konnte nur dem Kopfe eines deutschen „gelehrten Hauses“ entspringen. Deutschlands Einheit gekräftigt durch einen Kaiser unter Vormundschaft und Curatel!! Was mag sich Herr Gervinus dabei gedacht haben? sich selbst vielleicht als gelehrter Beisitzer im kaiserlichen Vormundschaftsrathe; sonst gewiß nichts.

Nun ist zwar weder der Kaisertraum in Erfüllung, noch hat der Vormundschaftskaiser das deutsche Reichszepter ergriffen, noch hat der König von Preußen den ihm von der Paulskirche her zugeworfenen Reichsapfel aufzufangen für gut gefunden; vielmehr ist die ganze Verfassungs- und Reichsoberhauptswirtschaft im Laufe der Zeit vor unseren Augen in das bekannte, von Niemanden auch nur geahnte Stadium getreten.

Vielmehr hat sich König Friedrich Wilhelm IV. für verpflichtet erklärt, den deutschen Bundesstaat auf dem Wege der Vereinbarung herzustellen, nachdem er die Reichsverfassung und die Kaiserwahl abgelehnt hatte. Die preussische Regierung hat mit den Cabinetten von Sachsen und Hannover das „Dreikönigsbündniß“ vom 26. Mai auf ein Jahr errichtet und den Verfassungsentwurf vom 28. Mai zur Vorlage an einen Reichstag aufgestellt.



Unter Ausschluß von Oesterreich und mit Ausnahme von Baiern und Württemberg haben sämmtliche reindeutsche Staaten sich angeschlossen. Die preussischen, aus dem octroyirten Wahlgesetz hervorgegangenen Kammern haben das Verfahren der Regierung in der deutschen Sache gutgeheißen und ihre Unterstützung zugesagt. Beckerath sprach das Lösungswort: „Vorwärts, mit Gott für Deutschland!“

Da stand auf der Tagesordnung der ersten Kammer des preussischen Landtags für die Sitzung vom 24. Aug. die Mittheilung der angekündigten Vorlagen in Betreff der deutschen Verfassungsangelegenheit. Der Commissar des Staatsministeriums, Unterstaatssecretär Graf Bülow erläuterte die Vorlagen dahin, daß „Oesterreich nicht an Deutschlands Spitze stehen könne, weil sein Schwerpunkt außerhalb Deutschlands liege, und es für Deutschlands Wohl beim besten Willen nichts thun, einem deutschen Parla- mente sich nicht unterwerfen könne. Mit Rück- sicht darauf sei der Entwurf einer Union des übrigen Deutschlands mit Oesterreich hervorgegangen, die Oester- reich entschieden abgelehnt habe.“

In der Sitzung der zweiten Kammer trat unerwartet am Tage darauf Radowiz als „Regierungscommissar“ auf mit einer Rede, die, als „ein unvergängliches Denk- mal politischer Beredsamkeit“ bezeichnet, auszugsweise



nicht mitzutheilen ist. Selbst die Kreuzzeitung äußerte sich über die „ausgezeichnete declamatorische Vorstellung“ — so nannte sie den Vortrag von Radowiz — dahin: „Die Rede war in Ton und Haltung meisterhaft, ein glänzendes Mosaik, dessen logische Sprünge und Risse mit Phrasen von mitunter mehr als demokratischer(?) Färbung gewandt verdeckt wurden. Das Ganze der Rede, getragen durch die eindrucksvolle Persönlichkeit des Redners, seine der bewegtesten Modulation fähige Stimme, der mystische Ausdruck des tiefen Forschers verborgener Weisheit, verfehlte nicht, die Kammer zu unerhörtem Beifallsturm fortzureißen, viele ihrer Mitglieder zu Thränen zu rühren. Sie lieferte für uns einen neuen Beweis der Wahrheit unserer früher über Radowiz's Wirksamkeit in der deutschen Sache ausgesprochenen Ansichten, so wie der Haltlosigkeit des augenblicklichen Urtheils parlamentarischer Majoritäten. Die Kammer war hingerissen, vernichtet in ihrer Selbstständigkeit, durch das Rührende der Rede des Redners, durch glänzende Worte, einen ergreifenden, aromaschwangern Ton der Stimme, durch die Blässe des Gesichts, durch Züge, welche von langjähriger Erforschung der den gewöhnlichen Sterblichen unzugänglichen Wahrheit in den Katafomben der Weisheit zeugen. Unter donnerndem Applaus kehrte die grabesruhige Erscheinung zu den Ministerstigen zurück, und Herr v. Bederath drückte ihr die Hand im Namen Deutschlands. Aus dem oratorischen Standpunkt betrachtet, war die Rede

entschieden die glänzendste, welche wir bisher gehört haben."

Seltfamer Weise eröffnete Bülow, der Unterstaatssecretär eine ganz andere Perspective als Radowiz, der Regierungscommissar. Er, der Begünstiger des Schweizer Sonderbundes sprach auch für das deutsche Sonderbündniß. Seine leitenden Beweggründe sind nicht der „Aufschwung der Nationalitäten“, die „edlen Bestrebungen des deutschen Volkes“; seine Rede ist eine Apologie der preussischen Politik, seine Argumentation ist bündig und scharf; aber ihre Spitze kehrt sie gegen die eigene Brust.

Im Aeußeren war der Gang der Rede derselbe wie in dem Vortrage Bülow's, im Einzelnen Manches anders ausgeführt und abweichend. Das ehemalige Mitglied der deutschen Nationalversammlung — sagt ein Artikel der Augsburger allgemeinen Zeitung — sprach zuerst von der nationalen Bewegung des vorigen Jahres und von ihrer Berechtigung. Er wollte indeß nicht allen Forderungen im Namen der Nationalität gleiche Berechtigung zugestehen, und drückte die Hoffnung aus, daß Oesterreich aus den schweren Kämpfen, in welche es durch nationale Trennungsgelüste verwickelt worden sei, siegreich hervorgehen werde. Auch was die demokratische Parthei unter dem einigen Deutschland verstanden habe, liege nun zu Tage. Der Einheitsstaat wäre in Deutschland nicht zu erreichen, und auch eine einige deutsche Republik würde



nimmer bestehen können. Wenn aber von der nationalen Einheitsbestrebung das Unmögliche, Unwahre abgezogen werde, dann bleibe das Mögliche, das Wahre übrig. Auf diesem Gebiet sei Großes, ja alles versäumt worden, und das sei der Hauptgrund der Revolution gewesen. Der Redner schildert hier das Wirken des deutschen Bundestags mit sehr ungünstigen Farben. Er hebt seine Nichtigkeit auf dem Gebiet positiver Schöpfungen hervor, nennt seine Thätigkeit nutz- und würdelos, und wälzt auf ihn die Schuld, daß Verachtung des Bundes, Abneigung gegen seine Glieder auch in den Besseren sich festgesetzt habe. Sein Schluß ist, daß in Deutschland der Revolution ein Ziel nur durch Aufrichtung einer einheitlichen Organisation innerhalb nothwendiger Gränzen zu setzen sei. Hierauf betrachtet er die verschiedenen Wege, die zu diesem Zweck eingeschlagen werden könnten. Zuerst den Weg der Nationalversammlung: die Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat durch dictatorisches Verfahren herbeizuführen. Ueber die Mehrheit der Nationalversammlung würde eine spätere Zeit unbefangener urtheilen, und nicht nur beachten was sie gethan, sondern auch was sie von Deutschland abgewehrt habe. (Bravo.) Allein ihr Plan wäre nur durch mechanischen Terrorismus zu realisiren gewesen; ohne Zusammenwirken mit den Regierungen hätte sie nur zerstören können, nicht bauen. Der Redner geht nun auf die preussischen Verständigungsbemühungen über; er rechtfertigt die Ablehnung

der Kaiserwürde. Zwang wäre gegen Oesterreich unmöglich, gegen die kleineren Staaten schreiendes Unrecht gewesen, und Deutschland hätte statt des Kaiserthums vielmehr die Anarchie erhalten. Die Regierung durfte sich nicht verlocken lassen von dem Glanze sogenannter großer Entschlüsse, die je nach dem Erfolg als Staatsweisheit gepriesen oder als schmählicher Machiavellismus gelästert würden; sie mußte gerecht und besonnen handeln. Ein zweiter Weg sei die Rückführung zu dem alten Staatenbund mit einzelnen Verbesserungen gewesen. Achtbare Stimmen hätten dies verlangt, und manche Gründe hätten dafür gesprochen. Allein diesen Weg einzuschlagen wäre ungerecht und unweise gewesen; ungerecht, weil man gegebene Verheißungen nicht erfüllt hätte, unweise, weil die Revolution dadurch verewigt worden wäre. (Allgemeines Bravo.) Die nächste Krise hätte einen Kampf auf Leben und Tod, vielleicht einen Vernichtungskampf gegen die Monarchie überhaupt gebracht. Es sei demnach nur die Errichtung des Bundesstaates übrig geblieben, des Bundesstaates der zu gründen sei durch die freie Zustimmung der Regierungen, durch die freie Annahme von Seiten der Volksvertretung. Ein Bundesstaat bedürfe jedoch einer kräftigen, d. h. einheitlichen Executivgewalt. Ein Directorium sei nur durch Delegation möglich. Handelten die Mitglieder ohne Auftrag, so seien sie machtlos; handelten sie nach Instructionen, so sei es nichts als der alte Bundestag. Alles übrige sei minder wesentlich; aber



die einheitliche Executivgewalt und das gemeinsame Parlament seien eine Nothwendigkeit; darum habe auch Preußen auf ihnen bestanden. Der Redner betrachtet nun die Vorwürfe, die man Preußen gemacht, und zeigt, daß sie einander gegenseitig aufheben. Er geht über auf die Verhandlungen mit Oesterreich. Daß dieser Staat nicht Glied sein könne eines deutschen Bundesstaats, am wenigsten aber jetzt, nachdem er durch eine constitutionelle Verfassung sich centralisirt habe, zeigt er noch ausführlicher als Graf Bülow, im wesentlichen aber mit denselben Gründen. Seiner Ansicht nach würden die deutschen Provinzen Oesterreichs durchaus keinem andern staatsrechtlichen Verbande angehören können, als dem der eigenen Monarchie. Man habe zwar darauf hingedeutet, die Verfassung vom 4. März würde keinen Bestand haben. Allein Oesterreich würde diese Annahme mit Unwillen zurückweisen, und Preußen habe sich nicht anmaßen können, auf die Voraussetzung einer solchen Conjecturalpolitik zu bauen. Die preussische Regierung wolle aber nicht die Zerreißung Deutschlands; daher stelle sie als Bedingung hin, daß durch den engern Bundesstaat die Gemeinschaft des deutschen Bundes nicht aufgehoben werde. Sie habe Oesterreich den Vorschlag einer Union gemacht, in welcher das, was vereinigt sein könne, fester als je verbunden sein solle. Die Verhandlungen seien bis jetzt ohne Resultat geblieben, und sofern Oesterreich dabei stehen bleibe, könne nur von dem Verhältniß des engern Bundes zu

den deutschen Provinzen Oesterreichs die Rede sein. Was die übrigen Staaten betrifft, so kann der Redner die Hoffnung nicht aufgeben, daß sie alle beitreten werden. Preußen werde nicht an Unwesentlichem halten, nur in den Grundbedingungen des Bundesstaats werde es keine Aenderung gestatten. Nachdem er die beigetretenen Staaten namhaft gemacht, schließt der Redner mit den Worten: „Die Regierung ist sich vollkommen bewußt, was sie thut, und sie wird ihre Mission erfüllen bis zu den äußersten Gränzen des Möglichen. Das Gelingen ihres Werkes hängt nächst Gottes Beistand davon ab, ob sie unterstützt wird oder nicht. Ihr Urtheil, meine Herren, wird als schweres Gewicht in die Wagschale fallen. Preußen geht keinen eigennützigen Weg; es erfüllt schwere Pflichten; es will nicht nehmen, sondern geben, es bringt Hülfe allen, die seiner Hülfe bedürfen, den Dankbaren und den Undankbaren. (Allgemeines Beifallklatschen im Saal und auf den Tribünen.) Wir werden ringen nach dem Bundesstaate, sei es mit allen Staaten, mit vielen oder mit wenigen. (Bravo.) Preußen wird das gute Recht aller deutschen Staaten wahren, aber eben so das gute Recht der großen deutschen Nation!“ Allseitiges Bravo und Beifallklatschen folgt diesen Worten. Auf dem Wege von der Rednertribüne zur Ministerbank drückten dem Redner die Abgeordneten Simson und Beckerath die Hand. Die Versammlung ist in großer Aufregung. Der Präsident erklärt, daß er sofort den Druck der Rede anordnen werde.



Also kurz zusammengefaßt war der Ideengang des Radowits'schen Vortrags und der Hergang in der zweiten Kammer.

Die Urtheile und Kritiken in den öffentlichen Blättern waren selbstredend je nach Princip und Farbe verschieden. Ich erwähnte bereits der Aeußerung der Kreuzzeitung; der österreichischen Blätter Urtheile, die aus den Erläuterungen Bülow's und Radowits's den Trost für sich entnahmen, „daß es sich auf den Wegen des preussisch-deutschen Bundesstaates auch nicht auf Rosen tanze“, lasse ich auf sich beruhen, und eben so wenig ist hier der Ort, die Ansichten der verschiedenen preussischen Blätter aneinander zu reihen, um daraus zu entnehmen, ob und welche Hoffnungen für die verschiedenen politischen Partheien daraus erwachsen. Die demokratische Parthei ist mit vier Worten zurückgewiesen, die gleichsam als politisches Wetterglas aufgehangen sind, und welche lauten: Keine Concession der Demokratie!

Indeß ging sowohl aus der Bülow'schen wie Radowits'schen Rede genugsam hervor, daß wir von deutscher Einheit und Verfassung, selbst auf dem von der preussischen Regierung angebahnten Wege, noch himmelweit entfernt sind; das ist mindestens beider langen Reden gewisser Sinn. Ebenso gewiß aber mögte es auch sein, daß, wenn die Regierung sagt: „Entweder — oder!“ dieses nichts Anderes heißt als: entweder ganz so wie die Regierung es will, oder — es bleibt beim Alten.

Bülow ist der Vorwurf gemacht worden, daß er laut gedacht habe, indem er am Schlusse eine Möglichkeit des Mißlingens ausgesprochen; ein guter Feldherr — sagte man ihm — erwägt die Wechselfälle in seinem Geiste, da es thöricht wäre, vor der Schlacht von einem möglichen Rückzuge zu reden. Dagegen hat sich Radowitz, der General, vor diesem tactischen Fehler gehütet; aber dem preussischen Volke gegenüber beging er den großen Fehler, demselben geringe Aufmerksamkeit zu widmen und nur noch mehr geringe Bedeutung beizulegen. Er spricht von keinem Recht der Völker, erwähnt keines Wortes von Freiheit, Selbstständigkeit, Gleichberechtigung, sondern nur von einer Sehnsucht, einem Bedürfniß; er weiß nichts von dem Volke, das Revolution gemacht; aber die Stereotypausdrücke der Parthei des historischen Bestandes: revolutionäre Parthei, Terrorismus, Dictatur, Umwälzung fließen ihm wie Wasser vom Munde. Und was er dem deutschen Bundestage vorwirft, beschränkt sich bloß darauf, daß derselbe nicht im Stande gewesen, die Verhältnisse der einzelnen Bundesglieder zu ordnen, Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen zu regeln; daß er aber gar nichts für die Interessen des Volks gethan in langen 33 Friedensjahren, vielmehr stets dem Volke und jeder freien Regung desselben feindlich gegenüber gestanden, darüber spricht er auch nicht mit einem Buchstaben.

Er bezeichnete als die Gegner eines jeden Bundes-



staates außer den souverainetätsüchtigen deutschen Staaten, außer den „Undankbaren“ das allirte Ausland, Oesterreich und die specifisch-preussische Parthei; alle drei Partheien sind contrerevolutionär und wollen die „Revolution schließen“.

Radowitz erkennt richtig an, daß vollständige gewaltsame Gegenrevolution der Revolution keine schärferen Waffen in die Hand geben könne; ihr Kampf gegen die Regierungen würde auftreten als ein Kampf für die deutsche Einheit; der nächste, also hereinbrechende Krieg würde ein Krieg auf Tod und Leben, nicht allein gegen die Regierung, sondern gegen die Monarchie überhaupt gerichtet. Aber dennoch ruft er aus: Keine Concession der Demokratie!

Nach dem Verfliegen des ersten Rausches über Radowitz's Rede kehrte Besinnung in die Gemüther alsbald zurück, und doppelt niederdrückend für den dem Streben der preussischen Regierung zugethanen Theil der Bevölkerung war grade, daß sowohl er wie Bülow nicht undeutlich zu verstehen gaben, daß das deutsche Einheitswerk ein Traum bleiben werde, sowohl auf dem von Preußen angebahnten Wege wie überhaupt. Diese Ansicht ist von vornherein die meinige gewesen; denn bei der nach wie vor fortbestehenden Allianz der Regierungen, der Conformität des Erhaltungsprincip's gegenüber der Revolution und der Gemeinsamkeit der dynastischen Interessen gegenüber den Forderungen des Volkes, trotz kleiner Eifer-

süchteleien, die grade durch die augenblickliche Lage der Dinge, besonders in Folge der durch den Krieg in Italien und Ungarn so sehr geschwächten Macht Oesterreichs auftauchten, erschien mir der Ernst der Sache zweifelhaft. Zwar dauern die Unterhandlungen über eine Einigung Oesterreichs fort; in Bezug auf die Schweiz, als „dem ewigen Heerde der Revolution in Europa“, wird man gar bald einig sein und neue Maassregeln treffen, in Bezug auf Deutschland sich aber eben so schnell wieder zum Alten d. h. zum Princip des alten Bundestages wenden, in der jetzt gewisseren Hoffnung, abermals 33 Jahre hindurch von Frankfurt aus die „Ruhe und Ordnung“ Deutschlands aufrecht zu erhalten nach Metternich'schen Grundsätzen.

Radowiz hat seine Stellung, die er so lange hinter den Coulissen behauptete, aufgegeben; er ist auf die Bühne getreten und hat eine der Hauptrollen im diplomatischen deutschen Einheitsdrama übernommen. Die Ausfälle in seiner Rede wider den Bundestag hätten ihn vor den Märztagen sicher in die Hände der Gerichte geliefert. Aber wohlbedächtig trat er auf, wie er aufgetreten ist; Niemand hatte solche Worte aus seinem Munde erwartet; er überraschte; und grade die Ueberraschung ist es, wodurch er seine großen rednerischen Erfolge — ja Siege ersicht, obwohl er kein Redner ist, sondern statt Reden — Vorträge hält, gewürzt mit allen Ingredienzien, die sie pikant machen, mit Vorsicht niedergeschrieben, mit Sorg-



falt redigirt, die Sätze wohlgerundet, wodurch sie, obwohl es ihnen an Gemeinplätzen nicht fehlt, den Anstrich logischer Schärfe erhalten. Seine äußere Rednergabe, sein oratorischer Anstand, sein eigentlicher Vortrag dagegen entbehrt keines einzigen rhetorischen Erfordernisses. Ernstes Ansehens, mit breitem überwiegendem Oberkörper steht er gleich einer Bildsäule auf der Rednerbühne, die Arme übereinandergeschlagen: Sätze und Worte kommen klar wie eine Perlschnur aus seinem Munde; nie stockt er, nie hat er nöthig, eine Verbesserung anzubringen, nie übereilt er sich. Die Rede des Generals ist wie Marsch eines Regiments, Tritt bei Tritt; Schwung wird nicht gesucht, Tüchtigkeit ist die Lösung. Sein stehendes Auge bannt die armen Teufel, die so gern Diplomaten werden, und hier einem Hochmeister dieser hehren Kunst die Geheimnisse ablauschen mögten. Und sie flattern zu ihm wie der arme Gimpel zu der Klapperschlange, wie die Mücke zum Lichte, und fallen mit versengten Flügeln zu seinen Füßen nieder. Radowiz hat die geschwollenen Phrasenmacher, die superflugen Doctrinärs, die hochmüthigen liberalen Bourgeois in der Paulskirche aus dem Sattel gehoben; vor Radowiz liegen sie anbetend im Staube. Also charakterisirt ihn ein bekannter Zeitschriftsteller. Um so weniger mag es Wunder nehmen, daß seine letzte Rede als Reglerungscommissar die gegenwärtige Berliner Kammer „aus dem Tritt bringen“ und in bewundernde Extase ohne Ende versetzen konnte.

Nach den letzten Berliner Nachrichten haben die Verhandlungen wegen fernerer Regelung des Verhältnisses des engeren Bundes zum weiteren auf Grund der letzten, von der österreichischen Regierung vorgelegten desfallsigen Proposition zwischen Radowiz und dem österreichischen Commissar von Biegeleben begonnen. Es ist bereits ferner gemeldet, daß preussischer Seits die Anträge nicht angenommen worden. Ob sich meine oben bereits ausgesprochene Ansicht des Nichtzustandekommens des neuen Bundes und des Rückkehrens zum alten Bundestage bewahrheiten wird, wird die nächste Zukunft lehren. Noch ehe vielleicht diese Worte aus der Presse pressfeucht hervorgehen, ist dieser Zweifel gelöst, und die Sache liegt klar da vor aller Welt.

*Erweitert*



## Publicistisches und sonstiges Schriftsteller- thum Radowit's.

---

### 1. Die spanische Successionsfrage.

Außer der jüngsten bereits früher von mir ausführlich erwähnten Schrift auf publicistischem Gebiet, welche Radowit unter dem Titel: „Deutschland u. Friedrich Wilhelm IV.“ durch den Druck veröffentlichte, ist er schon viele Jahre zuvor mit einer publicistischen Schrift unter dem Titel: „die spanische Successionsfrage (Frankfurt 1839, 54 Seiten) aufgetreten.

Wie der Fürst Lichnowsky, wie mehrere preussische Officiere conservativer Richtung an dem Kampfe auf der pyrenäischen Halbinsel für Don Carlos mit dem Schwerte in der Hand sich betheiligten, so nahm Radowit zu gleichem Zwecke die Feder zur Hand und kämpfte in historisch-juridischer Deduction für den „Prätendenten“ der spanischen Krone. Der dortige Kampf war ein Prin-

cipienkampf, und aus diesem Grunde wurde der Vertreter des „legitimen Principes, auf spanischem Boden, Don Carlos“ selbst mit österreichischem und anderer legitimistischer Regierungen Geld unterstützt. Der Blick der Welt — sagte daher Radowiz mit Recht — ist auf die Halbinsel gelenkt, seitdem die beiden großen Feldlager, welche Europa theilen, dort den Schauplatz gewählt haben, um ihre Sache mit dem Schwerte zu verfechten.

Während das achtzehnte Jahrhundert den Verkehr der europäischen Staaten unter einander zu einer früher nie gekannten Lebendigkeit gesteigert, neue Beziehungen der mannichfaltigsten Art, politische, commercielle und literarische, zwischen ihnen hervorgerufen hat, während selbst entfernte der Geschichte des Welttheils fremdere Länder in diese gewaltige Bewegung hineingezogen und als neue Glieder in die Verkettung aller Interessen eingeflochten worden sind, ist für Spanien der entgegengesetzte Fall eingetreten. Eines der ältesten und mächtigsten Reiche, eines der edelsten und thatenreichsten Völker war hinter dem Entwicklungsgange der Zeit so weit zurückgeblieben, daß das moderne Europa sehr geneigt schien, die Pyrenäen als seine Grenze gegen Westen zu betrachten, und für alles sich jenseits zutragende nur die Empfindung bemitleidender Geringschätzung zu bewahren.

Wenig mehr als zwanzig Jahre haben hingereicht, um diese Gleichgültigkeit in reges Interesse umzuwandeln. Dreimal in diesem Zeitraume haben die erstaunten Zeit-



genossen wahrnehmen müssen, daß den großen Fragen des Jahrhunderts dort ihre Entscheidung angewiesen sei, in jenem Lande, das außerhalb der Marksteine der Civilisation gelegen, gänzlicher Nichtigkeit verfallen schien. Als alle Staaten Europas, das meerumflossene England ausgenommen, der Gewalt des mächtigsten und glücklichsten Eroberers sich gebeugt, dessen die Geschichte Erwähnung thut, als alle Cabinette seiner Staatsklugheit, alle Heere seiner Kriegskunst unterlegen und das Joch des neuen Attila auf sich genommen hatten, da kämpfte Spanien um seinen Glauben und sein Recht fünf Jahre auf Leben und Tod mit dem Allgewaltigen, und es ist bekannt, daß er dort den Wendepunkt seines Geschickes gefunden.

Die Revolution, welcher Napoleon Bonaparte zugleich gebient und befohlen, überlebte seinen Fall. Wie es sich nun darum handelte, daß sie ihr neues Bekenntniß formulire, daß sie das Wort ausspreche, welches durch ganz Europa erschallen und gleiche Schwingungen an allen gleichgestimmten Saiten hervorrufen sollte, da war es wiederum Spanien, wo der verhängnißvolle Ton erklang. Unter das Panier der spanischen Constitution reihte sich die Bewegung in Portugal, Piemont und Neapel, und Frankreich mußte die Waffen gebrauchen, um nicht gleichem Schicksale zu erliegen. Auch dieser Sieg ist wie jede blos negative Bekämpfung eines Princips, ohne Frucht geblieben; in demselben Frankreich, das in Spanien den Heerd der neuen Lehre zerstört zu haben wähnte, ist

das Werk der Cortes von Cadix als republikanische Monarchie im Juli 1830 wieder erstanden.

Zum drittenmal ist nunmehr der Blick der Welt auf die Halbinsel gelenkt worden. Keinem aufmerksamen Beobachter ist es entgangen, daß die streitige Erbfolge nur die äußere Gestalt einem tiefern Zwiespalt leihet und daß dieses derselbe sei, in welchem kommende Zeiten die eigentliche Signatur der Gegenwart erkennen werden. Ob die alte, an das Christenthum und die Geschichte des germanischen Stammes geknüpfte Staats- und Lebenseinrichtung ferner bestehen, oder einer andern im Schooße der Zeiten verborgenen Gestaltung der Dinge weichen werde, darum sichts und blutet man in Spanien, und es ist wiederum eine jener unerforschlichen Fügungen, daß nur in diesem Theile Europa's Leib und Leben an die Entscheidung einer Frage gesetzt werden, die vom Tajo bis zur Newa alle gleichmäßig angeht. Das welthistorische Element ist es, welches den Begebenheiten der letztverfloßenen Jahre ihre Bedeutung gibt und ihnen eine Theilnahme zuwendet, die sich an der endlosen Reihe kleiner Kriegseignisse längst ermüdet, oder von der Masse der zu Tage tretenden persöhnlichen Verkehrtheit und Unfähigkeit mit Widerwillen abgewendet haben würde.

Wenn es scheint, als ob bei einem Zwiespalte, welcher zu einem geschichtlichen Ereignisse und dessen Entscheidung gänzlich auf das politisch militärische Gebiet versetzt worden ist, der Rechtspunkt von untergeordnetem Interesse



sei, so muß diese Ansicht, welche die Begebenheit dieser Welt lediglich nach ihrem Erfolge beurtheilt, schon im Allgemeinen zurückgewiesen werden. Sie ist aber in Bezug auf den vorliegenden Fall um so weniger anzunehmen, da das Bewußtsein des dem Infanten Don Carlos zur Seite stehenden Rechtes nicht nur für ihn selbst der alleinige Beweggrund seiner Handlungen geworden ist, sondern auch neben der allgemeineren politischen Färbung dieses Kampfes noch jetzt als Haupttriebfeder fortbesteht.

Selten ist auf ein Land willkürlicher und freventlicher der Fluch des Bürgerkrieges herabgezogen worden, als es in Spanien durch die im Jahre 1830 versuchte Aenderung in der Thronfolge geschehen ist. Keinerlei Nothwendigkeit irgend einer Art drängte zu einem Schritte, dessen verhängnißvolle Bedeutung selbst dem Leichtsinngigsten nicht entgehen, dessen unabweisbare Folgen auch dem Beschränktesten nicht verborgen bleiben konnten. Welchen Begriff auch König Ferdinand VII., dessen ganzes politisches Leben ein steter Wechsel zwischen muthloser Unterwürfigkeit und schrankenloser Willkür gewesen ist, von dem Umfange seiner Gewalt hegen mochte, so konnte ihm doch schwerlich wahrscheinlich sein, daß der spolierte Thronfolger, daß alle Anhänger seiner Sache sich gutwillig einer Verfügung unterwerfen würden, durch welche nicht allein der erstere seines unzweifelhaften Erbes beraubt, sondern auch die künftige Regierung Spaniens voraussichtlich in die Hände einer Parthei gelegt wurde, deren

Abfichten bereits hinreichend bekannt waren. Es ist schwer, den Grad von moralischem Stumpfsinn zu bezeichnen, welcher im Rathe derjenigen geherrscht haben muß, die eine solche Verantwortlichkeit zu übernehmen, leichtsinnig oder gewissenlos genug gewesen sind.

Jeder Beitrag zu näherer Beurtheilung der Ansichten der Personen, welche in diesem beklagenswerthen Schauspiel eine Rolle gespielt haben, ist daher von historischem Interesse. Einen solchen liefert eine Denkschrift, welche vor Kurzem der ehemalige Minister Francisco Zea Bermudez in Umlauf gesetzt hat, um die Gültigkeit der getroffenen Successionsänderung zu erweisen. Von den Schriften, welche bisher im Interesse der Königin Christine und ihrer Tochter verbreitet worden sind, zeichnet sich die des Ministers Zea dadurch vortheilhaft aus, daß sie sich bestrebt, den gewöhnlichen Partheistandpunkt zu vermeiden, und für die Sache, welche sie vertritt, nur rechtliche und historische Gründe beizubringen. Um so mehr fordert sie zu sorgfältiger Prüfung auf, und so wie sie vorzugsweise aus der Geschichte und dem Staatsrechte der älteren spanischen Monarchieen ihre Argumente hernimmt, so nöthigt sie den Gegner, ihr auch auf dieses Gebiet zu folgen.

Die Erwägung, daß dieses in den bisher erschienenen Schriften nicht genügend geschehen, hat daher den Wunsch erzeugt, diesen bedeutungsreichen Gegenstand möglichst erschöpfend zu beleuchten, und ist hierdurch Veran-



lassung zu der Untersuchung geworden, welche der unbefangenen Prüfung Aller empfohlen wird, denen es um die Erforschung der Wahrheit hierbei ernstlich zu thun ist. Daß nur letztere allein dem Verfasser, welchem keiner der beiden Thronprätendenten weder durch Freud noch durch Leid bekannt geworden, die Feder geführt habe, davon möge seine Schrift selbst zeugen.

Und in diesem Sinne ist die Schrift geschrieben, woran jeder die Schärfe der Auffassung und die Klarheit und Gediegenheit der Darstellung anerkennen muß.

2. Ikonographie der Heiligen.

Gleichergestalt bewegte sich Radowiz auf ganz an-

derem Gebiete und gab unter obigem Titel im Jahre 1834 (Berlin, Dümmler) als Kunstkenner ein Büchlein

über die Heraldik der Heiligen heraus, und zwar als

Anhaltspunkt zur Erklärung von Gemälden, also zu einem

ästhetischen Zwecke, der nur im Vorgrunde zu stehen

scheint, der aber wirklich Hintergrund, also Seele des

Verfassers ist.

Unter den Gegenständen, — also rechtfertigt er dieses Product seiner Kunstkennerschaft — welche in den

Werken der christlichen Kunst am häufigsten wiederkehren,

nimmt die Darstellung der Heiligen des alten und neuen Bundes eine der bedeutendsten Stellen ein. Die Vorgänge aus ihrem Leben und Wirken, die Verherrlichung ihrer um des Bekenntnisses Christi willen erduldeten Leiden, haben die Maler und Bildhauer bis in das spätere Mittelalter fast ausschließlich beschäftigt, und nur nachdem die Kunst sich mehr oder minder überall von ihrer ursprünglichen Bestimmung abgewendet, sind in den süblichen Ländern die Geschichte und Mythologie der Griechen und Römer, in den nördlichen die Ereignisse des täglichen Lebens an die Stelle jenes unerschöpflichen Kreises tiefsinniger und rührender Vorstellungen getreten.

Für die nähere Kenntniß und Bestimmung der Werke, welche die glänzenden Epochen der Kunst uns hinterlassen haben, ist es daher in mehrfacher Hinsicht von Interesse, die Personen der auf denselben dargestellten Heiligen unterscheiden zu können, und eine Untersuchung über die Zeichen, an welchen dieselben in der Regel erkannt werden, dürfte daher als ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Kunstgeschichte des christlichen Mittelalters anzusehen sein.

Bei der hier versuchten Arbeit dieser Art ist zwar auf möglichste Vollständigkeit hingearbeitet, doch aber der Natur der Sache nach, nicht beabsichtigt worden, alle Namen aufzuführen, welche ausführliche Martyrologien nachweisen. Es sind vielmehr in die alphabetische Zusammenstellung nur diejenigen Märtyrer und Bekenner aufgenommen worden, die auf Bildern, Bildwerken,



Münzen 2c. vorkommen, oder sonst in irgend einer Beziehung ein specielles historisches Interesse darbieten.

So weit die vorhandenen Materialien gestatteten, war es die Absicht, bei jedem Heiligen anzugeben, in welcher Tracht er gewöhnlich dargestellt, welche besondere Embleme zu seiner Charakteristik angewendet worden, und welche Veranlassungen etwa für letztere nachgewiesen werden können. Bei weitem die Mehrzahl dieser conventi-  
nellen Attribute bezeichnen die Werkzeuge des Märtyrertodes, welchen die Streiter Christi erlitten, einige beziehen sich auf verrichtete Wunder. Die geringste Zahl ist rein symbolisch, und deutet entweder Umstände aus dem Leben des Heiligen oder gewisse Eigenschaften an, die demselben beigemessen werden.

Bei den Costümen ist in den meisten Fällen nur darauf hingewiesen worden, daß der Heilige in der bezeichnenden Kleidung als Papst, Bischof, Kirchenlehrer, Einsiedler dargestellt werde, da die betreffenden Attribute als allgemein bekannt vorausgesetzt werden konnten. Ueber die Kleidung der verschiedenen geistlichen Orden, auf welche mehrfach Bezug genommen werden mußte, kann in Helshot oder einem andern bekannten Werke über diesen Gegenstand leicht das Erforderliche gefunden werden.

Es schien ferner nützlich allenthalben anzuführen, wenn ein Heiliger als Patron eines Landes, einer Stadt, eines Gewerbes angesehen, oder als Schutz gegen eine Krankheit oder sonstige Unfälle angerufen wird. Die

Kenntniß dieser Patronate ist nicht allein zur Erforschung der näheren Verhältnisse mancher Kunstwerke erforderlich, sondern wird auch bei historischen und ethnographischen Untersuchungen anderer Art mehrfach in Anspruch genommen. Zu leichterem Uebersicht sind sämmtliche Patrone nach dem Gegenstande ihrer Wirksamkeit geordnet am Schlusse zusammengestellt, und hierbei auch noch alle diejenigen Heiligen hinzugefügt worden, welche, da sich über ihre bildliche Darstellung durchaus nichts ausmitteln ließ, in dem allgemeinen alphabetischen Verzeichniß keine Stelle finden konnten.

Als Quellen für den Inhalt der nachfolgenden Zusammenstellungen sind zunächst die Sammlungen von Gemälden und Bildwerken zu betrachten, in welchen das hieher Gehörige aufgesucht und unter sich verglichen worden ist. Eine reiche Ausbeute gewähren ferner die zahlreichen Kupferstiche und kleinen Heiligenbilder, die in Deutschland, Frankreich und den südlichen Ländern für den Gebrauch des Volkes fabrikmäßig angefertigt werden. Wie gering auch sonst der Kunstwerth dieser Vorstellungen sein möge, so haben sich doch die ältern derselben von der süßlich-sentimentalen Behandlung heiliger Gegenstände frei gehalten, welche dem Verfall der Kunst eigenthümlich ist, und drücken daher den traditionellen Charakter des Gegenstandes rein genug aus. Nicht dasselbe ist von den Bildern dieser Art zu rühmen, welche dem verflossenen Jahrhundert und der Gegenwart angehören, in denen sich



vielmehr die auch auf anderen Gebieten der Kunst wahrzunehmende Gesinnung geltend macht, welche statt sich einfach und trennend an die jedesmalige Aufgabe anzuschließen, überall nur den oberflächlichen Eindruck äußerer Wohlgestalt hervorzurufen strebt. Da hierbei von einer historischen Charakterisirung der dargestellten Personen nicht die Rede sein konnte, so sind die Volksbilder aus der letzten Zeit in ihrer nichtsagenden Allgemeinheit mit wenigen Ausnahmen auch ohne Nutzen für die vorliegende Arbeit geblieben.

Unter den sonstigen in Zeitschriften veröffentlichten Aufsätzen aus Radowig's Feder erwähne ich noch einer Mittheilung über die Motto's und Devisen des Mittelalters, welche in erweiterter Form binner Kurzem in der Cotta'schen Buchhandlung erscheinen sollen.

## Schluß.

So hätte ich mit den vorstehenden Mittheilungen über Radowiz's Schriftstellerthum die letzten Pinselstriche zu seiner Silhouette auf das Papier gebracht. Sie gibt — mindestens das Profil seines Bildes, und überläßt kundigeren Portrartisten ein in allen Bezügen vollständig ausgeführtes, sprechendähnliches Gemälde dem Publikum vorzulegen und zur allgemeinen Ansicht zu bringen. Das wird jedenfalls ein schwieriges Tagewerk sein; denn das Requisit: dem Maler sitzen wird Radowiz schwerlich dem biographischen Bildner je erfüllen; denn er ist unstät und wird es auch bleiben; kaum erscheint er, so ist er auch gleich darauf wiederum verschwunden; kaum hat er die Aufmerksamkeit in äußerster Spannung auf sich gerichtet, so zieht er sich urplötzlich aus dem Gesichtskreise in den Hintergrund zurück. Als Jedermann glaubte, er werde ein Ministerportefeuille übernehmen, verließ er plötzlich das Hoflager, um in Freienwalde ein Einsiedlerleben zu führen. Bald hieß es, er



sei in Ungnade gefallen, da trat er wieder als Regierungscommissar in der Kammer auf. Bald glaubte man ihn der Camarilla zuzählen zu müssen, da schwebte er urplötzlich über dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel, als „sei er die Egeria des preussischen Numas“. Man glaubte, er werde in dem Verwaltungsrath den Vorsitz führen, da trat er urplötzlich als Commissar zur Verhandlung mit dem österreichischen Commissar auf.

Welchen bedeutenden Einfluß Radowiz in den wichtigsten politischen Fragen der Gegenwart übt, welche einflussreiche Rollen ihm zugetheilt worden, steht fest. Aber — und der Gesichtspunkt darf nie verrückt werden — er handelt überall, wo er hier auftritt, als Diplomat, erfüllt eine Mission, handelt nach gegebenen Instructionen. Wie weit er indeß bei Feststellung der Letzteren eingreift, das gehört zu den Geheimnissen; denn diplomatische Instructionen und Spitzentlöpfeln gehören ins Reich der Dunkelheit oder noch besser — der Finsterniß.

Ob Preußens gegenwärtige Diplomaten der Aufgabe dieser Macht gemäß handeln, wird die jüngste Zeit lehren. Diese Aufgabe Preußens — Oesterreich gegenüber — stellte Görres bereits im Jahre 1815 in folgenden Sätzen auf:

Oesterreich mag sich, doch aber auch nicht ungestraft, wenn es nicht Maaß zu halten weiß, dem Geist verschließen; sein Wesen ruht mehr auf dem Glauben, und es hat in schwergebiegener runder Masse einen Mechaz-

nismus ausgebildet, der auf lange hinhalten kann. Bei Preußen aber gebietet es schon gemeine Politik, daß es für seine Selbsterhaltung des Geistes Meister werde, nicht durch Hoffahrt, wie wohl schon eher geschehen, sondern durch die freie Unterwerfung unter das ewige Weltgesetz, das von ihm ausgegangen. Ein festes standhaftes Vertrauen muß es sich erwerben, damit seine fictiven Wechsel auf einen bloßen idealen Besitz im gemeinen Verkehr als baare Münze gelten. Dazu bedarf es von Innen einer freien festen Verfassung, auf Gerechtigkeit und ja nicht auf lügenden Schein gebaut, die eine Gewähr gebe, daß nicht Leichtsinns oder Gewalt in einem Tage niederreiße, was Vernunft in langer Frist gebaut; dann nach Außen, daß es immerfort strebe, in allen Verhältnissen sich zu einer deutschen Macht hinaufzuheben, und nicht, wie früher alles Bestreben hingegangen, Deutschland zu einer preussischen Macht hinabzuziehen.

Nur wenn dort die Gewalt sich selber bindet, und hier alle Gewaltthätigkeit unterlassen wird, kann Preußen in der Liebe des gesamten Volkes groß, stark und mächtig werden. Anders wird es früher als das Jahrhundert abgelau- fen, in seinem Hasse untergehn.

Die nur rathen gut, die zum Ersten stimmen; das aber sind die gefährlichsten Feinde der



preussischen Regierung, die sie zum anderen Unheil in blinder Bethörung und Raserei zu treiben sich bemühen.

So sprach Görres vor 34 Jahren. Und die „gefährlichsten Feinde“ Preussens, vor deren „blinder Bethörung und Raserei“ er warnte, sind heut zu Tage erstanden. Es sind jene, deren „ohnmächtige Wuth über verlorenen Einfluß und brennende Ungeduld, eine verlorene Stellung wieder zu gewinnen, grell und plump in jeder Spalte, in jeder Zeile der Neuen preussischen Zeitung hervortreten“, welche von den „sich Unserer erbarmenden Kosacken deutsches Recht, deutsche Freiheit, Christenthum und Kirche“ erwarten.\*)

---

\*) Neue preussische Zeitung. Rundschau Nr. 194, und G. Scheidtmanns classischer „Offener Brief“ an den Redacteur der Neuen preuss. Zeitung.





## **Anhang.**

---

**Vortrag des Regierungscommissars v. Radowik  
in der neunten Sitzung der zweiten preussischen  
Kammer am 25. August 1849.**

---

Meine Herren! Die Königliche Regierung hat mich beauftragt, Ihnen Rechenschaft abzulegen über ihr Verhalten in der deutschen Sache. Diese Rechenschaft wird eine offene und unumwundene sein, Preußen hat nirgends hierin das Tageslicht zu scheuen. Die Aktenstücke sind in Ihren Händen; sie werden Ihnen eine vollständige Einsicht gewähren in die Verhandlungen, die mit den anderen Regierungen hierüber geführt worden sind.

Erlauben Sie mir, daß ich als Erläuterung hierzu die Gesichtspunkte darlege, von denen die Königliche Regierung geleitet worden ist.

Wer, meine Herren, die große politische Bewegung, die im vorigen Jahre alle deutschen Länder erschütterte, aufmerksam nach ihrem Ursprunge und Verlaufe verfolgt hat, der wird zu der Erkenntniß gelangt sein, daß das Element, das ich hier kurz das nationale nennen will, eine der mächtigsten Triebfedern dabei gewesen ist. Ich enthalte mich einer weiterführenden Betrachtung über das Erwachen der nationalen Strebungen, das sich in den meisten europäischen Ländern nach den großen Kriegen kund gab. Da, wo ein politischer Körper

mehrere Volksstämme umschließt, ist diese Kraft dahin gerichtet, den Staat in seine nationalen Bestandtheile zu sprengen. So geschah es dem Königreich der Niederlande, wie es der Wiener Congreß geschafften; aus gleicher Quelle fließen zum großen Theile die Kämpfe zwischen den Dänen und Deutschen. Auch der Fortbestand der großen österreichischen Monarchie ist seit Jahresfrist durch die nationalen Trennungsgelüste in Frage gestellt worden; wir dürfen in Oesterreichs und in unserem wahren Interesse mit Zuversicht erwarten, daß es aus diesem schweren Kampfe überall siegreich und glänzend hervorgehen werde.

Die entgegengesetzte Erscheinung tritt da hervor, wo ein Volk in mehreren Staaten vertheilt ist. Hier nimmt diese Kraft die Richtung, die Einzelstaaten zu einer mehr oder minder concentrirten Einheit zusammenzubringen. Deutschland, unser gemeinsames Vaterland, ist es, wo nach langem Versummen der Ruf nach Einigung, nach Herstellung eines nationalen Gemeinwesens am lauteften erschallt ist.

Nichts würde voreiliger sein, als wenn man allen Stimmen, die sich in diesen Ruf vereinigt haben, eine gleiche Berechtigung beimessen wollte. Wie viel bewusste Unwahrheit, wie viel irrige Auffassung, wie viel unmögliches Verlangen sind dabei Hand in Hand gegangen!

Was die demokratische Partei unter dem einigen Deutschland verstand, liegt jetzt deutlich zu Tage. Auch diejenigen, die in der gemeinschaftlichen Abstammung und Sprache die alleinige Bedingung des politischen Lebens sehen, sind in einem gefährlichen Irrthum befangen. Der Bildungsprozeß der Staaten hängt auch von anderen gleich wesentlichen Bedingungen ab; die fremden Nationalitäten auszuschleiden oder die eigenen Stammesgenossen in auswärtigen Staaten zu beanspruchen, ist weder möglich noch gerechtfertigt.

Aber auch die Männer, welche die Einigung Deutschlands auf dessen wirkliches Territorium beschränken, haben sich nicht von unmöglichen Forderungen frei gehalten.

Meine Herren! Ich glaube Ihnen gegenüber der Beweisführung überhoben zu sein, wenn ich ausspreche: der Einheitsstaat ist in Deutschland nicht zu erreichen. — Er ist es nicht als einheitliche Monarchie, er würde es auch nicht sein, wenn die Partei des Umsturzes je gesiegt hätte. Wenn die einheitliche Republik auf den Trümmern der gesammten Staats- und Lebens-Ordnung errichtet und für einige Augenblicke durch eine Schreckensherrschaft aufrecht erhalten würde, sie zerfiel in kurzer Frist.



Aber, meine Herren, wenn alle diese trüben Bestandtheile der deutschen Bewegung, wenn das Unwahre, das Verkehrte, das Unmögliche abgezogen werden, dann bleibt das Wahre, das Berechtigte, das Mögliche. Hier, wie überall, ist es dieser Kern von Wahrheit, der der Strömung ihre Macht verleiht, der das Verlangen nach einer nationalen Wiedergeburt zu einem der gewaltigsten Hebel der vorjährigen Bewegung gemacht hat.

Kann und darf Jemand leugnen, daß auf diesem Gebiete Großes, ja fast Alles verabsäumt worden ist?

Meine Herren! Ich möchte Ihnen und mir den schmerzlichen Rückblick auf die Geschichte des deutschen Bundes ersparen oder ihn mindestens in die engsten Gränzen bringen. Es ist nur zu bekannt, unter welchen Wirkungen und Gegenwirkungen die Nation, nachdem sie unter dem Drucke der Fremdherrschaft und der Schmach der Rheinbundspolitik zu neuem Bewußtsein erwacht war, endlich ihre Verfassung erhielt, und welche mannigfachen Ursachen es waren, die auch die besseren Keime, die die Bundesakte darbot, erstickten. Das Ergebniß von 33 Jahren liegt vor uns; die Thätigkeit der Bundesversammlung zeigte sich fast nur im Abwehren, und auch hier hat die Luxemburger Sache bewiesen, daß sie ihren Gliedern nicht den äußeren Schutz, und die Braunschweiger, daß sie ihnen nicht den inneren Schutz gewähre, die Holstein-Schleswigsche aber, daß sie vor herannahenden Gefahren die Augen schliesse.

Da, wo die Autorität des Bundes in Anspruch genommen wurde, um jene vergiftenden Zwiespalte zwischen den Regierungen und ihren Ständen zu schlichten, traten die unseligen Incompetenz-Erklärungen ein, die dem Bunde zu dem Schaden noch den Spott ausfluden.

Konnte so schon der nächsten Aufgabe nicht genügt werden, so mußte sich die Thätigkeit des Bundes da als völlig nichtig erweisen, wo es sich um positive Schöpfungen gehandelt hätte; die Artikel der Bundes-Akte, die über den völkerrechtlichen Verein hinaus gemeinnützliche Institutionen in Aussicht stellten, sind nie in Erfüllung gegangen; es war unmöglich, die Partikular-Interessen nach irgend einer Richtung hin in Einklang zu bringen.

Meine Herren! Das Schauspiel, welches dieses letzte, ganz Deutschland umfassende Organ darbot, war ein trauriges! Niemand, der mit der nutz- und würdelosen Beschäftigung des Bundestages, zumal in seinen letzten Jahren, näher bekannt ist, wird sich eines Gefühls erwehren können, an dem Kummer und Unmuth gleichen Theil

haben. Ich richte hierbei nach keiner Seite hin die besondere Anklage; aber die hieraus hervorgegangene Thatfache ist unleugbar: die Verachtung gegen den Bund, und hiervon unzertrennlich die Abneigung gegen seine Glieder. Nicht blos die revolutionäre Partei war es, die dieses Gefühl hegte und begünstigte, auch bei den Bessergesinnnten hatte es tiefe Wurzeln geschlagen. Allerdings mußte es in den neueren und kleineren Staaten mehr in den Vordergrund treten, als in den älteren und größeren; aber wer will leugnen, daß diese Stimmung überall eine der wirksamsten Vorbereitungen der vorjährigen Erschütterungen gewesen ist!

Soll und muß daher die Revolution geendet werden, und zwar nicht durch Gegenrevolution, nicht blos dadurch, daß die zerstörenden Kräfte gewaltsam niedergehalten werden, sondern zugleich durch Befestigung des Rechtszustandes in Deutschland, so ist der Abschluß der deutschen Verfassungs-Krise, die Aufrichtung einer politischen Ordnung, die, wie bereits in der anderen Kammer ausgesprochen worden, die Einheit der Nation innerhalb ihrer möglichen und berechtigten Bedingungen verbürgt, die erste und oberste Bedingung jedes Gelingens.

Die Königliche Regierung hat sich daher nicht entziehen dürfen, diese Frage zum Gegenstande der ernstesten und reiflichsten Erwägung zu machen. — Es boten sich mehrere Wege dar.

Als der erste kann die Umwandlung des gesammten bisherigen deutschen Bundes in einen Bundesstaat durch diktatorische endgültige Anordnung bezeichnet werden. Es ist dies bekanntlich der Weg gewesen, den die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. einschlug.

Meine Herren! Eine spätere Zeit wird über das, was die Mehrheit in dieser denkwürdigen Versammlung anstrebte, ein unbefangeneres Urtheil fällen, als es jetzt von entgegengesetzten Seiten her geschieht. Sie wird dem Zustande Deutschlands, den Eindrücken, unter denen die Versammlung tagte, dem Geschehe aller parlamentarischen Parteikämpfe gerechte Rechnung tragen. Sie wird vor Allem nicht blos betrachten, was die National-Versammlung gethan, sondern eben so sehr, was sie von Deutschland abgewehrt hat.

Aber eben so wenig, meine Herren, wird dieses zukünftige Urtheil die Augen schließen dürfen vor den Mängeln, die an dem eingeschlagenen Wege haften. Der Bundesstaat wurde in einer Weise desinirt und aufgefaßt, die mit den faktischen Verhältnissen nicht vereinbar war. Die Verfassung der National-Versammlung ging auf eine politische



Form hinaus, die dem Einheitsstaat näher lag, als demjenigen Staatenstaate, der für Deutschland erforderlich und zulässig ist.

Die Allgewalt, welche die Versammlung sich beilegte, wäre nur durch republikanischen Terrorismus zu realisiren gewesen, also durch Umwälzungen, die der conservative Sinn der achtbaren und patriotischen Mehrheit von sich wies. Die Natur der Sache daher, ebenso sehr als die Achtung vor den bestehenden Rechten hätte auf eine Vereinbarung mit den Regierungen hinführen müssen, und es durfte hier von selbst nicht die Besorgniß vor den Schwierigkeiten abhalten, die sich daran knüpften. Ohne Zusammenwirken der Gesamt-Vertretung mit den Einzelregierungen konnte nur zerstört, nicht aufgebaut werden.

Als letzter Vorwurf gegen den Gang der Mehrheit der Nationalversammlung müssen die Transactionen mit ihrem principiellen Gange bezeichnet werden. Aus diesem Abwenden von den eigenen politischen Grundsätzen sind bekanntlich die Zugeständnisse hervorgegangen, welche die Verfassung vom 28. März der Demokratie macht. Man mochte voraussetzen, daß es später möglich sein werde, diese gefährlichen Anomalien wieder auszuscheiden, aber schon das Benehmen der Gegner, ihre unverhüllte Freude an diesem Ausgange des Verfassungswerkes hätte davon überzeugen sollen, welchen Ansichten und Plänen man die Thür öffnete.

Es ist Ihnen, meine Herren, aus den Notizen vom 23. Januar und 16. Februar bekannt, daß die königliche Regierung Alles aufbot, um noch vor der zweiten Lesung zu einer Verständigung mit der Nationalversammlung zu gelangen, aber auch, daß diese Bemühungen eben in den wesentlichsten Punkten ohne Erfolg blieben. Die Nationalversammlung verkündigte ihre Verfassung als endgültig, und erklärte, daß sie auf fernere Entgegnungen und Abänderungen nicht eingehen könne.

Es handelte sich daher nur noch um eine einfache Unterwerfung. Konnte die preuß. Regierung sich diesem Gebote fügen? Nein, meine Herren, sie konnte und durfte es nicht! Sie würde Preußen als Preußen aufgegeben, seine glorreiche Geschichte abgeschlossen, seine Verwaltung, seinen Haushalt gefährlichen Experimenten preisgegeben haben.

Sie würde anderen Regierungen Zwang angethan haben, einen Zwang, der bei Oesterreich undenkbar ist, bei den mindermächtigen Staaten aber schreiendes Unrecht gewesen wäre. Blicken Sie, meine Herren, auf die damaligen Bewegungen in Stuttgart und Dresden, und fragen

Sie sich, ob solche und andere dann unausbleibliche Gewaltthaten gegen die rechtmäßigen Regierungen unter Preußens Hegide geschehen durften? Statt des in jener Verfassung instituirten Kaiserthums wäre die Anarchie das Loos Deutschlands geworden. Meine Herren, die Regierung des Königs durfte sich nicht von dem Glanze verlocken lassen, der die sogenannten großen Entschlüsse begleitet. Das sind jene politischen Akte, die man je nach dem Erfolge als höhere Staatsklugheit preist oder als ehr- und pflichtvergeffenen Machiavellismus züchtigt.

Was nun hat Preußen damals auf dieses Andringen erwidert? Die Erklärung, die in diesem Hause am 4. April gegeben wurde, sagt: Die Verfassung bedürfe der Zustimmung der Regierungen; Preußen werde hierüber mit den anderen Regierungen zu Rathe gehen. Es sei hierzu weder die Einstimmung aller Glieder des früheren Bundes erforderlich, noch werde eine Majorität derselben die Minorität binden dürfen; der Bundesstaat werde sich aus denjenigen Staaten bilden, die sich ihm freiwillig anschließen. An die Spitze dieses Bundesstaates zu treten, sei Preußen bereit.

Diese gerechte und besonnene Erklärung ist es nun, die von entgegengesetzten Seiten her Anfechtungen erlitten hat.

Während die Einen davon ausgingen, daß die preussische Regierung lediglich zu vollziehen habe, was die Nationalversammlung anordne, verlangten die Anderen, daß Preußen sowohl die constituirende Thätigkeit der Nationalversammlung, als auch deren Ziele als nichtig und verwerflich hinstellen solle.

Diese letzte Forderung, meine Herren, leitet nun zu der Betrachtung des zweiten Weges, der der Königl. Regierung anempfohlen wird. Es wäre dies die Rückführung auf den bisherigen Bund, mit denjenigen Verbesserungen, die auf einer solchen Grundlage zulässig sind. Es ist nicht zu übersehen, daß mannigfache Gründe für einen solchen Entschluß angeführt werden können. Die besonderen Schwierigkeiten in dem Verhältnisse Oesterreichs zu dem deutschen Verfassungswerke — der Widerwille der mittleren Staaten gegen Opfer an ihrer Souverainetät — die Möglichkeit einer versuchten Einnischung des Auslandes. Ja, wenn ist es unbekannt, daß auch in unserem eigenen Lande sich achtbare Stimmen erheben, die in der engeren Einigung Deutschlands nur eine Schwächung Preußens erblicken, in dem Streben nach einer verfassungsmäßigen, staatlichen Verbindung nur ein Zugeständniß an die Revolution, und die daher verlangen, daß Preußen sich auf seine auswärtigen Allianzen stütze, statt auf die nationale Gemeinschaft.



Daß, meine Herren, noch Manches durch Erweiterung und Verbesserung der Bundesakte von 1815 zu gewinnen, daß noch erhebliche materielle Fortschritte auch in dem früheren Bundeswege erreichbar sind, darf nicht verkannt werden. Aber es würde hierbei der Grundcharakter des Staatenbundes unverändert bleiben, ein völkerrechtlicher Verein souveräner Staaten, die ihre Gesellschaftsinteressen durch freie Uebereinkunft auf einem permanenten Congreß ihrer Bevollmächtigten betreiben. Ob diese Bevollmächtigten lediglich aus instruirten Gesandten bestehen, oder ob neben diesen noch Abgeordnete einzelner ständischer Körper mitwirken, begründet keinen wesentlichen Unterschied. Immer wird es der Hauptgegensatz bleiben, daß in einem wahren Bundesstaate eine Centralgewalt besteht, also eine Oberhoheit des Ganzen über die einzelnen Glieder, deren Verfügungen unmittelbar verbindlich für die Bevölkerungen sind, während in dem Staatenbunde die Beschlüsse des Gesellschaftsvorstandes nur deswegen und nur insoweit verbindlich sind, als die Einzelstaaten sie annehmen und verkünden. Das einzelne Glied in dem Staatenbunde, das diesen Beschlüssen nicht Folge leistet, verzichtet nur eine Vertragspflicht, das einzelne Glied in dem Bundesstaate hingegen, das den Gehorsam gegen die Anordnungen der Centralgewalt verweigert, begeht Rebellion.

Meine Herren, dieser Gegensatz ist es, welcher der Aufrichtung eines wahren Bundesstaates in Deutschland, nachdem Kaiser und Reich unter dem Andringen des Partikularismus zu Grunde gegangen sind, so große Schwierigkeiten bereitet. Dennoch, meine Herren, hat die Regierung des Königs den scheinbar leichteren Weg nicht einschlagen dürfen. Sie konnte es nicht, weil er ungerecht und unweise ist.

Er ist ungerecht, weil er die Zusagen und Verheißungen bräche, die der deutschen Nation wiederholt und feierlich gegeben worden sind. Er ist unweise, weil er die Revolution nicht schließen, sondern verewigen würde.

Ein solches Verfahren von Seiten der deutschen Regierungen würde der Partei des Umsturzes die schärfsten Waffen liefern, die mächtigsten Bundesgenossen zuführen. Was wir an einigen Punkten in letzter Zeit sahen: die Verbrehen Einzelner, die sich dem Aufstuhre in dem Wahne angeschlossen, der Kampf gegen die bestehenden Regierungen gelte dem einigen Deutschland, das würde dann als allgemeine, als die traurigste aller Verirrungen auftreten! Die nächste historische Krise, die über unser Vaterland hereinbräche, würde ein Kampf auf

Leben und Tod gegen die Einzelregierungen seyen, vielleicht gegen die Monarchie überhaupt.

Meine Herren! Wenn es weder gerechtfertigt werden konnte, sich auf den bisherigen Staatenbund zu beschränken, noch ihn zwangsweis in einen Bundesstaat umzuwandeln, so blieb nur übrig, innerhalb des bisherigen Vereines den Bundesstaat für diejenigen deutschen Lande aufzurichten, die seiner bedürfen; also einen engeren Bund in dem weiteren.

An zwei Bedingungen ist dann das Zustandekommen des engeren Bundesstaates geknüpft: an die freie Zustimmung der Regierungen und an die freie Annahme durch eine National-Vertretung.

Welches, muß man dann weiter fragen, ist die Auffassung des Bundesstaates, die den tatsächlichen Verhältnissen unsres Vaterlandes angemessen ist?

Nach Außen kann und muß Deutschland sich als eine Einheit darstellen! Seine Politik, seine Vertretung dürfen nur als ein Ganzes dastehen, mit dessen einzelnen Theilen das Ausland nichts gemein hat.

Meine Herren! Bedarf es des Nachweises, daß eben in dieser Forderung, so wie sie das Kennzeichen jedes echten Bundesstaates abgibt, auch die Lebensbedingung der Nation enthalten ist? Wahrlich, wer in die letzten beiden Jahrhunderte unserer Geschichte zurückblickt, der wird eher versucht werden, in tiefer Scham sein Angesicht zu verhüllen, als für die Beibehaltung einer auswärtigen Politik der Einzelstaaten in die Schranken zu treten.

Eben so sicher ist es aber auch, daß dieser oberste Grundsatz nirgends ausschließt, daß nach Innen die rechtliche und historische Selbstständigkeit der deutschen Lande unangetastet bleibe. Was der einzelne Staat mit seinen Kräften vermag, das soll die Centralgewalt weder statt seiner, noch mit ihm thun; es bleibe die alleinige Sache seiner Regierung und seiner Stände. Die Gesamtregierung und die Gesamtvertretung verfüge nur da, wo der einzelne Staat eben als Einzelnier nicht genügt, oder wo mehrere Staaten zusammenwirken müssen. Sie vermittele ferner, wo es gilt, Institute in allseitigen Interesse ins Leben zu rufen, zu welchen der Anstoß und die Leitung von einem Mittelpunkte ausgehen muß.

Damit nun der Bundesstaat die Mittel zur Erreichung dieser Zwecke besitze, bedarf er einer gesetzgebenden und einer ausführenden Gewalt. Das Parlament wird hierbei sowohl die Interessen der Gesamtheit, als die der einzelnen Staaten zu beachten haben; seine Organisation als Staatenhaus und Volkshaus, oder wie man sonst



die beiden Bestandtheile der Vertretung nennen möge, entspringt aus dieser doppelten Aufgabe.

Eben so deutlich stellt sich die Forderung heraus, daß die Executivgewalt eine kräftige und einheitliche sein müsse, um ihrem Verufe in Deutschland wirklich zu genügen. Sie muß eine kräftige sein, also keine Fiction, keine Delegation, sondern fähig, durch eigene Macht die minder Mächtigen zu schützen. Wenn in einer Republik die Executivgewalt einem oder mehreren Beamten des Gemeinwesens übertragen werden könnte, so lehrt doch jede nähere Betrachtung, welch widersinniges Verhältniß sich in einem aus Monarchien bestehenden Bundesstaat da bilden müßte, wo jedes einzelne Glied eigene Macht zur Ausführung hätte, nur nicht die Centralgewalt! Eben deshalb muß diese einheitlich sein, da ein Directorium nur durch Delegirte wirksam werden kann. Sind diese von den einzelnen Regierungen unabhängig, so stehen sie völlig machtlos da; handeln sie hingegen als deren Bevollmächtigte, so legt die Geschichte des Bundestages nur zu klarem Zeugniß von dem Erfolge ab.

Was hiergegen von mehr als einer Seite und in mehr als einer Absicht eingewendet worden, ist der Königl. Regierung nicht unbekannt geblieben. Es hat ihre feste Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der einheitlichen Executivgewalt für einen deutschen Bundesstaat nicht zu ändern vermocht. Alle anderen Formen und Einrichtungen erscheinen dagegen als verhältnißmäßig minder wesentlich. Das Gesamtparlament und die Einheit der Executive sind die Grundbedingungen des Bundesstaates; außerhalb dieser liegt nur der völkerrechtliche Staatenbund.

Dieses, meine Herren, sind die Vordersätze, von denen die Regierung bei ihren Verfassungs-Vorschlägen ausgegangen ist. Die Mängel und Bedenken, mit denen der Frankfurter Entwurf behaftet war, mußte sie in dem ihrigen vermeiden. Daher keinen centralisirten Einheitsstaat, keinen Zwang zur Annahme, keine demokratischen Concessionen!

Auch dieser Verfassungs-Entwurf hat, wie zu erwarten war, mannigfache Angriffe erfahren; sie gehen dabei von so entgegengesetzten Richtungen aus, daß sie sich, paarweise zusammengestellt, aufzuheben pflegen. Der Entwurf behalte zu viel von dem Frankfurter Verfassungs-Entwurf bei — er gebe zu viel davon auf. Er capitulire mit der Demokratie — er schließe sie gänzlich aus. Er centralisire zu viel — er centralisire zu wenig. Er lege die eigentliche Gewalt in das Fürsten-Collegium — er lege sie ausschließlich in den Reichsvorstand.

Er vernichte Preußen zu Gunsten der anderen deutschen Staaten — er vernichte die anderen deutschen Staaten zu Gunsten Preußens!

Meine Herren, ich weiß vollkommen, daß nicht bei allen logischen Gegensätzen eine Mitte möglich, geschweige denn richtig ist. In diesem Falle aber mögen solche mit eben so viel Gehässigkeit als Unkenntniß vorgebrachten Anklagen vielleicht dazu dienen, den Unbefangenen zu einer verständigeren Beurtheilung unserer Vorschläge hinzuleiten.

Indem die Regierung sie Ihrer freien Prüfung übergiebt, hat sie Ihnen zugleich die Aktenstücke über die Verhandlungen vorgelegt, die dahin geführt haben.

Ich gestatte mir an diese noch einige Betrachtungen zu knüpfen, die zum Verständniß des Geschehenen und zur Bezeichnung des gegenwärtigen Standpunktes dienen können.

Meine Herren! Die Regierung, indem sie den Weg der freien Vereinbarung betrat, hat sich nicht einen Augenblick die großen Schwierigkeiten verhehlt, denen sie begegnen mußte. Hätte sie hierin nicht die Befolgung einer heiligen Pflicht gegen Preußen und Deutschland gesehen: wahrhaftig, sie würde sich dieser mühseligen, undankbarsten Aufgabe nicht unterzogen, sondern dem Laufe der Ereignisse überlassen haben, zuvörderst die Verblendung zu heilen, die Selbstsucht zu brechen, die ihr so mannigfach entgegengetreten sind. Preußens Gefähr bei längerer Zögerung wäre sicher die geringere gewesen.

Wenn jeder deutschen Regierung die Wahl völlig frei blieb, ob sie sich dem Bundesstaate anschließen wolle oder nicht, so mußte sich sofort die Frage aufdrängen, in welches Verhältniß der engere Verein zu denjenigen Staaten treten werde, die sich ihm nicht anschließen können oder wollen.

Soll Deutschland, das Deutschland, das von den Ebenen der nordischen Halbinsel bis an die julischen Alpen, von der Eifel bis an die Leitha reicht, soll dieses Deutschland zerrissen werden, soll es in dem Augenblicke an seiner äußeren Macht einbüßen, wo es nach seiner inneren Kräftigung ringt? — Meine Herren, das ganze Gewicht dieser Frage, die ganze unermessliche Bedeutung einer solchen Spaltung kann Niemand lebendiger empfinden, als die Regierung Preußens. Sie hat es daher vom Anbeginn der Verhandlungen an als die zweite große Bedingung erkannt, daß Deutschland durch die Bildung eines engeren Bundesstaates nichts an der bisherigen Gemeinschaft aller seiner Glieder verlieren dürfe. Als oberster Grundsatz galt ihr: daß kein deutscher Staat mit den übrigen loser verbun-



den sein dürfe, als es bisher die Staaten des deutschen Bundes waren. Wir betrachten dies als ein Geringstes, als einen Ausgangspunkt, von dem aus eine noch fruchtbarere Gemeinschaft aller Glieder des Bundes von 1815 anzustreben sei.

Sie fühlen, meine Herren, daß hier zunächst und hauptsächlich von der Stellung Oesterreichs zu dem deutschen Verfassungswerke die Rede sein muß. Lassen Sie mich hierüber zu Ihnen mit der Offenheit sprechen, die der Gegenstand erheischt, und die das gute Bewußtsein der preussischen Regierung uneingeschränkt gestattet.

Gewöhnlich stellt man hierbei die sogenannte Oberhauptsfrage in die vordersten Reihe; hierin wird das Hinderniß zu einer Verständigung mit Oesterreich über die Neugestaltung Deutschlands gesucht. Meine Herren, dies ist ein großer Irrthum. Unser Vorschlag über die Bildung einer Regierung für den Bundesstaat ist nicht selbstgewählte Prämisse, sondern nothwendige Folgerung. Wie viel absichtliche und unabsichtliche Mißdeutungen sind hierüber in Umlauf gesetzt worden! Man ist, und leider nicht blos in den niederen Schichten, so weit gegangen, in unseren Vorschlägen die Absicht zu suchen, Oesterreich den Eintritt in den Bundesstaat unmöglich zu machen. Unkenntniß und böser Wille haben dieses Thema reichlich ausgebeutet. Und gleichwohl hätte jede, auch nur einigermaßen verständige und ehrliche Erwägung sofort Aufschluß über den wirklichen Thatbestand geben müssen. Meine Herren! Wenn die Stellung Oesterreichs und Preußens zu einem zukünftigen Bundesstaate eine gleiche wäre, so hätte man allerdings fordern können, daß der Verfassungs-Entwurf für beide Mächte einen gleichen Platz bezeichne. Ob dann überhaupt eine wahre Exekutivgewalt und demnach ein wahrer Bundesstaat in Deutschland möglich wäre, darüber habe ich bereits gesprochen; für die augenblickliche Betrachtung darf davon abgesehen werden. Aber ich frage weiter: würde Oesterreich, wenn es Glied eines Direktoriums wäre, oder einen Turnus einging, oder selbst an die Spitze träte, würde Oesterreich dann die anderen Bedingungen dieses schon auf das geringste Maaß der Einigung zurückgeführten Bundesstaates wirklich und vollständig übernehmen können? Ich abstrahire hierbei noch gänzlich von der augenfälligen Anomalie, daß derjenige Theil dieser Bedingungen, der sich auf die auswärtige Politik und auf den Oberbefehl des Kriegsheeres bezieht, für Oesterreich nur ein bloßer Schein sein würde, da es beide Befugnisse wieder in seiner Eigenschaft als außerdeutsches Reich geltend machen müßte. Preußen setzt

in einen deutschen Bundesstaat seine ganze europäische Existenz ein, an Oesterreich erginge nur die Frage, ob es sich den inneren Bedingungen des Bundesstaates anschließen könne und wolle.

Zur Beantwortung dieser Frage bitte ich Sie, meine Herren, Ihren Blick auf die nächste Vergangenheit zu richten. Die österreichische Regierung, zur Leitung des bisherigen deutschen Bundes berufen, vermochte sich dieser Aufgabe nicht in einer Weise hinzugeben, die eine fruchtbarere Entwicklung des Bundes zugelassen hätte. Ich sehe hierin keinen Vorwurf, sondern lediglich die natürliche Folge davon, daß die österreichisch-deutschen Lande zugleich zu einem staatlichen Verbände gehören, dessen Glieder damals zwar verhältnismäßig lose verbunden, dennoch alle Interessen und Pflichten eines großen auswärtigen Staatskörpers theilten.

Wie aber, meine Herren, haben hierin die politischen Veränderungen des letzten Jahres gewirkt? Die Forderungen der deutschen Nation nach Einigung sind in dem Maaße gewachsen, daß der vorgelegte Verfassungs-Entwurf, wie schon gesagt, als deren beschränktester Ausdruck gelten muß. Und gleichzeitig hat Oesterreich seine sonst fast selbstständigen Glieder zu einer stark centralisirten constitutionellen Monarchie verbunden. Also während jeder Versuch, die österreichischen Erblande an der Entwicklung Deutschlands gleichmäßig zu theilhaben, vorausgesetzt hätte, daß die neue Konstituierung Oesterreichs bis an die äußerste Gränze des Föderativ-Prinzips gegangen wäre, ist dort die entgegengesetzte Richtung als diejenige erkannt und befolgt worden, welche das Beste der österreichischen Monarchie unbedingt erheische. Oesterreich hat ein Gesamt-Parlament erhalten, in welchem ein Viertel Deutsche mit drei Vierteln Nicht-Deutschen zu einer für alle Landestheile gleichen Gesetzgebung verbunden sind. Die Mannigfaltigkeit des politischen Lebens, die bisher in den einzelnen historischen Gliedern obwaltete, tritt hinführo zurück. Wer davon durchdrungen ist, daß die Macht und Festigkeit Oesterreichs ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis sei, der wird mit uns wünschen, daß eine so tiefgreifende Umwandlung zum wahren Heile Aller gedeihen möge.

Kann aber dieses verjüngte Oesterreich seine Erblande jetzt einer zweiten Gesetzgebung unterwerfen? kann es sie einem fremden Zoll- und Handelsgebiete einreihen? ja kann es auch nur die Oberaufsicht über Bankwesen, Eisenbahnen, Straßen, Flußschiffahrt, Münzen, Maaße und Gewichte und so vieles Andere einer außerösterreichischen



Gewalt einräumen? Schon eine solche Anmuthung würde das eng verbundene Oesterreich mit vollem Rechte zurückweisen; seine deutschen Lande können keinem anderen staatsrechtlichen Verbande angehören, als dem der eigenen Monarchie.

Man hat vielfach darauf hingedeutet, daß die österreichische Verfassung vom 4. März keine Dauer haben, daß sie sich als nachtheilig, als unmöglich erweisen werde. Hierauf, auf die Rückkehr zu der früheren Sonderthümlichkeit müsse gerednet und demgemäß auch das deutsche Verfassungswerk eingerichtet werden. Meine Herren, mit begründetem Unwillen weist Oesterreichs Regierung eine solche völlig ungehörige Voraussetzung zurück. Niemand ist befugt, die feierliche Regierungshandlung, den großartigsten Akt, den das Kaiserreich seit Jahrhunderten gesehen, einer willkürlichen Konjekturnalpolitik zu unterwerfen. Von einer solchen Anmaßung hat sich die preussische Regierung frei halten müssen, sie ist weder berechtigt, noch weniger verpflichtet, davon auszugehen, daß die Verfassung der österreichischen Monarchie eine vorübergehende Täuschung sei!

Dann aber folgt hieraus mit unabweisbarer Nothwendigkeit, daß die deutsche Verfassungskrise nicht mit einer Institution abgeschlossen werden kann, welcher Beschaffenheit diese auch sei. Würde sie nach den politischen Vorbedingungen Oesterreichs eingerichtet, so entspräche sie in keinem Falle dem Bedürfnisse der anderen deutschen Staaten. Gäben letztere hingegen die Grundlage ab, so würde Oesterreich sie nicht anzunehmen vermögen. Auch an praktischen Beweisen hierfür hat es nicht gemangelt. Neben denjenigen, die aus trüben Beweggründen der Bildung eines engeren Bundesstaates entgegentreten, stehen auch solche, die in aufrichtiger Absicht versuchten, für den gesammten Umfang des deutschen Bundes eine neue Verfassungsform vorzuschlagen. Genügte diese der einen Seite, so blieb sie fern von dem Wesen eines wirklichen Bundesstaates; hatte sie letzteren entschieden im Auge, so mußte sie von der österreichischen Regierung im Bewußtsein ihrer nächsten Pflichten zurückgewiesen werden.

Dies, meine Herren, ist der Punkt gewesen, bei welchem die königliche Regierung in gewissenhafter Abwägung der Thatsachen angelangt ist. Ich wiederhole es: der gestellten Aufgabe ist mit einer und derselben Institution nicht zu genügen; es bedarf eines engeren und eines weiteren Bundes für Deutschland.

Preußen hatte von seinem Standpunkte aus sich der doppelten

Pflicht zu unterziehen: den engeren Bund zu begründen und durch dessen dauernde Verbindung mit Oesterreich den weiteren Bund herzustellen. Nur Beides zusammen löst die Aufgabe, Deutschland zu kräftigen, ohne es zu zerreißen. Keines von Beidem darf gelugnet, Keines als Nebensache betrachtet werden. Erst wenn Beides gelungen sein wird, ist der neue Rechtszustand gewonnen und gesichert.

Meine Herren! Bei fernerer Erwägung zeigt sich, daß der engere Bund sich zum weiteren verbinden könnte, entweder mit der österreichischen Gesamt-Monarchie oder blos mit den österreichischen Erblanden. Das Erstere war die Ansicht, die aus der eigenen Auffassung der Kaiserlichen Regierung und deren früheren Mittheilungen hervorzugehen schien. Ich verweise hierin nur auf die veröffentlichte Note vom 4. Februar, welche ausdrücklich hervorhebt, daß auf der von der Kaiserlichen Regierung gewünschten Grundlage alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile Platz fänden. Auch wir mußten hierin das naturgemäße Verfahren erkennen, um zum Ziele zu gelangen. Daher wurde noch vor dem Beginn der in Berlin eröffneten Konferenzen der Plan einer deutschen Union dem Kaiserlichen Kabinette vorgelegt, derselbe, den Sie in den mitgetheilten Aktenstücken finden. Sein Inhalt läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Zwischen der österreichischen Gesamt-Monarchie einerseits und dem Bundesstaate andererseits sei ein Verein aufzurichten, der sich dieselben Zwecke setze, wie sie die Akte von 1815 für den deutschen Bund vorgeichnet. Nach Außen sollte die Union als politische Einheit auftreten, nach innen aber als zwei staatliche Körper, die ihre eigenen Entwicklungswege gingen, aber auf steigende materielle Gemeinschaft durch freie Vereinbarung angewiesen waren.

Was vereinigt sein kann, sollte es fester als je sein; was abge sondert besser gedeiht, dem sollte hierzu freier Raum bleiben. Ich brauche nicht darauf hinzudeuten, welche große Zukunft in dieser politischen Gemeinschaft von 70 Millionen lag, die, in der Mitte von Europa vereinigt, vielleicht dazu berufen waren, die Geschicke des Welttheils zu bestimmen!

Die Verhandlung, welche hierüber in Wien geführt wurde, blieb ohne Resultat. Das Kaiserliche Kabinet fand es nicht angemessen, auf unsere Vorschläge einzugehen. Insofern Oesterreich auf diesem Standpunkte stehen bleibt, kann also nur von der Stellung des engeren Bundes zu den deutsch-österreichischen Landen



daher von dem Territorial-Bestand des Bundes von 1815 die Rede sein. Daß diese Lande bei den durch die Verfassung vom 4. März eingetretenen Veränderungen nicht gehindert seien, ihre früheren Bundes-Pflichten vollständig zu erfüllen, ist hierbei selbstredend die erste Voraussetzung.

Ich habe, meine Herren, bisher nur von dem Verhältnisse des deutschen Bundes zu Oesterreich gesprochen, weil wir uns der Hoffnung nicht ent schlagen dürfen, daß alle deutschen Lande, die nicht in das politische Leben eines großen außerdeutschen Reiches verflochten sind, sich dem Bundesstaate, der ihnen, wie Allen, Bedürfnis ist, endlich anschließen werden. Sollte diese Hoffnung, zum Schmerze aller Vaterlandsfreunde, sich noch nicht verwirklichen, sollten Einzelne unter ihnen sich noch nicht entschließen können, die ihrer Souverainetät im Interesse des Ganzen abgeforderten Opfer zu bringen, so ist auch für diese die Reorganisation des bisherigen Bundes um so nothwendiger.

Der deutsche Bund von 1815 besteht rechtlich fort, seine Verfassung aber ist durch die Stürme des Jahres 1848 erschüttert worden, sein Organ, der Bundestag, ist untergegangen. Dessen Herstellung in angemessener Art wird daher zur Nothwendigkeit. In welcher Weise dabei der Bundesstaat sowohl, als die nicht zu ihm gehörigen Staaten, zu vertreten sind, wird neu geregelt werden müssen.

Die Thätigkeit dieses Central-Organes wird sich, wie bisher, auf diejenigen Angelegenheiten beziehen, die sämmtlichen Mitgliedern des weiteren Bundes gemeinschaftlich sind. Die Garantie der im Bunde begriffenen Besitzungen, die Contingents- und Matrikular-Verhältnisse, die Bundesfestungen, alle diese Beziehungen des alten Bundes treten wiederum in Wirksamkeit. Durch diese Herstellung des völkerrechtlichen Vereins würde der engere deutsche Bundesstaat nirgends wesentlich berührt werden; er beruht auf seiner Gesamt-Regierung und auf seinem Gesamt-Parlamente und würde sein eigenes Leben führen zur Entwicklung und Kräftigung des nationalen Gemeinwesens.

Aber unter allen, auch den günstigsten Umständen wird noch eine gewisse Zeit verfließen, ehe der weitere sowohl als der engere Bund zu ihrer definitiven Gestaltung gelangen. Es ist daher nothwendig, in beiden Richtungen provisorische Fürsorge zu treffen. Für den engeren Bund ist dies durch das Bündniß vom 26. Mai d. J. geschehen, das ursprünglich zwischen Preußen, Sachsen und Han-

nover abgeschlossen wurde. Aus dem mitgetheilten Vertrage werden Sie ersehen, daß neben dem nächsten Zwecke, augenblickliche Gefahren mit vereinten Kräften abzuwehren, die Haupt=Absicht dahin geht, die deutschen Regierungen zur Einberufung eines Reichstages und zu einer gemeinschaftlichen Verfassungs=Vorlage zu verbinden. Daher haben sämmtliche Mitglieder dieses Bündnisses die Verpflichtung übernommen, an dem Verfassungs=Entwurfe so lange unverbrüchlich festzuhalten, als nicht durch Uebereinstimmung Aller irgend eine Aenderung des Entwurfes nachträglich zugegeben würde. Hieran möge Sie, meine Herren, ermessen, ob und inwieweit die von einigen Regierungen beigefügten Vorbehalte eine Abweichung von dem gemeinschaftlichen Wege rechtfertigen könnten. Preußen weiß in dem vorgelegten Entwurfe das Wesentliche von dem Außerwesentlichen überall zu unterscheiden; in jenen Grundbedingungen eines wahren Bundesstaates, wie ihn die Nation bedarf und erwartet, wird es keine Aenderung gestatten. Erlangte wirklich der Partikularismus, erlangten die durch ihn entfesselten Leidenschaften, die von ihm genährten Täuschungen wieder ein augenblickliches Uebergewicht, so würde Deutschlands Einigung sich auf den bisherigen Bund der 39 souverainen Staaten beschränken; aber man wolle dann nicht durch neue inhaltslose Formen täuschen oder dem Einzelnen Opfer abverlangen, denen kein entsprechender Gewinn für das Ganze zur Seite stände. Hoffen und erwarten wir mit Zuversicht von dem besseren Geiste der deutschen Volksstämme, daß ein so klägliches Schauspiel der Miß- und Nachwelt erspart werde!

Bis zum heutigen Tage haben ihren Beitritt zum Bündnisse erklärt:

Baden, Mecklenburg=Strelitz, Anhalt=Bernburg, Nassau, Sachsen=Weimar, Sachsen=Altenburg, Kurhessen, Braunschweig, Großherzogthum Hessen, Mecklenburg=Schwerin, Sachsen=Koburg=Gotha, Sachsen=Meiningen, Schwarzburg=Rudolstadt, Oldenburg, Neuß beide Linien, Hamburg und Bremen. Von den letztgenannten neun Regierungen ist die Ratification noch nicht eingetroffen.

Ihre vorläufige Bereitwilligkeit zum Beitritt haben erklärt:

Luxemburg, Anhalt=Deßau und Götzen, Schwarzburg=Sonnershausen, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Hessen-Homburg und Lübeck.

Ohne Erklärung sind wir bis jetzt von



Württemberg, Holstein-Lauenburg, Hohenzollern beide Alleen, Lichtenstein, Lippe-Detmold und Frankfurt.

Die besondere Sachlage gegenüber von Oesterreich und Bayern erhellt aus den vorgelegten Aktenstücken.

Sobald diese Staaten sich ausgesprochen haben, wird die königliche Regierung mit ihren Verbündeten den Termin für die Wahlen zu dem Reichstage feststellen, der aus diesen deutschen Landen zu beschicken ist.

Im gleichen Maaße, meine Herren, bedarf nun auch der weitere Bund eines interimistischen Organs, da die königliche Regierung ein solches in der provisorischen Centralgewalt, die von der National-Versammlung durch den Beschluß vom 28. Juni v. J. eingesetzt wurde, nicht mehr zu erkennen vermag. Obwohl dieselbe durch den Bundestagsbeschluß vom 12. Juli bestätigt worden ist, so war die Ausübung ihrer Befugnisse doch an die Verantwortlichkeit des Reichs-Ministeriums gegen die National-Versammlung, also an die Dauer der Letzteren gebunden. Bei vollster Anerkennung der hohen Verdienste, die der erlauchte Inhaber der provisorischen Centralgewalt sich um das Vaterland in dessen schwerster Zeit erworben hat, konnte Preußen doch nicht die Fortsetzung einer Regierungsgewalt anerkennen, die jetzt weder auf dem Boden ihrer ursprünglichen Einsetzung stünde, noch, wie der frühere Bundestag, an die Verantwortlichkeit gegen die deutschen Regierungen gewiesen wäre. Die Einsetzung einer neuen provisorischen Behörde zur Verwaltung der Geschäfte des Bundes von 1815 ist daher jedenfalls nothwendig, und die königliche Regierung hat sich völlig bereit erklärt, über deren zweckmäßigste Einrichtung sich mit den anderen deutschen Regierungen zu verständigen.

Meine Herren! Indem ich diese mir übertragene Rechenschaft schließe, bleibt mir noch übrig, einen Blick in die nächste Zukunft zu richten.

Die Regierung des Königs ist sich bewußt, das Beste für alle Theile zu wollen; sie wird ihre Mission erfüllen bis zur äußersten Gränze des Möglichen hin. Ob die Wiegeburt unseres großen Vaterlandes gelinge, oder ob auch dieser welthistorische Moment vorübergehe, ohne die tiefe Sehnsucht aller wahren Patrioten zu erfüllen, dies hängt nächst Gottes Segen davon ab, ob unser Streben die Anerkennung und Unterstützung finde, ohne welche nichts edelth. Ihr Urtheil, meine Herren, wird ein schweres Gewicht in

die Waagschale des Erfolges werfen. Sie und mit Ihnen alle unbefangenen deutschen Männer werden der Regierung nicht vorhalten, daß sie Oesterreich aus Deutschland hinausdrängen wolle, da Sie wissen, daß es unsere aufrichtige Absicht war, ganz Oesterreich in Deutschland hineinzuziehen, und daß wir auch jetzt unwandelbar daran festhalten, daß die volle Genossenschaft aller Glieder des deutschen Bundes fortbestehe. Sie werden nicht voraussetzen, daß Preußen die Selbstständigkeit seiner deutschen Verbündeten in irgend einem eigenen Interesse opfern wolle, da Sie ermessen, wie groß die Opfer sind, welche Preußen, die europäische Macht, zu bringen hat, um den deutschen Bundesstaat überhaupt möglich zu machen. Sie werden die öfter genannten als verstandenen Hegemonie-Gelüste zu würdigen wissen, indem sie der Lage gedenken, in der sich die deutsche Oberhauptsfrage am 3. April 1849 befand! Sie werden bei dem Vorwurfe, daß die preussische Vorherrschaft die Souverainetät anderer Regierungen schmälere, darauf hinblicken, daß dieser Vorwurf oft genug von Seiten her ertönt, wo man nur zu geneigt wäre, den noch schwächeren Nachbar im eigenen Nutzen seiner ganzen Souverainetät zu entkleiden.

Nein, meine Herren, Preußen hegt keine selbstsüchtigen Pläne, sondern es erfüllt schwere Pflichten; es will nicht nehmen, sondern geben; es bedarf keiner Hülfe, keiner Stärkung. Sein Staatsleben ist stark genug gewesen, nicht bloß um die größten inneren Gefahren durch seine eigenen Kräfte zu bewältigen, sondern auch um den bedrängten Genossen, den dankbaren wie den undankbaren, die rettende Hand zu bieten. Es hat dies vermocht, als es allein stand, es wird es ferner vermögen, wenn der deutsche Bundesstaat nicht gelänge, nach dem wir mit allen Kräften ringen werden, die uns zu Gebote stehen, sei es im Vereine mit allen deutschen Staaten, oder mit vielen, oder mit wenigen!

Welches aber auch der Ausgang dieser großen Krise für unser Vaterland sein möge, kommende Zeiten werden der Regierung Preußens Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn alle bewußten und unbewußten Mißdeutungen verklungen, wenn die patriotischen Wünsche auf das Maas des Erreichbaren herabgegangen sind, aber auch erkannt sein wird, daß keine neue politische Schöpfung ohne Opfer zu vollbringen ist. Preußen will das gute Recht des kleinsten deutschen Staates wahren, aber auch das gute Recht der großen deutschen Nation!